4/2012

# ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Österreichischer Städtebund

**EU-Förderprogramme**
Städte können profitieren

**Verbindungsbüros in Brüssel**
Aufgaben und Tätigkeit

**Rekommunalisierung**
Chancen und Formen



STÄDTE IM DIALOG MIT EUROPA

# Kommunalpolitik ist Europapolitik

Verlagspostamt 1110 Wien • P. b. b. ZNr. 10Z038542

# INHALT

EU-BOTSCHAFTER




## Österreich in Brüssel

*Die Städte und Gemeinden sind im föderalen Aufbau Österreichs nicht wegzudenken und in diesem Sinne auch unersetzlich für die Erreichung und Umsetzung vieler Ziele der Europäischen Union. Während die Europäische Union ihre Politik auf das Europäische, das Europaweite ausrichtet, gilt für die Gemeinden das Lokale, das Geschehen vor Ort. In den Bemühungen, dieses vermeintliche „Widerspruchspaar" gegenseitig anzunähern, üben die nationalen Ständigen Vertretungen zur Europäischen Union eine wichtige Funktion aus. Mit ReferentInnen aller Bundesministerien, der Verbindungsstelle der Bundesländer und den VertreterInnen von Sozialpartnern, Industriellenvereinigung, Nationalbank, Gemeindebund und Städtebund ist unsere Vertretung in Brüssel die größte diplomatische Mission Österreichs. In der täglichen Arbeit mit unseren europäischen Partnern versuchen wir einen Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit zu erreichen, eine für alle 27 Mitgliedstaaten akzeptable Lösung. In den rund 260 Ratsarbeitsgruppen, die 4.000 Mal im Jahr tagen, versuchen ExpertInnen aus den österr. Behörden die österreichische Position darzulegen und zu verteidigen. Das Umgehen mit den unterschiedlichen nationalen Ansprüchen ist ein diffiziler Verhandlungsprozess, dessen Schwerpunkte und Instrumente sich über die letzten Jahre deutlich verändert haben. Ein direkter Einblick in unsere Arbeit wird am besten durch einen Besuch in Brüssel vermittelt. Es würde mich freuen, auch in Zukunft BesucherInnengruppen des Österreichischen Städtebundes vor Ort in unserer „EU-Botschaft" begrüßen zu dürfen.*

Botschafter Mag. Walter Grahammer
*Leiter d. Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU*


2 *Botschafter Walter Grahammer*
Österreich in Brüssel
Grußwort des Leiters der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU

3 *Bürgermeister Michael Häupl*
Europa: Kontinent der Städte
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes

4 *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern

8 *Büroleiterin Simona Wohleser*
Für Österreich aktiv
Editorial der Büroleiterin des Städtebund-Büros in Brüssel

9 *Generalsekretär Thomas Weninger*
Städtepolitik auf Augenhöhe
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes

10 *MdEP Heide Rühle*
Wir brauchen Reformen
Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht Veränderungen notwendig

12 *MdEP Peter Simon*
Mehr Rücksicht auf Städte und Gemeinden
Die kommunalen Rahmenbedingungen und Europa

14 *MdEP Sabine Verheyen*
Europa der Kommunen
Wir brauchen ein bürgernahes und kommunalfreundliches Europa

16 *MdEP Herbert Dorfmann*
Ein Südtiroler in Europa
Die Interessen von 500.000 Südtirolern in Brüssel

17 Rederecht für EU-Parlamentarier
Premiere im Wiener Landtag

18 *Wolfgang Pointner*
Maßnahmen gegen die Schuldenkrise
Die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflusst die Staatsverschuldung

20 *Klaus Nutzenberger*
Die Belagerung von Wien
Geschichte und ihre Ausirkungen auf unsere Sprache

22 *Betty De Wachter*
Entwicklungszusammenarbeit in Flandern
Die Rolle von Städten und Gemeinden bei Entwicklungsprojekten

24 *Andrea Gehler*
EU-Förderprogramme für Kommunen
Die aktuelle Förderperiode läuft noch bis zum Jahr 2014

28 *Serafin Pasos-Vidal*
Schottische Kommunen
Zwischen Partnerschaft und Reform

30 *Kerstin Stuber*
Inhouse & interkommunale Zusammenarbeit
Die aktuellen Entwicklungen

32 *Thorsten Bullerdiek*
Bürokraten feiern bald
Die EU-Dienstleistungsrichtlinie und die Bürokratie

36 *Michaela Kauer*
Das Wien-Haus in Brüssel
Die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten

37 *Florian Mast*
Tirol-Südtirol-Trentino
Das Verbindungsbüro

38 *Gerhard Huemer*
Stimme der kleinen Unternehmen in Europa
Die UEAPME in Brüssel

39 *Christina Timmerer*
Das Ziel: Brüssel
Ein Praktikum beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas

40 *Oliver Prausmüller/Johannes Schmid*
Der weltweite Basar ist eröffnet
Öffentliche Dienstleistungen auf der Freihandelsagenda

42 *Axel Maurer/Oliver Puchner*
Basel I, II oder III…
Einheitliche Standards bei der Bankenaufsicht

44 Weitere Europabeiträge

64 Magazin
Finanzen, Termine

**IMPRESSUM:** ÖGZ. Österreichische Gemeinde-Zeitung Ausgabe Nr. 4/2012 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993, Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Gesellschaft m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.in Gabriele Ambros, Gerhard Milletich; Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.a Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135; Mitarbeit: Dr.in Simona Wohleser • Redaktion ÖGZ: Mag.a Lisa Gastager, Martin Hampejs (Grafik), Mag. Michael Krause, Mag. Bernhard Plos, Mag. Roland Preiss • Cover: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges.m.b.H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg, Industriestraße 1 • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2012: 10 Ausgaben •
Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung • Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT


Stadt Wien, Kurt Keinrath

# Europa: Kontinent der Städte

*Ein starkes Europa verlangt interdisziplinäres Denken. Eine stärkere Vernetzung und der intensive Aufbau von Partnerschaften sind dabei wesentlich. Das Konjunktur-Tief kann nur durch Konsolidierung und verstärktes wirtschaftliches Wachstum bewältigt werden: Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation sind dabei die entscheidenden Eckpfeiler. Städte sind europäische „Vordenker" – ihr Wissen muss vernetzt werden, um die Potenziale Europas weiter zu entwickeln.*

*Das Ziel auf EU-Ebene sollte eine gemeinsame Stoßrichtung sein. Ein Schlüssel zur Bewältigung der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Solidarität und der Zusammenhalt europäischer Städte. Europas Städte brauchen dafür allerdings mehr Rückenwind – ihre Interessen müssen vermehrt wahrgenommen und umgesetzt werden.*

*Nur durch eine substanziell verbesserte Einbeziehung der lokalen und regionalen Anliegen in politische Entscheidungsprozesse können Stadtregionen der Zukunft entstehen. Denn: Europa ist ein pulsierender Kontinent der Städte!*



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
*Präsident des Österreichischen Städtebundes*

## INTERNATIONALER FRAUENTAG

Die Gleichstellung der Geschlechter ist in Österreich noch in weiter Ferne. Rund um den 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, fanden in Österreichs Städten zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten statt, um auf die Anliegen der Frauen aufmerksam zu machen. So lud die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger am 8. März wieder ins „offene Rathaus". Dort wurden neben einem bunten Programm Informationsstände von Beratungseinrichtungen, Bühnen-Diskussionen, Erzählcafés, Führungen, Konzerte und Kabarett geboten. Aber auch andere Städte haben am Weltfrauentag Veranstaltungen angeboten. Diese wurden ebenfalls von den Frauenreferaten der jeweiligen Städte organisiert bzw. unterstützt.

### Eine Aktion des Frauenausschusses

Im Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes sind Politikerinnen und Frauenbeauftragte der Mitgliedstädte vertreten. Ziel der Vernetzung ist es, die Situation der Frauen unmittelbar vor Ort zu verbessern. Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen, wie zum Beispiel ein österreichweites Pfeifkonzert gegen Gewalt an Frauen, Aktionen zum „Equal Pay Day" und gemeinsam erarbeitete Resolutionen, machen den Frauenausschuss zu einer wichtigen Plattform für kommunale Frauenpolitik. „Städte und Gemeinden tragen entscheidend dazu bei, wie sich das Leben im Alltag für Frauen gestaltet, etwa bei der Stadtplanung, beim öffentlichen Verkehr oder bei der Kinderbetreuung. Kommunalpolitik ist daher immer auch Frauenpolitik", betonte Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Informationen zum Internationalen Frauentag finden Sie aktuell unter: www.staedtebund.gv.at.




*„Die Frauenreferate der Städte und Gemeinden leisten wertvolle Arbeit für die Frauen vor Ort. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, in der Frauenpolitik nicht locker zu lassen."*

*Sandra Frauenberger*

## STÄDTEBUND BEGRÜSST MASSNAHMEN ZUR VERKEHRSSICHERHEIT




Die Ankündigung von Verkehrsministerin Doris Bures, künftig sogenannte Alkolocks (das ist ein System, durch das ein Fahrzeug nur nach Abgabe einer Atemluftprobe mit eingestelltem Alkohol-Grenzwert in Betrieb genommen werden kann) auch bei Schulbussen einzusetzen, wird prinzipiell durch den Österreichischen Städtebund begrüßt. „Wir befürworten jede sinnvolle Maßnahme, die zur Verkehrssicherheit beiträgt", sagte Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. „Wir stehen für weiterführende Gespräche gerne zur Verfügung. Wir sehen uns auch als Vermittler zwischen den verschiedenen Institutionen und haben aus diesem Grund auch die Europäische Charta für die Verkehrssicherheit unterschrieben", so Generalsekretär Weninger.

## DIE FACHTAGUNG ENERGIEARMUT IM WIENER RATHAUS

Rund 1,4 Mio. Menschen in Österreich sind armutsgefährdet, davon können 22 Prozent bzw. 313.000 Menschen ihre Wohnung nicht angemessen heizen. Der Begriff „Energiearmut" (Fuel Poverty) ist in Österreich noch relativ unbekannt, beschreibt aber ein internationales, ernsthaftes Problem. Im Rahmen des Klimafonds-Projekts Poverty EEI&RES – einer Kooperation der Katholischen Sozialakademie Österreichs und der „e7 Energie Markt"-Analyse – wurde untersucht, mit welchen Mitteln gegen Energiearmut in Österreich vorgegangen werden kann. Die Ergebnisse dieses Projektes und Erfahrungen anderer Institutionen auf diesem Gebiet wurden auf einer Fachtagung am 26. März in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Städtebund im Wiener Rathaus präsentiert.



## KWG-WISSENSCHAFTSPREISE 2012 FÜR HERVORRAGENDE ARBEITEN WURDEN AUSGELOBT

Die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (KWG) – eine Gründung des Österreichischen Städtebunds, des Österreichischen Gemeindebunds und des Verlags MANZ – vergibt auch für das Jahr 2012 zur Förderung von kommunalwissenschaftlichen Arbeiten einen Förderungspreis im Gesamtrahmen von 7.000 Euro. Der Preis soll Ansporn zur Beschäftigung mit Fragestellungen von besonderer Relevanz für die österreichischen Städte und Gemeinden und Anerkennung für herausragende und innovative Leistungen auf diesem Gebiet sein. Im Ergebnis sollten durch diese Arbeiten Ansätze für eine Fortentwicklung der rechtlichen, wirtschaftlichen oder politischen Situation der österreichischen Städte und Gemeinden und ihrer Selbstverwaltung abgeleitet werden können.

Förderfähig sind hervorragende Arbeiten zu kommunalwissenschaftlichen Themen aus folgenden Disziplinen: Rechtswissenschaft, Politik- und Sozialwissenschaft, Wirtschafts- und Finanzwissenschaft und Public Management. Die Preisverleihung erfolgt in den vier Kategorien Diplomarbeiten, Dissertationen, Habilitationen und andere Forschungsarbeiten sowie Bachelor- und Master-Arbeiten.

Die Ausschreibung wendet sich an Studierende, Doktorandinnen und Doktoranden, Absolventinnen und Absolventen, Assistentinnen und Assistenten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen Österreichs, die zum Zeitpunkt des letztmöglichen Einreichtermins das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben dürfen. Einreichtermin ist der 30. Juni 2012. Arbeiten können auch als PDF per E-Mail an ha@manz.at eingereicht werden.

Weitere Informationen zum Preis und den Teilnahmebedingungen beim Verlag MANZ, Frau Elisabeth Smejkal-Hayn, Johannesgasse 23, 1010 Wien, ha@manz.at, Tel.: (01) 53161-180, bzw. unter www.k-w-g.at/wissenschaftspreis.html



Corbis


FEIN! Staub frei.

3. Internationaler Kongress

20. - 21. Juni 2012

Konzerthaus Klagenfurt am Wörthersee

Über 20 Expertinnen & Experten aus ganz Europa

Kongresssprache deutsch/englisch
Dolmetschservice

Schwerpunkte:

- Gesundheitliche Auswirkungen von Feinstaub
- Aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen in Österreich und Europa
- Ursachen & Verursacher von Feinstaub in Europa
- Fallbeispiele von Luftreinhaltungsmaßnahmen aus europäischen Städten
- Präsentation der Ergebnisse des EU-LIFE Projektes CMA+ („Feinstaubkleber")
- „FEIN!Staubfrei." in die Zukunft

Frühbucherbonus bis zum 30. April 2012!

CMA+

Umwelt. Klagenfurt am Wörthersee
Die Landeshauptstadt



Informationen & Anmeldung unter:

www.feinstaubfrei.at

WERBUNG

## SWOBODA UND KARAS IN SPITZENPOSITIONEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Othmar Karas und Hannes Swoboda, die beiden langjährigen und geschätzten Abgeordneten aus Österreich, wurden in die höchsten Ämter des Europäischen Parlaments gewählt.
Der ehemalige Wiener Stadtrat Hannes Swoboda (seit 1996 im Europäischen Parlament) wurde mit großer Mehrheit zum Präsidenten der sozialdemokratischen S&D-Fraktion gewählt und die Europäische Volkspartei wählte ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas (seit 1999 im Europäischen Parlament) zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. Im Bild sind die Europaparlamentarier Hannes Swoboda (links Mitte) und Othmar Karas (rechts Mitte) mit ÖGB-Präsident Erich Foglar (links) und AK-Präsident Herbert Tumpel beim Neujahrsempfang 2012 zu sehen.


ÖGB Europabüro/AK Europa



EMIL

## ERSTES CARSHARING NUR MIT ELEKTROAUTOS IN DER STADT SALZBURG

In der Stadt Salzburg ging am 1. März das erste Carsharing-Projekt in Österreich in Betrieb, das ausschließlich auf Elektroautos setzt. Fünf Ausleihstationen mit zehn Fahrzeugen stehen den Kunden in der ersten Ausbaustufe von EMIL, so der Name der gemeinsamen Tochtergesellschaft der Projektbetreiber Salzburg AG und Rewe, zur Verfügung. Bis 2016 sollen 40 Stationen in der Stadt Salzburg entstehen. Die Partner Salzburg AG und der Handelskonzern Rewe investieren rund eine Mio. Euro in die erste Ausbaustufe, sagte Salzburg-AG-Vorstandssprecher August Hirschbichler bei der Projekt-Präsentation.

### Eine Ergänzung des öffentlichen Verkehrs

Wenn die Fahrzeuge sechs Stunden pro Tag ausgelastet seien, könnte das Modell in einigen Jahren wirtschaftlich betrieben werden, meinte Peter Breuss, technischer Direktor der Rewe International AG. Läuft das Pilotprojekt in Salzburg erfolgreich, soll EMIL auch in anderen Städten in Österreich umgesetzt werden. „Wir wollen Impulse für alternative Formen der Mobilität setzen", begründete Peter Breuss das Engagement seines Unternehmens. Salzburg habe als Modellregion für Elektromobilität dafür beste Ausgangsbedingungen.

## FRAUENPREIS DER STADT LINZ VERGEBEN

Anlässlich des Internationalen Frauentages wurde am 5. März 2012 beim „talk of fem" zum ersten Mal der von Frauenstadträtin Mag.ª Eva Schobesberger initiierte Frauenpreis der Stadt Linz übergeben. Das Projekt „FRAGILE Holzwerkstatt – Ausbildungswerkstatt für junge Frauen im handwerklichen Bereich" wurde 2012 einstimmig als Siegerprojekt ausgewählt und mit 3.600 Euro Preisgeld ausgezeichnet. Vor 25 Jahren wurde auf Eigeninitiative dreier Frauen diese Tischlerei von und für Frauen ins Leben gerufen. Diese Pionierleistung sowie die daraus entstandene „VFQ Gesellschaft für FRAUEN und QUALIFIKATION mbH" mit weiteren Ausbildungsangeboten im handwerklich-technischen Bereich ist bis heute österreichweit einzigartig. Das Unternehmen setzt sich in vielen Bereichen und Projekten für die berufliche Entwicklung von Frauen und für die Eigenständigkeit im Sinne geschlechtergerechter Teilhabe an der Gesellschaft ein. FRAGILE steht seit Beginn für Berufsausbildung von Frauen in einem nicht traditionellen Bereich.

*„Ich gratuliere den Preisträgerinnen, die durch ihre besonderen frauenpolitischen Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag für Geschlechtergerechtigkeit leisten."*

*Stadträtin Eva Schobesberger*



Stadt Linz

## Blick nach vor und zurück

# 4D-Modell zeigt zeitliche Veränderung in wichtigem Stadtentwicklungsgebiet



RUND UM DEN HAUPTBAHNHOF in Wien wird ein Grätzel völlig neu entworfen. Auf dem Erdberger Mais, den Aspanggründen und den Flächen des Arsenal werden Menschen wohnen, arbeiten und sich erholen. Das will gut erdacht werden. Wichtiges Kräftezentrum in dem Gebiet ist das Areal Neu Marx, auf dem bereits städteplanerische Visionen umgesetzt wurden (Campus Biocenter, Mediaquarter Marx). Die 32 Hektar Stadtzukunft lassen sich eigentlich nur aus der Vogelperspektive erfassen. Die Magistratsabteilung 21 A nutzt dafür ein interaktives Online-Informationssystem des Fachbereichs „Digitale Architektur und Raumplanung (IEMAR)“ der TU Wien als visionäres Werkzeug für Stadtplanung. Das Modell „mais: 4D“ ermöglicht viele Perspektiven auf das Gelände und den Blick nach vor und zurück einfach am Computer.

IN EINEM FORSCHUNGSPROJEKT, finanziert durch die Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, wurden Visualisierungsmethoden verfeinert, die den Entwicklungsprozess von Stadtstrukturen darstellbar machen. Neben 3D-Modellen, Plänen oder Fotos wurde als vierte Dimension der Faktor Zeit (1938 bis 2005) integriert.

## mais:4D: Technische Universität Wien/ Digitale Architektur und Raumplanung und Magistratsabteilung 21A

Auf einer Zeitachse zeigt mais: 4D am Beispiel Neu Marx, wie sich Gebäude, und damit auch ganze Stadtteile, im Laufe der Zeit verändern.

IM RAHMEN DER MESSE „REAL Vienna“ 2008 wurden mit mais: 4D bauliche Entwicklungen ab 1938 für ein Fachpublikum und die interessierte Bevölkerung aufbereitet. Die Magistratsabteilung 21A (Innen –West) ist Teil der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung der Stadt Wien. Sie ist für Stadtteilplanung und Flächennutzung in den Bezirken 1 bis 9 und 14 bis 20 zuständig. Rund 900.000 Menschen wohnen in diesem Gebiet und das macht die MA 21 A zur bevölkerungsreichsten örtlichen Raumplanung Österreichs. Ziel war es, die Arbeit der Stadtplanung und deren Konsequenzen dynamisch anschaulich zu machen. Durch die Einbindung der zeitlichen Dimension in digitale Planungsdokumente wurde ein Fundament für nachhaltige Planungsprozesse gelegt.

VIELE MITARBEITERINNEN der MA 21 A wurden selbst an der Technischen Universität Wien ausgebildet. Es besteht daher traditionell eine gute Gesprächsbasis in städtebaulichen Belangen. Auf der Plattform WienWin hat sich die TU Wien mit fünf strategischen Forschungsschwerpunkten registriert, die ihre Stärken in der angewandten Forschung repräsentieren. mais: 4D gehört zum Schwerpunkt Computational Science and Engineering. „Das von uns entwickelte Konzept erweist sich besonders in den Bereichen Archäologie und Stadtplanung als nützlich“, ist Projektleiter Peter Ferschin überzeugt. Basierend auf einem 3D Visualisierungsmodell wurde das vernetzte 4D-Geoinformationssystem (GIS) erstellt.

http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/flaechenwidmung/
http://www.iemar.tuwien.ac.at

wien win
eu.Wien.at
Europäische Union Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
Mit Europa für Wien
StaDt Wien
wirtschaftsagentur wien zit Die Technologieagentur der Stadt Wien

BÜROLEITERIN IN BRÜSSEL




*Das Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel befindet sich seit 1994 in der Ständigen Vertretung Österreichs zur EU. Simona Wohleser hat das Büro aufgebaut und ist mit der Leitung seit 1994 betraut.*

## Für Österreich aktiv

*Das Büro ist für das Gesetzeslobbying und die Informationsbeschaffung bei der Europäischen Union verantwortlich und unterstützt den Städtebund Wien bei der Wahrnehmung der österreichischen kommunalen Interessen auf europäischer Ebene.*
*Den größten Teil der Tätigkeiten nehmen die Arbeit im Zusammenhang mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament (EP), dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), dem europäischen Dachverband kommunaler Unternehmen (CEEP) und dem Ausschuss der Regionen und Kommunen (AdR) ein. Es werden Entwürfe zu Stellungnahmen geprüft, Änderungsanträge formuliert, Stimmlisten entworfen und Positionen mit kommunalen Delegationen aus anderen Ländern koordiniert. Für die Mitarbeit im RGRE werden Fachausschüsse sowie Sitzungen der Generalsekretäre und der politischen Ausschüsse vor- und nachbereitet. Die Einbindung in die Arbeit der Ständigen Vertretung, die Bürogemeinschaft mit dem Gemeindebund, und die gute Zusammenarbeit mit den Länderbüros bieten für die Behandlung kommunaler österreichischer Interessen auf europäischer Ebene hervorragende Bedingungen. Zusätzlich sorgt die Kooperation mit den in Brüssel vertretenen Kommunalverbänden aus den EU-Mitgliedstaaten für eine Abstimmung kommunaler Interessen auf europäischer Ebene.*

Dr. Simona Wohleser
*Städtebund-Büroleiterin in Brüssel*

# Städtebund goes Brüssel …

**… dass der Österreichische Städtebund in Brüssel ein Büro eröffnen wird, war eigentlich immer logisch. Ebenso war nie fraglich, sondern immer selbstverständlich, dass auch die Kommunen EU-Akteure sind. Weder Städtebund noch Gemeindebund wollten sich unter die BittstellerInnen einreihen, sondern aktiv an der EU-Gesetzgebung mitarbeiten, sich einbringen und österreichisches Know-how weitergeben.**

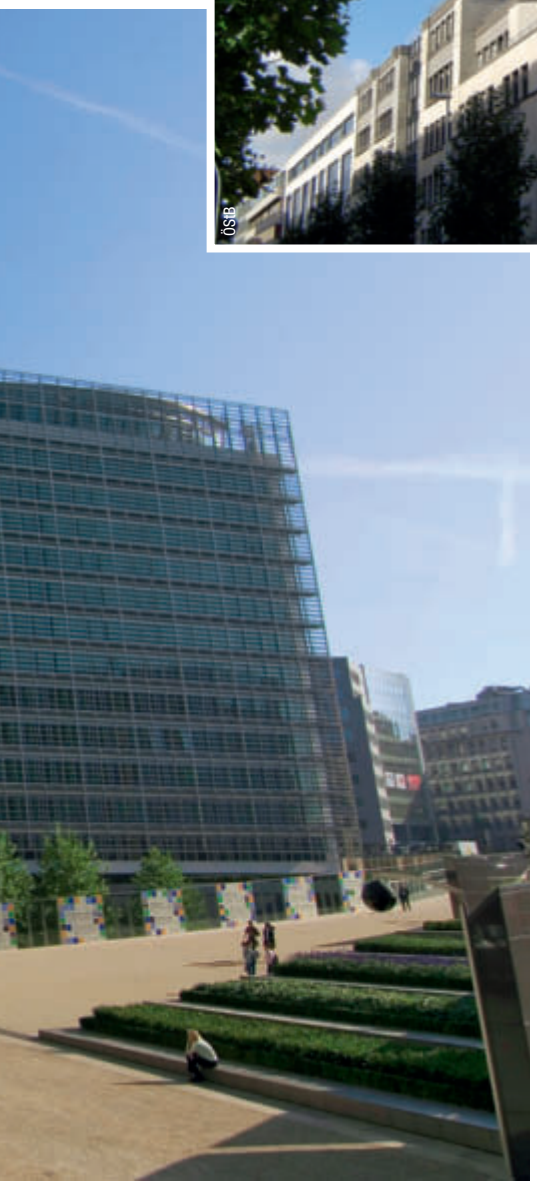


Im Laufe der Zeit hat man gemeinsam mit den anderen Kommunalverbänden in Brüssel eine kompetente kommunale Ansprechbasis für die EU-Institutionen aufgebaut. Allerdings unterscheiden sich die österreichischen Verbände von den anderen Verbänden beträchtlich. Sie fallen in Brüssel zwar auch unter die Lobbyisten, aber sie haben die bevorzugte Stellung von „Lobbyisten im Verfassungsrang". Gearbeitet wird unter Hochspannung. Die Arbeitsbereiche können so umschrieben werden:

**Monitoring** – Beobachtung und Begleitung des Gesetzgebungsprozesses in den für uns wichtigen Gesetzesvorhaben und Initiativen;

**Networking** – Aufbau und Pflege von formellen/informellen Kontakten zu KollegInnen in den EU-Institutionen, anderen Verbindungsbüros und unseren Dachverbänden;



**Lobbying** – Beeinflussung des Gesetzgebungsprozesses und anderer Initiativen.

Aus Informationen von Kommission, Rat und Parlament – einem Wust von Vorhaben, Empfehlungen, Anhörungsverfahren, Richtlinien und Verordnungsvorschlägen – versucht man diejenigen Vorhaben zu erkennen, die für die Städte wichtig werden könnten. Es werden die Arbeitsprogramme der EU-Institutionen, Grün- und Weißbücher, Mitteilungen, Richtlinien- und Verordnungsvorschläge gelesen, erklärt und eine vorläufige Interpretation durchgeführt.

Wir „Kommunalisten" agieren meist gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen nationalen Kommunalverbänden und unserem Dachverband. Wir sind eine streitbare, hartnäckige und kritische Masse in Brüssel. ■

Im Bild oben: Die Ständige Vertretung Österreichs zur EU.
Im Bild links: Der Sitz der EU-Kommission in Brüssel.

## GENERALSEKRETÄR




# Städtepolitik auf Augenhöhe

*Die Europapolitik hat einen sehr großen Einfluss auf das alltägliche Leben in unseren Städten und Gemeinden – so haben bis zu 70 Prozent der europäischen Vorgaben*
*direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Kommunen.*
*Der Großteil der EU-Bevölkerung lebt in Städten. Und genau dort werden auch staatliche Leistungen und politische Entscheidungen für einzelne Bürger und Bürgerinnen direkt spürbar. Aus diesem Grund sollten Städte im politischen Prozess auf Augenhöhe und als vollwertiger Partner betrachtet werden. Ohne handlungsfähige und attraktive Städte kann sich Europa nicht weiterentwickeln. Die Qualität der kommunalen Daseinsvorsorge ist ein Schlüssel dazu.*
*Der Vertrag von Lissabon unterstützt zwar das kommunale Selbstverwaltungsrecht, jedoch zeigt die Praxis, dass viele Regelungen erheblichen Mehraufwand und Kosten verursachen: in Zeiten des Sparens eine kontraproduktive Entwicklung. Städte und Gemeinden sind das Rückgrat der Daseinsvorsorge und bilden das Gemeinwesen vor Ort. Im Übrigen bin ich der Meinung: Österreich braucht starke Städte, Europa braucht starke Städte.*



Dr. Thomas Weninger
*Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes*

## ÖGZ STELLT VOR:
## MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS DEUTSCHLAND UND ITALIEN:
## „DER KOMMUNALEN SACHE VERPFLICHTET“

*Das Europäische Parlament wird seit 1979 direkt gewählt, versucht einen Ausgleich zwischen nationalem und europäischem Interesse zu finden und hat mit dem Vertrag von Lissabon erheblichen Zugewinn an legislativen Kompetenzen erhalten. Es hat 754 Mitglieder (MdEP); 99 MdEP stammen u.a. aus Deutschland, 73 MdEP aus Italien und 19 MdEP aus Österreich. Die MdEP verteilen sich auf sieben Fraktionen (politische Gruppierungen) und tagen in 22 Fachausschüssen (www.europarl.europa.eu).*

# MdEP Heide Rühle: Wir brauchen Reformen

**Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist derzeit natürlich das wichtigste Thema und die Frage, wie man die Finanzmärkte reguliert und die Finanz- und Bankenwelt auch an den Kosten dieser Krise beteiligt, beschäftigt im Europaparlament fast alle. Leider brauchen die Reformen viel Zeit.**

Aber diese Krise ist mehr als eine Wirtschaftskrise, sie ist eine tiefe politische Krise, die das Vertrauen in die Europäische Union untergräbt. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für Europa mehr Kompetenzen in Wirtschafts- und Finanzmarktfragen wünscht, zugleich fürchten viele aber auch einen Machtzuwachs für diese EU. Dieser Widerspruch ist Teil meiner täglichen Arbeit im Europaparlament. Mehr Europa darf nicht die regionalen und lokalen Handlungsräume untergraben – das war und ist ein wichtiger Grundsatz meiner Arbeit. Deshalb stellt sich gerade auch in dieser Krise die Frage der Subsidiarität. Als Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) beobachte ich schon seit Jahren, wie die Kommission einseitig auf den Europäischen Binnenmarkt setzt und die Bedeutung der lokalen und regionalen Wirtschaft ausklammert.

### Öffentliche Auftragsvergabe

Eines meiner politischen Hauptthemen war und ist die öffentliche Auftragsvergabe, zugegeben ein sehr technisches Thema, mit dem man kaum Säle füllen und die große Öffentlichkeit erreichen kann. Die Medien interessieren sich für dieses Thema nur, wenn es um die Aufdeckung von Missbrauch und Korruption geht. Sicher ist Korruptionsbekämpfung wichtig, doch die sinnvolle Verwendung öffentlicher Gelder leidet vor allem an einem Wust an vielfältigen und sich zum Teil widersprechenden Regeln durch europäische, nationale und teilweise auch regionale Auflagen. Allein der zusätzliche Verwaltungsaufwand für eine europaweite Ausschreibung beläuft sich auf 25.000 Euro, da ist noch nicht die Rechtsberatung eingerechnet, die in einigen Fällen bis zu einem Drittel des Auftragswertes beträgt. Diese Kosten sind angesichts knapper öffentlicher Kassen kaum zu rechtfertigen.

Das Europaparlament hat deshalb immer wieder die Kommission aufgefordert, die Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe zu vereinfachen. Im Dezember 2011 hat nun die Kommission ihre Vorschläge für eine Überarbeitung der Richtlinien zur Auftragsvergabe vorgelegt, die erstmals auch das Ziel haben, die Kosten zu reduzieren und das Verfahren zu vereinfachen und zu flexibilisieren. Das Parlament wird diese Vorschläge genau prüfen und überarbeiten. Bei erster Analyse bringen die Vorschläge einige Verbesserungen, gerade für Kommunen und kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Allerdings hat die Kommission nicht, wie vielfach erwartet, die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen erhöht, im Gegenteil noch im Dezember wurde ein neues internationales Abkommen unterzeichnet (GPA), das die Schwellen bei den derzeit in der EU gültigen Werten fixiert. Indem die Kommission so über internationale Verhandlungen Parlament und Rat vor vollendete Tatsachen stellt, greift sie empfindlich in die Rechte der Gesetzgeber ein. Auch die Vereinfachung geht nicht weit genug, die Regelungsdichte ist mit über 200 bzw. 150 Seiten immer noch sehr hoch und die Verfahren sind längst nicht flexibel genug. Der Anwendungsbereich der Richtlinien ist nicht klar genug, und Rechtsdefinitionen, wie die zur öffentlich-öffentlichen Kooperation sind restriktiver als die entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes bzw. die ursprünglichen Forderungen des Europaparlamentes.

### Dienstleistungskonzessionen

Problematischer ist allerdings ein anderer Punkt: die Kommission hat neben den revidierten Richtlinien für die Beschaffung auch – erstmals – eine Richtlinie vorgelegt, die die Ausschreibung von Dienstleistungs-



Zur Person: Die baden-württembergische Abgeordnete Heide Rühle (Fraktion der Grünen und Regionalisten) ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Europäisches Parlament

konzessionen regeln soll. Dienstleistungskonzessionen werden häufig im Bereich Wasser, Abfall und Energie verwendet, sie unterscheiden sich von öffentlichen Aufträgen im Wesentlichen dadurch, dass der Leistungserbringer nicht vom öffentlichen Auftraggeber entlohnt wird, sondern sich direkt beim Nutzer seiner Leistung refinanziert und dafür auch das entsprechende Betriebsrisiko übernimmt. Dienstleistungskonzessionen haben in der Regel lange Laufzeiten und brauchen demgemäß eine gewisse Flexibilität. Bisher unterlagen sie deshalb nicht den Regeln zur Auftragsvergabe, sondern lediglich dem Transparenz- und Nichtdiskriminierungsgebot der Europäischen Verträge. Sie sind, im Gegensatz zu der öffentlichen Beschaffung, auch nicht in den internationalen Verträgen (GPA) fixiert. Auch das Europäische Parlament hat sich mehrfach, in zwei Stellungnahmen, gegen eine europäische Regelung für Dienstleistungskonzessionen ausgesprochen und die Kommission aufgefordert, falls sie dennoch auf ihren Absichten beharrt, nachzuweisen, dass europäisches Handeln aufgrund von Marktversagen und Marktverzerrungen erforderlich sei (Regel der Verhältnismäßigkeit). Dies hat die Kommission bis heute nicht getan. Der vorgelegte Vorschlag begrenzt sich auch nicht auf die Kodifizierung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, sondern geht in seinen Vorschlägen weit darüber hinaus. Die Schwellenwerte liegen angesichts der langen Laufzeiten von Dienstleistungskonzessionen viel zu niedrig, sie sollen auch die voraussichtlichen Einnahmen und die vom Konzessionsgeber zu zahlenden Beiträge erfassen, eine Definition die die Tür zu Rechtsstreit öffnet und Rechtsunsicherheiten geradezu heraufbeschwört. Das gilt auch für die Definition der Laufzeit, die auf den Zeitraum beschränkt werden soll, die der Konzessionsnehmer voraussichtlich benötigt, um die getätigten Investitionen plus einer angemessenen Rendite wieder hereinzuholen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Kommission in erster Linie die Verwendung von Dienstleistungskonzessionen erschweren will. Und es ergibt sich der Verdacht, dass hier durch die Hintertür eine weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen angestrebt wird.

## Weiterer Verlauf der Gesetzgebung

Dies alles muss bei der weiteren Beratung der Kommissionsvorschläge berücksichtigt werden. Die Entwürfe der Kommission sind ja nur ein Vorschlag. Das Europäische Parlament hat nun die volle Freiheit sie abzuändern bzw. sie auch ggf. abzulehnen und an die Kommission zurück zu verweisen.

Dafür bedarf es allerdings einer Mehrheit im rund 750-köpfigen Parlament und, jedenfalls in erster Lesung, einer Einigung mit dem Rat, d.h. den Vertretern der Mitgliedstaaten. Kein leichtes Unterfangen.

Die Federführung für die weiteren Beratungen im Europaparlament liegt in meinem Ausschuss (IMCO), aber zehn weitere Ausschüsse wollen Stellungnahmen abgeben. Im März wird mein Ausschuss öffentliche Anhörungen zu den Richtlinien-Vorschlägen abhalten. Mitte/Ende April sollen dann die ersten Entwürfe für Abänderungsvorschläge vorliegen, der Antragsschluss für alle Änderungsanträge liegt Mitte Juni, die Abstimmung im federführenden Binnenmarktausschuss soll im Oktober stattfinden, die Plenarabstimmung im November oder Dezember dieses Jahres. Das klingt nach viel Zeit. Die umfangreiche Gesetzgebung braucht aber auch Zeit. ■

# MdEP Peter Simon: Mehr Rücksicht auf Städte und Gemeinden

**Die kommunalen Rahmenbedingungen werden in immer größerem Ausmaß von der europäischen Ebene gesetzt. Die meisten der europäischen Vorgaben haben direkte oder indirekte Auswirkungen auf kommunale Handlungsfelder.**

Obwohl der Vertrag von Lissabon das Selbstverwaltungsrecht der Städte und Kommunen ausdrücklich stärkt, fallen viele Regelungen beim Praxistest vor Ort in den Städten und Kommunen leider durch und verursachen enormen Verwaltungsaufwand. Beides wäre durch bessere Kenntnis und stärkere Berücksichtigung der Verhältnisse vor Ort in vielen Fällen vermeidbar.

Da ich weiß, wie wichtig starke Städte und Gemeinden für Bürgerinnen und Bürger sind, liegen mir ihre Anliegen und ihre Zukunft auch als Europaabgeordneter besonders am Herzen. Schließlich war ich vor meiner Zeit im EP meine gesamte berufliche Laufbahn, über 14 Jahre lang, als kommunaler Beamter an der Schnittstelle zwischen Europa und den Kommunen tätig, u.a. auch als Vertreter der Bundesvereinigung der deutschen kommunalen Spitzenverbände im Auswärtigen Amt zur Erarbeitung des EU-Verfassungsvertragsentwurfes.

Dieses Engagement spiegelt sich nicht nur in meiner Arbeit in den Ausschüssen für Wirtschaft und Währung und für Regionalentwicklung wider, sondern auch in meiner Vizepräsidentschaft der beiden partei- und ausschussübergreifenden Arbeitsgruppen „Öffentliche Dienstleistungen“ und „Urban“. Im Mittelpunkt steht dabei die Einbeziehung der Städte und Kommunen durch frühzeitigen und kontinuierlichen Meinungsaustausch mit besonderem Augenmerk u.a. auf die Verhältnismäßigkeit der Regelungen bzw. ihrer Passgenauigkeit und die daraus resultierenden Auswirkungen bei der Umsetzung vor Ort, d.h. der Minimierung von Bürokratie.

## Klare und anwenderInnenorientierte Beihilferegelungen

Hochwertige öffentliche Dienstleistungen wie z.B. im Bereich der Bildungs- und Kultureinrichtungen, der Abfallentsorgung oder auch Krankenhäuser und Pflegeheime sind ein grundlegender Pfeiler für das Funktionieren unseres Gesellschaftsmodells. Um diesem so wichtigen Auftrag in gebührendem Maße nachzukommen, brauchen die Erbringer und überwiegend kommunalen Auftraggeber dieser öffentlichen Dienstleistungen klare und anwenderInnenorientierte Vorschriften. Die Inanspruchnahme von staatlichen Ausgleichszahlungen muss erleichtert und der damit verbundene Verwaltungsaufwand reduziert werden.

In meinen Initiativbericht zur Neuregelung der EU-Beihilfevorschriften, der Ende letzten Jahres vom Plenum des EPs mit breiter Mehrheit angenommen wurden, habe ich die Europäische Kommission aufgefordert, zukünftig für effektive, einfache und verhältnismäßige Beihilfevorschriften zu sorgen. Nur so können unsere Städte und Gemeinden wirklich entlastet werden. Konkrete Maßnahmen hierfür sind u.a. spezifische Regelungen und Ausnahmevorschriften für rein lokal erbrachte und soziale Dienstleistungen, wie z.B. die generelle Befreiung sozialer Dienstleistungen von der Notifizierungspflicht. Einen Großteil dieser Forderungen hat die Kommission in den neuen EU-Beihilfevorschriften aufgegriffen.

## Sparbücher müssen europaweit sicher sein

Die Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise und die damit einhergehende Neuordnung der Finanzmärkte haben nicht nur die letzten beiden Jahre geprägt, sondern werden auch auf absehbare Zeit einen Schwerpunkt unserer Arbeit bilden. Die Europäische Union (EU) steht derzeit vor einer historischen Bewährungsprobe, aus der wir nur gestärkt hervorgehen können, wenn wir jetzt gemeinsame und langfristig tragfähige Mechanismen schaffen, die zukünftige Krisen verhindern, oder zumindest durch ein wirkungsvolles Instrumentarium ein unmittelbares und abgestimmtes Krisenmanagement sicherstellen.

Ein zentrales Element bildet hierbei auch die Neuregelung der Sicherungssysteme für Spareinlagen und Bankguthaben, für die ich seitens des EPs federführend verantwortlich bin. Wenn eine Bank pleite geht,




Zur Person: Peter Simon (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten) ist seit 2009 im Europäischen Parlament. Zuvor war er langjähriger Leiter des Europabüros der Stadt Mannheim und Leiter der Wirtschaftsförderung der deutschen Metropolregion Rhein-Neckar.

Europäisches Parlament

muss gewährleistet sein, dass die Sparbücher und Girokonten der KundInnen trotzdem sicher sind. Es ist nicht hinnehmbar, dass die KundInnen die Zeche für die Misswirtschaft der Bank bezahlen. Deshalb muss das Sicherungsnetz für den Krisenfall mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein und die KundInnen sollten zeitnah und nicht erst nach vier Wochen auf ihr Guthaben zurückgreifen können. Daran führt für mich, als Verhandlungsführer des EPs, kein Weg vorbei.

Nachdem die Mitgliedstaaten eine Einigung in diesen zentralen Punkten in den letzten acht Monaten verschleppt und damit die zeitnahe Einführung eines europaweit wirkungsvollen Sicherungsnetzes verhindert hatten, erhöhte das EP den Druck und ging Mitte Februar diesen Jahres in die erste Lesung. Die überwältigende Mehrheit (fast 80%) für meine Vorschläge ist ein deutliches Signal an die Mitgliedstaaten: Mit dem EP wird es keinen SparerInnenschutz auf Sparflamme und auf Kosten der KundInnen und SteuerzahlerInnen geben.

Fraktionsübergreifende Zustimmung gab es auch für meinen Vorschlag, dass flexible Lösungen den unterschiedlichen bereits bestehenden und bewährten nationalen Sicherungssystemen und Bankenmärkten in angemessener Form Rechnung tragen sollen. Damit können die österreichischen Bankkunden auch in Zukunft z.B. auf etablierte Sicherungssysteme wie die Haftungsverbünde der Raiffeisenbanken und Sparkassen zurückgreifen. Dies war durch den ursprünglichen Richtlinienentwurf der Kommission in Gefahr.

## Austausch auf Verwaltungsebene bei Strukturreform

Auch die europäischen Städte und Gemeinden können einen wichtigen Beitrag bei der Bewältigung der Krise leisten – z.B. bei den derzeit in Griechenland laufenden Strukturreformen. Eine nachhaltige Verwaltungsreform kann nur gelingen, wenn sie dezentral vor Ort unterstützt wird. Deshalb bin ich überzeugt davon, dass ein europäischer Austausch auf Verwaltungsebene, wie er z.B. bereits in der Vergangenheit im Rahmen der Städtekooperation „TACIS-City-Twinning“ zwischen der Europäischen Union und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erfolgreich umgesetzt wurde, den griechischen Kommunen helfen kann, notwendige Strukturreformen voranzutreiben. Mit relativ geringen Mitteln könnte so bereits vorhandenes verwaltungstechnisches Know-how transferiert und die Umsetzung der Strukturreformen, z.B. durch Schulungen, aktiv begleitet werden. Dieser Ansatz, den ich sowohl in Sitzungen des Regionalentwicklungsausschusses als auch in persönlichen Gesprächen u.a. mit dem Leiter der Task-Force der EU, Horst Reichenbach, eindringlich angeregt habe, wird jetzt in die Tat umgesetzt. In Kooperation mit den deutschen kommunalen Spitzenverbänden, die dafür die „Patenschaft“ übernommen haben, wird derzeit ein Aktionsplan mit möglichen Maßnahmen zur Stärkung der regionalen und lokalen griechischen Verwaltungsebene erstellt. ■

# MdEP Sabine Verheyen: Europa der Kommunen

**Sie setzt sich für ein starkes, bürgernahes und kommunalfreundliches Europa ein. Kommunalpolitik und Europapolitik sind unmittelbar miteinander verflochten. Über 60 Prozent aller auf EU-Ebene verabschiedeten Richtlinien und Verordnungen weisen eine kommunalpolitische Relevanz auf.**

In meiner Funktion als kommunalpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist es meine Aufgabe, sämtliche Gesetzesinitiativen auf europäischer Ebene hinsichtlich ihrer kommunalen Relevanz zu überprüfen. Neben meiner „Wachhund-Funktion" bin ich eine direkte Ansprechpartnerin für Kommunen und kommunale Unternehmen und versuche stets, meine KollegInnen für kommunale Interessen und Anliegen zu sensibilisieren.

## Dienstleistungskonzessionen

Neben einer Revision der bestehenden Vergaberechtsregelungen sollen nun auch die Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitlich reguliert werden. Dadurch würde eine EU-weite Ausschreibungspflicht von Konzessionen über 5 Millionen Euro zwingend vorgeschrieben werden. Eine solche Regelung würde den Gestaltungsspielraum, der den nationalen, regionalen und lokalen Stellen durch den Vertrag von Lissabon zuerkannt worden ist, erheblich einschränken. Insbesondere im Bereich der Wasserversorgung droht die Gefahr, dass die Kommission mit diesem Vorschlag eine Liberalisierung durch die vergaberechtliche Hintertür bezweckt.

Schon heute ist die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen kein rechtsfreier Raum. Die europäischen Regeln sehen vor, dass die Konzessionsvergaben unter Einhaltung der Grundsätze der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und der Transparenz zu erfolgen haben. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seinen Urteilen immer bestätigt. Ein besonderer Regelungsbedarf für Dienstleistungskonzessionen ist nach Auffassung des EuGHs somit nicht erforderlich.

Neue EU-Regeln führen nicht zu einem Mehr an Rechtssicherheit, sondern nur zu mehr Bürokratie, wodurch die kommunalen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt werden. Wenn uns vierzig Jahre europäisches Vergaberecht eines gelehrt haben, dann, dass die zunehmende Verrechtlichung im Vergabewesen zu steigender Rechtsunsicherheit auf Seiten der Behörden geführt hat. Der Mehrwert einer Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen ist für mich daher nicht ersichtlich. Hinzu kommt, dass das Europaparlament bereits im Frühjahr 2011 der Kommission eine Absage erteilt hatte, in diesem Bereich legislativ tätig zu werden. In der nun vorgelegten Folgeabschätzung bleibt die Kommis-sion dem Parlament weiterhin eine fundierte Begründung für die Notwendigkeit des Vorschlags schuldig.

## Revision der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

In meiner Funktion als Berichterstatterin für die Revision der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) bin ich verantwortlich für die Stellungnahme des Kulturausschusses zu diesem Gesetzesvorhaben. Der öffentliche Sektor verfügt über zahlreiche Informationen wie Statistiken, Satellitenbilder oder Rechtsvorschriften bis hin zu Archivgut und Sammlungen von Büchern und Kunstwerken, die als Ausgangsmaterial für Produkte und Dienste privater AnbieterInnen dienen können. Diese Informationen haben großes wirtschaftliches Potenzial. Der Gesamtmarkt für Informationen des öffentlichen Sektors wurde bereits im Jahr 2008 unionsweit auf 28 Milliarden Euro geschätzt. Zudem ist davon auszugehen, dass sich der wirtschaftliche Gesamtnutzen einer weiteren Öffnung von Informationen des öffentlichen Sektors auf etwa 40 Milli-



Europäisches Parlament

Zur Person: Sabine Verheyen (Fraktion der Europäischen Volkspartei) war langjährige Bürgermeisterin der Stadt Aachen (Nordrhein-Westfalen) und ist seit 2009 im Europäischen Parlament. Sabine Verheyen ist die kommunalpolitische Sprecherin der deutschen CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

arden Euro pro Jahr beläuft. Ziel der Europäischen Kommission ist es daher, durch eine Revision der Richtlinie das wirtschaftliche Potenzial dieser Daten besser ausschöpfen zu können. Auch wenn ich aus kultur- und wirtschaftspolitischer Sicht der Weiterverwendung von öffentlichen Daten grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstehe, könnten einige der Änderungen für Probleme bei der Umsetzung auf Seiten der öffentlichen Behörden führen. Insbesondere hinsichtlich der vorgeschlagenen Lizenz- und Gebührenvorschriften droht die Gefahr, dass die Kommunen in Zukunft weniger Spielraum bei der Gebührenberechnung für die Weiterverwendung ihrer Daten haben.

## Breitband im ländlichen Raum

Im Rahmen meiner Tätigkeit als Berichterstatterin im Ausschuss für regionale Entwicklung habe ich mich für den Ausbau der Breitbandnetze im ländlichen Raum eingesetzt. Laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey & Company würde alleine eine Steigerung der Breitbandpenetration der Haushalte um zehn Prozent einen Anstieg des Bruttosozialprodukts zwischen 0,9 und 1,5 Prozent bewirken. Internet und digitale Technologien verfügen also über ein enormes Potenzial für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Wenn Europa langfristig wettbewerbsfähig bleiben möchte, dann kann nicht auf eine flächendeckende bedarfsgerechte Versorgung mit Breitbandanschlüssen zu tragbaren Preisen verzichtet werden. Dies muss möglichst zeitnah erreicht werden, um den ländlichen Raum nicht von den Ballungszentren abzuschneiden und einer „Digitalen Kluft“ entgegen zu wirken.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Markt im ländlichen Raum versagt. Schon heute ist absehbar, dass innovative Internetdienste ebenso stetig steigende Übertragungsraten erfordern werden, wie moderne Software- und Kommunikationsanwendungen im Bereich der mittelständischen, im ländlichen Raum angesiedelten Wirtschaft. Insbesondere Datenspeicher-Technologien wie „Cloud Computing“ oder auch der Empfang von hochauflösendem Fernsehen (HDTV) erfordern eine schnelle Breitbandanbindung. Das Ziel muss daher sein, auch in ländlichen Gebieten Anschlüsse mit hohen Übertragungsraten zu schaffen.

Daher ist es wichtig, dass dort, wo Marktkräfte nicht ausreichen, weiterhin nationale und europäische Fördermittel zum Einsatz kommen. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat die Kommission im Oktober 2011 gemacht, als sie einen Plan für die Schaffung eines neuen Fördertopfs namens „Connecting Europe“ vorgelegt hat. Dieser Topf soll helfen, öffentliche und private Investitionen zu mobilisieren, indem er fast 9,2 Mrd. Euro zur Förderung von Investitionen in schnelle und sehr schnelle Breitbandnetze sowie für europaweite digitale Dienste zur Verfügung stellen würde. Damit ist und bleibt die Breitbandförderung eine Priorität der europäischen Strukturpolitik. ■

# MdEP Herbert Dorfmann: Ein Südtiroler in Europa

**MdEP Herbert Dorfmann behauptet von sich, ein bodenständiger Südtiroler zu sein. Er vertritt die Interessen von 500.000 Südtirolern in Brüssel und Straßburg. Ein Porträt.**




Zur Person: Herbert Dorfmann (Fraktion der Europäischen Volkspartei) ist Bezirksobmann des Eisacktals und für die Südtiroler Volkspartei seit Juni 2009 im Europäischen Parlament. Er war bis vor kurzem Bürgermeister der Gemeinde Feldthurns und ist der einzige Südtiroler im Europäischen Parlament. Hier ist er im Bild mit Danuta Hübner, Vorsitzende des EP-Regionalausschusses und ehemalige Kommissarin für Regionalpolitik.

Herbert Dorfmann hat es eilig. Es ist kurz nach 10 Uhr, Schauplatz Büro in Brixen im Eisacktal, schnell noch den Boarding Pass ausdrucken und dann heißt es ab zum Flughafen nach München. Immer montags empfängt Dorfmann BürgerInnen aus dem ganzen Land und kümmert sich um deren Anliegen. Die wöchentliche BürgerInnensprechstunde war wieder viel zu kurz. Im Eilschritt muss er zum Auto: er muss pünktlich sein, der Flieger nach Brüssel wartet nicht. 2009 hat die Südtiroler Volkspartei erstmals eine Basiswahl, eine Wahl unter allen 50.000 Mitgliedern, zur Ermittlung des/der Spitzenkandidaten/-in für den Sitz im Europäischen Parlament gemacht. Ein Erfolg, wie sich später herausstellt: knapp aber doch gewinnt Dorfmann die Wahl; bei der Europawahl zwei Monate später im Juni erhält er auch die Zustimmung der Südtiroler Bevölkerung und zieht dank einer Sonderregelung für Minderheitenparteien in das Plenum des Europäischen Parlaments ein. Mittlerweile, nach zweieinhalb Jahren, hat sich der 42-Jährige im Brüsseler EU-Gebäude eingelebt und glaubt, seinen Job „recht" gut zu meistern.

## Landwirtschaftsausschuss und Wirtschaftsausschuss

13.50 Uhr. Dorfmann sitzt im Flieger der Lufthansa am Flughafen in München, am Telefon gibt er noch schnell Anweisungen zu Abänderungsanträgen an seine MitarbeiterInnen, dann starten die Sicherheitsvorkehrungen am Flughafen. In Brüssel steht im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, in dem Dorfmann sitzt, die Diskussion um die geografischen Ursprungsbezeichnungen an. Für Südtirol sind diese von unabdingbarer Wichtigkeit.

Als ehemaliger Direktor des Südtiroler Bauernbundes weiß er um die Probleme im Land: „Die benachteiligten Gebiete müssen weiter gefördert werden", sagt Dorfmann überzeugt. Neben dem Landwirtschaftsausschuss sitzt er auch noch im Wirtschaftsausschuss und war als Schattenberichterstatter der Europäischen Volkspartei beim sogenannten „Six Pack" zentrale Figur bei der neuen Regelung der wirtschaftspolitischen Steuerung innerhalb der Mitgliedstaaten. Der Kampf gegen die Lärm- und Luftverschmutzung entlang des Alpenkorridors ist eines der großen Steckenpferde des Herbert Dorfmann. „Aber der Weg zu einer Besserung ist mühsam und steinig", erklärt er.

Der Spagat zwischen dem hohen Haus in Brüssel und der Arbeit im Bezirk tut ihm gut: er hilft ihm, „den Bezug zur Wirklichkeit" nicht zu verlieren. Donnerstags fliegt – oder fährt, wenn Sitzungswoche in Straßburg ist – Dorfmann wieder nach Hause, seine Frau und seine zwei Söhne freuen sich schon. Die Wahl zum Südtiroler Landtag im Herbst 2013 steht an, nun gilt es die Weichen zu stellen und den Wahlkampf vorzubereiten. Als Bezirksobmann ist Dorfmann schließlich verantwortlich, welches Ergebnis er für seine Partei im eigenen Wahlkreis einfährt. Die Opposition im eigenen Bezirk ist stark, eine der stärksten im Land. Dorfmann hat in den vergangenen Jahren gute KandidatInnen gefordert und gefördert – nun gilt es jene, die den Zuspruch der Mitglieder bekommen, zu positionieren und „durchzukriegen", wie Dorfmann im Südtiroler Dialekt erklärt.

Die Chancen stehen gut. ■

# Wiener Landtag: Erstmals Rederecht für EU-Abgeordnete

**Wien ist wieder einmal anders und hat als erstes österreichisches Bundesland ein echtes Rederecht für österreichische EU-Abgeordnete geschaffen und somit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Gelegenheit gegeben, gemeinsam mit dem Wiener Landtag aktuelle Themen zu diskutieren, die sowohl europäische als auch nationale und kommunale Bedeutung haben.**

Als erste Rednerin wurde am 27. Jänner 2012 die stellvertretende Delegationsleiterin der SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner zum Thema „Europäische Dienstleistungsrichtlinie und ihre nationale Umsetzung" im Wiener Landtag begrüßt.

„Die europäische Dienstleistungsrichtlinie, die nun in die Wiener Landesgesetzgebung überführt wird, schafft europaweite Mindeststandards und damit mehr Sicherheit für die Konsumentinnen und Konsumenten. Aber auch für Wien wird das neue Dienstleistungsgesetz einen Mehrwert haben", erklärte Regner und betonte, dass bei den Verhandlungen der Dienstleistungsrichtlinie im Europaparlament besonders auch auf die Schaffung von Kontrollmechanismen geachtet wurde. „Oftmals sei es gerade der Wettbewerb der nationalen Rechtssysteme, der das europäische Klima vergiftet. Statt dem Fortführen der nationalen Konkurrenzen wollen und müssen wir gemeinsam an einem Strick ziehen", so die EU-Abgeordnete.

## Hilfe für die Nachbarländer

Dank des engagierten Einsatzes der europäischen Sozialdemokraten, der Grünen und der Gewerkschaft konnte aber eine Regelung gefunden werden, die dem „Cowboy-Markt" der nationalen Konkurrenzen einen Riegel vorschiebt und stattdessen einen Mindeststandard und damit mehr Vertrauen schafft. „In einem geeinten Europa kann es uns nicht egal ist, wie es um die Nachbarländer bestellt ist. Wir sehen am Beispiel Ungarn, dass der Kampf für die Grundrechte, auf denen die EU begründet ist, nie aufhören kann, und dass wir stets auf den Respekt gegenüber diesen demokratischen Grundwerten achten müssen", betonte Regner. Ein einheitliches Vorgehen wird von ihr auch im Kampf gegen die Wirtschaftskrise gefordert: „Hier sind wir alle – egal ob auf europäischer, nationaler oder kommunaler Ebene – in der Verantwortung. So werden die Diskussionen, die derzeit im EU-Parlament über Konzessionen, Auftragserteilungen und den rechtlichen Rahmen öffentlicher Dienstleistungen geführt werden, auch in Wien fortgesetzt werden müssen", meinte Regner.

## Eine europäische Ratingagentur

Zum Thema Finanzmarktregulierung sprach sich Regner für die Schaffung einer Finanztransaktionssteuer sowie einer europäischen Ratingagentur, die dem Prinzip der Verantwortung verpflichtet sei, aus: „Wir wollen bei den Ratingagenturen eine Umkehr der Beweislast: Entscheidungen sollen nicht länger Meinungen sein, sondern Produkte mit einer Produkthaftung", unterstrich Regner. Abschließend drückte die EU-Abgeordnete der Wiener Landesregierung, die das Rederecht für EU-MandatarInnen geschaffen hatte, sowie dem Wiener Landtag ihren Dank aus: „Als Wienerin bin ich stolz auf diese Stadt, die dafür sorgt, eine europäische Sichtweise in den Wiener Gemeinderat und Landtag einzubringen. Ich hoffe darauf, dass das bald auch im Nationalrat möglich sein wird", so Regner. ■



Lukas Beck

Am 27. Jänner 2012 konnte die MdEP Evelyn Regner als Rednerin im Wiener Landtag begrüßt werden.

**AUS DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION:**

*Die EU-Kommission schlägt Gesetze vor und ist Hüterin der EU-Verträge. Sie war ursprünglich als Regierung gedacht.*

# Maßnahmen gegen die Schuldenkrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise führte in allen EU-Mitgliedstaaten zu einem Anstieg der Staatsverschuldung. Dies war unter anderem auf vermehrte Ausgaben zur Sicherung der Finanzmarktstabilität und zur Konjunkturbelebung zurückzuführen.

*Wolfgang Pointner, Wirtschaftswissenschafter und zurzeit nationaler Experte der Österreichischen Nationalbank in der Europäischen Kommission.*

Die Reduktion von Steuereinnahmen aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und die hohe Unsicherheit über die zukünftige Einkommensentwicklung, welche dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirkte, hatten ebenfalls negative Auswirkungen auf die Staatshaushalte. Staaten, die ihre Verschuldung vor der Krise niedrig gehalten hatten, verfügten über einen größeren Spielraum, um den Nachfrageausfall auszugleichen.

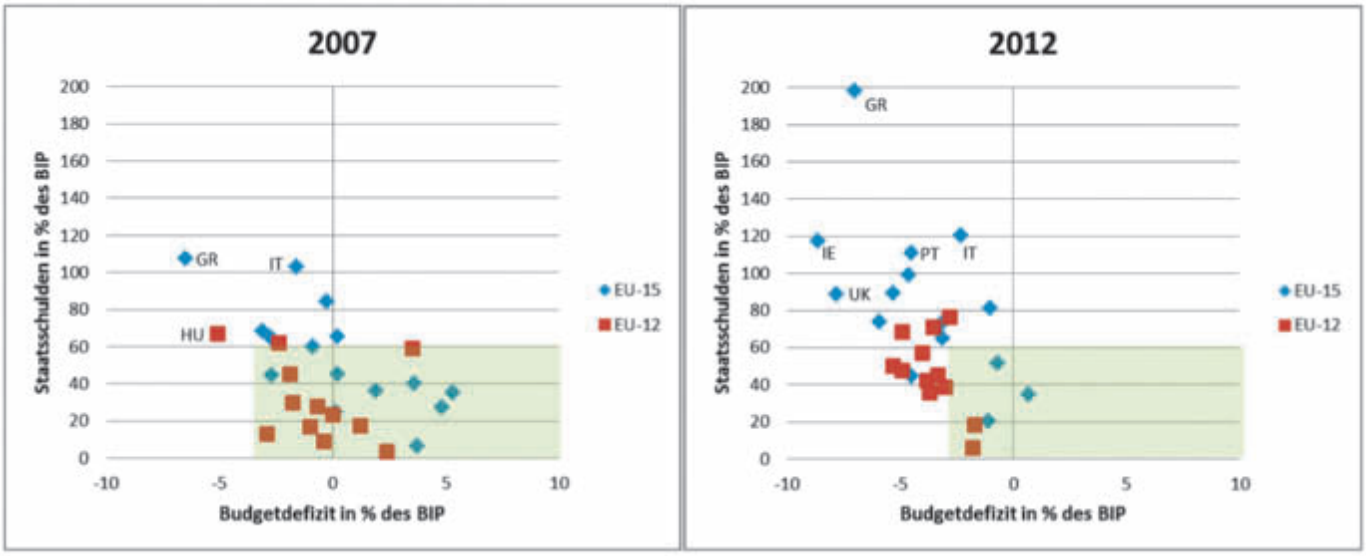
Grafik 1 veranschaulicht die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Staatshaushalte. Während im Jahr 2007 noch die meisten Staaten die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllten[1], also eine Staatsschuldenquote von weniger als 60% des BIP und ein Budgetdefizit unter 3% des BIP aufwiesen (grüner Bereich), werden dies 2012 laut der Prognose der Europäischen Kommission nur mehr einige wenige[2] tun. Bei sehr hohen Schuldenständen sehen Investoren die Gefahr, dass ein Land seine Verbindlichkeiten künftig nicht mehr erfüllen kann und lassen sich dieses Risiko durch höhere Zinsen abgelten. Dadurch kann es aber zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung kommen, denn höhere Zinsen erschweren die Bedienung der Staatsschulden und können damit ihre ursprüngliche Ursache, den vermuteten staatlichen Zahlungsausfall, (mit)herbeiführen. Letztlich spiegeln die Zinsen das Vertrauen der Anleger in die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft eines Landes wider. Zum Beispiel hatte Japan 2011 einen ähnlich hohen Schuldenstand wie Griechenland: die Zinsen auf 10-jährige japanische Staatsanleihen lagen im Jänner 2012 bei 1%, jene für griechische bei 32%.

## Der neue Rettungsschirm

Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise stiegen die Zinsen für Griechenland, Irland und Portugal so stark an, dass eine Marktfinanzierung der Staatshaushalte über Kredite oder Anleihen praktisch unmöglich wurde. Grafik 2 zeigt die Zinsunterschiede (spreads) von 10-jährigen Staatsanleihen von Griechenland, Irland und Portugal gegenüber den Anleihen von Deutschland. Die vertikalen Linien markieren den Beginn des Hilfsprogramms für diese Staaten. Zu Beginn des Jahres 2008 war das Zinsdifferential zu Deutschland selbst für Griechenland noch sehr gering, obwohl die Staatsverschuldung bereits damals über 100% des BIP ausmachte.

Bei Zinsaufschlägen von 550 Basispunkten oder mehr wurden diese Staaten quasi vom Markt genommen und ihre Finanzierung durch die anderen EU-Mitgliedstaaten sichergestellt. Als Griechenland im Mai 2010 auf finanzielle Unterstützung angewiesen war, wurde eine eigene Kreditfazilität gegründet, die so genannte Greek Loan Facility (GLF). Danach wurden mit der European Financial Stability Facility (EFSF) und dem European Financial Stability Mechanism (EFSM) zwei Einrichtungen geschaffen, die notleidenden Mitgliedstaaten Kredite gewähren sollten, wobei der EFSF für Länder des Euroraums und der EFSM für alle EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung steht[3]. Im Dezember 2010 ersuchte Irland, im Mai 2011 Portugal um Unterstützung durch diese Einrichtungen.

Diese Unterstützungskredite werden in Zusammenarbeit mit dem IWF gewährt, der auch in jedem der drei Fälle etwa ein Drittel der Kredite vergibt. Die Gewährung der Hilfskredite ist mit Bedingungen verknüpft, die eine nachhaltige Finanzierung dieser Staaten durch den Finanzmarkt herbeiführen sollen (Konditionalität). Da zu diesen Bedingungen oft Steuererhöhungen, Einschnitte in das Sozialsystem oder andere unpopuläre Maßnahmen zählen, versuchen Regierungen diese Art der Unterstützung trotz der günstigen Zinsen möglichst zu vermeiden. Wenn aber einmal die Entscheidung gefallen ist und ein Land um Hilfskredite ansucht, ist es vorteilhaft, einen nationalen Konsens über die politischen Maßnahmen herzustellen. In Irland und Portugal haben sich Regierung und Opposition auf wesentliche Reformschritte geeinigt, wodurch Vorstellungen oder Bedenken unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen in den Reformprozess eingebracht werden konnten. In Griechenland bereitete auch die man-




Quelle: Europäische Kommission; Werte für 2012: Herbstprognose 2011

Grafik 1: Anstieg der Staatsschulden und Budgetdefizite in der EU.

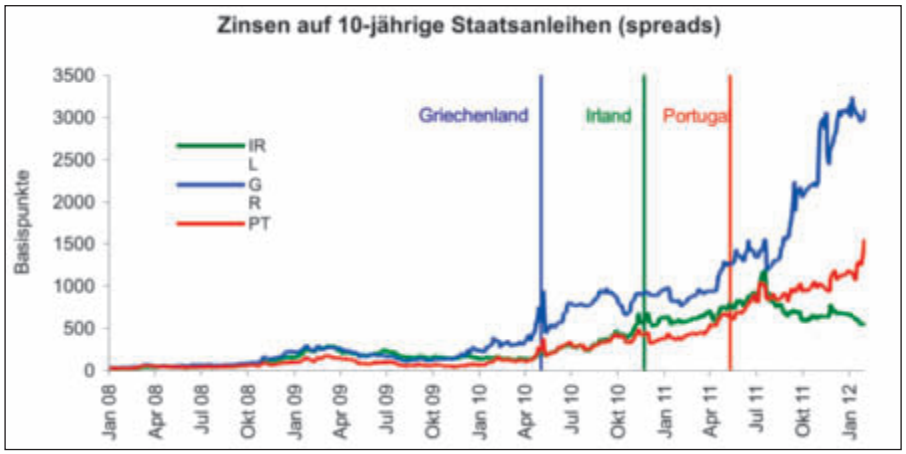
gelnde Konsensbereitschaft einiger AkteurInnen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Hilfsprogramms.

Neben der Wiederherstellung des Marktzugangs sollen die Hilfsprogramme auch ein Übergreifen der Krise auf andere Mitgliedstaaten verhindern. In Grafik 2 ist ersichtlich, dass im Sommer 2011 die Zinsen irischer Anleihen deutlich anstiegen. Dies war aber nicht auf Entwicklungen in Irland zurückzuführen, sondern auf die gestiegene Unsicherheit an den Finanzmärkten über die Lage in Griechenland. Auch Italien und Spanien waren negativ von der griechischen Krise betroffen. Obwohl die Probleme Griechenlands in der EU einzigartig sind und Maßnahmen wie der freiwillige Forderungsverzicht von Anlegern nur in diesem Ausnahmenfall eingesetzt wurden, beziehen manche Finanzinvestoren solche Szenarien auch bei der Risikobewertung anderer EU-Staaten mit ein. Wenn die EU daher eine glaubwürdige Lösung für die Probleme Griechenlands vorlegen kann, schützt sie damit alle ihre Mitglieder.

## Warum Hilfe für bedrängte Länder?

Die Hilfskredite an notleidende Staaten sind auch deshalb im wohldefinierten Eigeninteresse aller EU-Mitgliedstaaten, weil der Staatsbankrott eines europäischen Staates äußerst gravierende Folgen für den europäischen Bankensektor hätte. Alle Banken halten Staatsanleihen, da es sich dabei um besonders liquide Vermögenstitel handelt; aufgrund der fortgeschrittenen Finanzmarktintegration und des grenzüberschreitenden Geschäftsmodells vieler Banken halten diese nicht nur Anleihen ihres Herkunftslandes. Der Zahlungsausfall eines EU-Staats würde daher nicht nur die Banken in diesem Land betreffen, sondern auch Banken in anderen Mitgliedsländern. Die Banken im betroffenen Land hätten den höchsten Abschreibungsbedarf, aber da viele davon in diesem Fall selbst in Liquiditätsprobleme kämen, wären auch die Forderungen ausländischer Banken an den Bankensektor dieses Landes beeinträchtigt. Dies könnte in weiterer Folge wieder staatliche Hilfsmaßnahmen zur Wahrung der Finanzmarktstabilität in anderen EU-Staaten erforderlich machen. Die finanziellen Folgen wären erheblich.

Bei der Gründung des Rettungsschirms waren die EU-Staats- und Regierungschefs die wesentlichen politischen EntscheidungsträgerInnen. Diese vertreten in erster Linie nationale Interessen. In einer Währungsunion mit integrierten Finanzmärkten können aber Probleme in einem einzelnen Land das Gesamtsystem destabilisieren und nationale Länderrisiken sind nicht unabhängig voneinander. ■




Quelle: Reuters

Grafik 2: Anstieg der Zinsen auf Staatsanleihen.

[1] *Einige Mitgliedstaaten haben auch vor der Krise offensichtlich gegen den Pakt und v.a. das Schuldenkriterium verstoßen, was aber keine Konsequenzen nach sich zog. Durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts soll in Zukunft der Schuldenstand stärker beachtet werden (vgl. Holler und Reiss, 2011)*

[2] *Es handelt sich dabei um Bulgarien, Estland, Finnland, Luxemburg und Schweden*

[3] *Zu den Krisenfinanzierungsmechanismen der EU siehe auch Nauschnigg und Schieder (2011)*

*Literatur: Holler, J. und L. Reiss (2011) „Was bringt die neuerliche Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts?", OeNB Geldpolitik & Wirtschaft Q4, S. 91-106.*

*Nauschnigg, F. und P. Schieder (2011) „Krisenfinanzierung in der EU", OeNB Geldpolitik & Wirtschaft Q4, S. 124-135.*

INTERESSANTES AUS ANDEREN KOMMUNALEN DACHVERBÄNDEN

# Die Belagerung von Wien

**Es gibt wenige historische Begebenheiten im deutschsprachigen Raum, die eine gewisse geistige Verbreitung in der Bevölkerung haben. Dazu gehören sicher die Reformation, der Dreißigjährige Krieg, die beiden Weltkriege oder die deutsche Wiedervereinigung und die Türkenkriege, die über zwei Jahrhunderte den Südosten des Deutschen Reiches in Atem hielten und sich zum Teil sogar in die Sprache unserer (Kultur-)Nation eingebrannt haben.**

*Klaus Nutzenberger*

Der berühmte Ausspruch „Kruzitürken" in Bayern und Österreich geht auf eben diese Zeit zurück und ist ursprünglich als Warnruf (die Kuruzen und Türken kommen) zu deuten. Der Warnruf war berechtigt, denn das Osmanische Reich arbeitete sich seit dem 15. Jh. Stück für Stück immer näher an die östliche Mitte Europas heran. Das schuf Beunruhigung in diesem Teil Europas. Um 1680 standen sie an der Reichsgrenze, demnach westlich des Plattensees.

## Die Hauptstadt war das Ziel

Unumstrittener Höhepunkt dieser Türkenkriege ist sicherlich die Belagerung der Stadt Wien durch Sultan Mehmet IV, der 1683 seinen Großwesir Kara Mustafa mit einem 100.000-Mann-Heer gegen die damalige deutsche Hauptstadt sandte. Wien sollte dabei eigentlich nur eine Zwischenstation sein, denn man plante in Istanbul neben der Teileroberung des Reiches auch noch die Besetzung des gesamten mitteleuropäischen Raumes. Für dieses Ziel hatte man sich auch schon mit den Polen unter ihrem Nationalhelden, dem König Johannes Sobieski, geschlagen. Dort sah es unentschieden aus. Der Schwerpunkt der Aktivitäten wandte sich nun wieder weiter in Richtung Südwesten. Deutschland war das Ziel. Die Situation schien günstig. Das Reich war durch den Dreißigjährigen Krieg noch geschwächt und außerdem politisch zersplittert. Besonders fatal wirkte sich in dieser Situation aber für das deutsche Lager aus, dass der „allerchristlichste" König in Frankreich, ein feingliedriger Mann mit einem besonderen Sinn für die schönen




Zur Person: Klaus Nutzenberger ist Historiker und Leiter des Brüssel-Büros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Künste und die Frauen – sein Name war Ludwig XIV. – gemeinsame Sache mit den angeblichen Glaubensgegnern machte. Es scherte ihn dabei wenig, dass sogar französische Adlige und BürgerInnen im Begriff standen, dem Kaiser in Wien zu Hilfe zu eilen, um als gute ChristInnen das Abendland gegen den „Antichristen" zu verteidigen. Ludwig, dem der zynische Spruch zugeschrieben wird, dass er jederzeit in der Lage wäre, den türkischen Kettenhund auf die Deutschen los zu lassen, war das egal. Er wollte das Reich von Westen her „beerben". Der Südosten des Reiches war als Beute für den Sultan vorgesehen. Seine Elitetruppen, die Janitscharen würden das schon regeln.

## BürgerInnen wehren sich

Im Hochsommer 1683 war es so weit. Türkische Truppen umzingelten die Stadt Wien, die der deutsche Kaiser Leopold, sein Adel und mit ihnen ca. 80.000 Menschen schon vorher verlassen hatten. Als Kern der Verteidiger blieben der (arme) Rest der Bevölkerung und ca. 20.000 Mann unter dem Kommando von Ernst Rüdiger Graf Starhemberg in der Stadt. Darunter waten auch zwei kommunale Beamte, deren Namen heute zu Unrecht keiner mehr kennt. Diese Namen lauteten: Johann Andreas von Liebenberg (geb. 29. November 1627 in Wien; gest. 10. September 1683, ebenfalls in Wien) und Georg Rimpler, geb. 1636 in Leisnig, nahe Leipzig; gest. 3. August 1683 in Wien). Liebenberg war ein erfahrener Kommunalbeamter, denn seit 1653 bekleidete er das Amt des Leiters der Städtischen Kanzlei und war von 1678–1680 Stadtrichter, wo er sich große Verdienste bei der Pestbekämpfung erwarb. Von 1680 bis zu seinem Tod war er Bürgermeister von Wien. Während der Belagerung überwachte er die Vorbereitungen für die Verteidigung und die Schanzarbeiten und organisierte die Bürgerwehr. Er starb zwei Tage vor dem Sieg des Entsatzheeres über Kara Mustafa. Erst in der späteren Neuzeit gedachten die WienerInnen Liebenberg in einem Denkmal. Er war ein Organisationsgenie und der Mittler zwischen dem österreichischen Militär und der Wiener Bevölkerung.

Der zweite Kommunale, der Sachse Rimpler, war Festungsbauer von Beruf und noch von Kaiser Leopold I. eingesetzt worden. Er




Johann Andreas von Liebenberg, Wiener Bürgermeister in den Jahren 1680–1683.




Die Entsatzschlacht von Wien im Jahr 1683: Das polnische Heer und die Reichstruppen waren gemeinsam erfolgreich.

arbeitete eng mit Liebenberg zusammen und galt als Fachmann, vor allem im Bereich des Mineurwesens (Minen zur Sprengung der Mauern). Seine Aufgabe war die Verstärkung der Festung Wien; sein technisches Wissen trug wesentlich dazu bei, dass die Stadt lange genug durchhalten konnte, bis das Entsatzheer eintraf. Nach einem der ersten Minenangriffe der Türken wurde er bei einem Gegenangriff der Wiener am 25. Juli 1683 verwundet und starb in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1683. Sein Tod war tragisch, da die Verletzung eigentlich nicht sehr schwer war, aber das Sanitätswesen eben zu dieser Zeit und unter diesen Bedingungen unterentwickelt war. Die Wiener Verteidiger setzten dennoch weiter auf seine Ideen und Ratschläge und konnten dadurch die Stadt gegen die gefährlichste Waffe der Türken wappnen.

Beide, Liebenberg wie Rimpler, stammten aus bürgerlichen Familien. Ihre herausgehobene Stellung im Krieg aber auch in der Zivilgesellschaft weist schon auf den im Barock beginnenden Aufstieg der nicht-adligen Eliten hin, der in der Renaissance seinen Anfang nahm. Der Adel wurde mehr und mehr zum Kriegsadel und nahm im Verwaltungswesen nur noch die ganz oberen Ränge ein.

## Sterben für Wien?

Der Tod der beiden Wiener war nicht umsonst. Nur wenige Tage bzw. Wochen nach ihrem gewaltsamen Ableben entsetzte das deutsche Reichsheer mit seinen Verbündeten aus Polen und Venedig unter der Führung des polnischen Königs Sobieski die Stadt. Über diese Koalition wird gerade heute wieder unter den Vorzeichen der deutsch-polnischen Aussöhnung diskutiert. Da dieses Bündnis das einzig bedeutende ist, das jemals Deutsche und Polen erfolgreich zusammenführte, wird es heute hoch gelobt. Dieses Lob ist nett gemeint, aber konstruiert. Sobieski befehligte zwar das Heer, es bestand jedoch zu 75% aus Deutschen und die polnischen Kontingente waren meist aus Ukrainern zusammengesetzt. Kurz nach der Schlacht fiel alles wieder auseinander. Aber auch ein anderer Gedanke stimmt nüchtern. In der früheren deutschen Rezeption wird viel von dem deutschen Reichsheer gesprochen, das sich in nationaler Einheit gegen den Feind wandte. Und in der Tat: Es reisten Schneidergesellen aus Münster und elsässische Kleinadlige die Donau hinunter. Deutschland erfasste durchaus eine patriotische Stimmung. Allerdings nur den kleinen Mann. Wo blieben der preußische Kurfürst oder die Welfen aus Hannover oder die Kontingente der Hansestädte, die gerade klotzig am Kolonialhandel verdienten? Sie blieben buchstäblich zu Hause und überließen es den Tapferen aus Österreich, Bayern, Schwaben und Sachsen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wohlwissend in welcher Gefahr das Reich war und zwar ausgehend vom Osten und vom Westen.

Zwei wichtige Personen bei der ganzen Angelegenheit wussten, wohin sie gehörten. Der Eine war Bürgermeister, der Andere sein Dezernent für öffentliche Ordnung. Wie sagte Voltaire: Il faut cultiver son jardin (Man muss sich um seinen Garten kümmern). Das haben sie getan und das gereicht ihnen zur Ehre. ■


# Die unglaubliche Wirkung von 2 cm

Damit die Schneepflüge nicht mit Kanaldeckel herumschießen und überhaupt

Ein Kanaldeckel ist zumeist eine völlig unbeachteter Gegenstand. Kanalschächte können sich aber senken oder heben. Wenn sie sich heben, „wächst“ der Deckel aus der Erde. 2cm genügen und der Schneepflug bleibt dran hängen, was für den Fahrer sehr gefährlich ist, oder der



Schneepflug schießt den Kanaldeckel lautstark - und extrem gefährlich - durch die Gegend. ROADPLAST ist ein österreichisches Unternehmen das sich vor Jahren auf die Sanierung überstehender Kanaldeckel und ähnlicher Fälle spezialisert hat - mit einem ausgeklügelten System von High-Tech Materialien für eine dauerhafte Sanierung. ROADPLAST sucht übrigens grade gute Leute.

**DATEN & FAKTEN**
ROADPLAST Mohr GmbH
Senderstraße 26, Wolfurt
Telefon: (0)5574-87340
office@roadplast.com
www.roadplast.com

WERBUNG

# Entwicklungszusammenarbeit der Städte und Gemeinden in Flandern

**Ende der 90er-Jahre machte der Verband der Flämischen Städte und Gemeinden (VVSG) die belgische Bundesregierung und die flämische Regierung auf die Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit aufmerksam. Daraus resultierten ein Neubeginn und zwei neue Rahmenprogramme. Nach mehr als zehn Jahren und vielen Erfahrungen reicher, weiß man: kommunale Entwicklungszusammenarbeit funktioniert und floriert!**

*Betty De Wachter, Abteilungsleiterin des VVSG-International (Diensthoofd VVSG Internationaal), Übersetzung des Artikels: Sybille Schwarz und Simona Wohleser*

In den 80er-Jahren erlebte die Entwicklungsarbeit der Kommunen einen Aufschwung. Engagierte Freiwillige und NGOs forderten Unterstützung von ihren Kommunalverwaltungen für Projekte, Kampagnen und Solidaritätsaktionen. Viele Kommunen sind dem Aufruf gefolgt, beauftragten meist ihre Vize-BürgermeisterInnen und machten Haushaltsmittel verfügbar. Sie schufen Beratungsgremien und bestimmten Gemeindebedienstete, um die Sache weiterzuverfolgen. Laut einer nationalen Umfrage im Jahr 2000 hatten etwa 87% der flämischen Gemeinden einen eigenen Vize-Bürgermeister (scheppen/échevin) ernannt, 78% eine spezielle Haushaltslinie, 29% ein Grundlagenpapier über Nord-Süd Politik, fast die Hälfte der Kommunalverwaltungen benutzten ein Beratungsgremium und 31% stellten administrative Hilfe zur Verfügung. Trotzdem blieb die Entwicklungszusammenarbeit auf der politischen Agenda nachrangig. Unterstützung in der Verwaltung existierte oft nur auf dem Papier. Lediglich bei Kommunalwahlen wurde diskutiert, wie man eine kommunale Entwicklungszusammenarbeit ideal gestalten könnte.

## Neue Ausgangslage

Bereits vor und nach Ende der Kolonialzeit gab es in den ehemaligen Kolonien Dezentralisierungsprozesse. Das Abkommen von Cotonou/Benin (2000) war das erste offizielle Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Ozeans (sogenannte AKP-Länder), das die Wichtigkeit von guter Verwaltung und dezentralisierter Kooperation unterstrich. Man erkannte, dass Dezentralisierung und kommunale Zusammenarbeit den Aufbau von kommunaler Selbstverwaltung und die Ankurbelung der lokalen Wirtschaft ermöglicht, die öffentliche Dienstleitungserbringung verbessert und zur Konfliktvermeidung beiträgt.

Im selben Jahr fanden Gespräche zwischen dem VVSG, der belgischen Bundesregierung und der flämischen Regierung statt. Es wurde zunächst die (neue) Rolle der Städte in der Entwicklungszusammenarbeit geprüft und ob Kommunen für staatliche Subventionen überhaupt in Frage kämen. Nach erfolgreicher Überprüfung wurden zwei Programme gestartet, die Subventionen für einige kommunale Pilotprojekte enthielten. 2005 wurde das belgische Bundesgesetz ergänzt und das flämische Dekret für kommunale Entwicklungszusammenarbeit erlassen. Der VVSG hat intensiv an der Programmentwicklung mitgearbeitet und betrachtet die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als logische Ergänzung zu den übrigen Dienstleistungen des Verbandes (wie Informationsbeschaffung, fachliche Hilfestellungen, Interessenvertretung und Förderung von Innovation).

## Globales Dorf

Schwache Zentralregierungen wollen meist keine Macht abgeben. Die Kommunen – im Süden – erhalten zwar mehr Kompetenzen, trotzdem kommen die Mittel auf der kommunalen Ebene nicht immer an. Oft wird sogar die Legitimität der Kommunen hinterfragt und die Kapazitäten für eine dauerhafte Entwicklung in der Kommune sind gering oder gar nicht vorhanden.

Politische Veränderungen nach Kommunalwahlen können große Auswirkungen haben. Eine Entwicklungspartnerschaft kann beendet oder stark verändert werden. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist Kontinuität wichtig, daher müssen mögliche (politische) Veränderungen mit eingeplant werden, z.B. durch Einbeziehung der politischen Opposition. Klare Information und Kommunikation über die Art der Städtepartnerschaften sind entscheidend. Offenheit darüber, wer die Partnerstadt besucht und aus welchen Gründen, hilft dabei, den Eindruck von sogenannten „Vergnügungsreisen“ zu revidieren. Trotzdem wird über Sinn oder Unsinn von Entwicklungszusammenarbeit regelmäßig diskutiert werden.

Unter herkömmlicher „Entwicklungshilfe“ versteht man oft z.B. den Bau einer Tagesklinik oder eines Schulgebäudes, deren Nachhaltigkeit oft fraglich ist. Es wird kaum überprüft, ob sich z.B. die betreffende Gemeinde Krankenhauspersonal oder LehrerInnen überhaupt finanziell leisten kann. Wenn das nicht der Fall ist, werden die schönsten neuen Gebäude unbenutzt bleiben. Wird aber ein erfolgsorientierter Ansatz gewählt, um z.B. den institutionellen Aufbau zu unterstützen, kann dies zu nachhaltiger kommunaler Selbstverwal-




Delegation aus Banjul/ Gambia bei einem Workshop des VVSG in Belgien: Projekt Meereshöhe & Mangrovenwälder.

tung und zu Reformen vor Ort führen. Allerdings ist dies ein langfristiger Prozess. Es erfordert viel Geduld und viele Erklärungen, weil diese Art von Kooperation nicht sofortige Ergebnisse liefert, die man mit schönen Bildern von in die Praxis umgesetzten Projekten beweisen kann. Unabhängig davon, welche Art der Entwicklungszusammenarbeit die Kommunen wählen (z.B. Wahl des Dezentralisierungsmodells, Unterstützung von lokalen Projekten oder lokalen Prozessen): aus unserer Erfahrung ist v.a. der politische Rückhalt für erfolgreiche Projekte unabdingbar.

## Lernprozess

Die flämischen Kommunen waren mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. Um den Herausforderungen sofort gerecht zu werden, wurden oft vorschnelle Lösungen angeboten und dabei die Kernprobleme der Partnerstädte übersehen. Man hat gelernt zuzuhören, nicht nur Mängel und Fehler zu sehen, sondern die wirklichen Probleme der Partner zu verstehen. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Zusammenarbeit. Ebenso ist die Kenntnis der Kompetenzen und Zuständigkeiten der Partnergemeinden für einen aufschlussreichen Austausch unter den KollegInnen wichtig: Wenn etwa eine marokkanische Stadt keine Kompetenzen in der Jugendpolitik hat, dann sollte man auch nicht auf diesen Politikbereich beharren. Andererseits kann man durchaus auch „kompetenzfremde“ Vorschläge machen. So hat z.B. Ostende seine IngenieurstudentInnen engagiert, um die Auswirkungen der zunehmenden Meereshöhe auf die Mangrovenwälder in ihrer Partnerstadt Banjul/Gambia zu untersuchen. Die Untersuchungsergebnisse waren für Banjuls zukünftige Tourismusentwicklung bedeutend.

## Kommunaler Mehrwert

Zusammenarbeit mit Partnerstädten aus dem Süden ist eine Frage des interkulturellen Lernens. Es benötigt Respekt, Vertrauen und Zeit, sich mit anderen Bräuchen und Gewohnheiten, mit anderen Werten und tief verwurzelten Traditionen vertraut zu machen. Die Entwicklungszusammenarbeit von Kommunen ist in Flandern fest verankert. Der gegenseitige Erfahrungsgewinn ist beträchtlich. Man erhält andere Einblicke und Lösungsansätze in vielen Bereichen: z.B. die Rolle des/der Bürgermeisters/-in, Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen mit wenig finanziellen Mitteln, Kooperation mit örtlichen Vereinen, Einbeziehung von älteren MitbürgerInnen, Beziehung zu anderen staatlichen Autoritäten, Umwelt- und Klimaschutz, Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen, etc.

Herausforderungen gibt es nach wie vor viele, aber seriöse Städtepartnerschaften können sogar helfen, das „GeberInnen-EmpfängerInnen-Syndrom“ zu revidieren, das für Entwicklungszusammenarbeit fast synonym ist. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit funktioniert. Dies hat man nicht nur in Belgien erkannt, sondern auch im Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission und bei den Vereinten Nationen. ■

**INFOS:** http://www.vvsg.be

# EU-Förderprogramme für Kommunen

**Seit dem Jahr 2007 läuft noch bis Ende 2013 die aktuelle EU-Förderperiode, von der Kommunen gut profitieren können. Bevor ab 2014 bis 2020 eine neue Programmphase seitens der EU eingeleitet wird, können Kommunen noch aus den bisherigen europäischen Fördertöpfen schöpfen. Hierüber wird ein grundlegender Überblick gegeben.**

*Andrea Gehler ist Wirtschaftsjuristin und leitet das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel. Sie war langjährige EU-Koordinatorin der Stadt Augsburg für EU-Aktionsprogramme.*

Wer EU-Fördermittel erfolgreich beantragen möchte, muss wissen, dass diese – mit Ausnahme der Gemeinsamen Agrarpolitik – dem sog. Kofinanzierungsgrundsatz unterworfen sind. Dies bedeutet, dass EU-Zuschüsse meist nur zu 50% vergeben werden. Außerdem erfolgen sie in der Regel projekt- oder maßnahmenbezogen und zeitlich befristet. Die EU-Förderbereiche decken viele Politikbereiche ab, in denen je nach Programm unterschiedliche Fristen, formelle Erfordernisse und inhaltliche Bedingungen erfüllt werden müssen. Eine frühzeitige Information über die Bestimmungen durch die Förderleitfäden, die auf den Internetseiten der EU-Kommission veröffentlicht werden, ist unabdingbar. Es gibt zwei wesentliche EU-Förderpfeiler:

- die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds (z.B. EFRE und ESF) und
- die thematisch ausgerichteten EU-Aktionsprogramme

## EU-Struktur- und Kohäsionsfonds

Mit Hilfe der Struktur- und Kohäsionsfonds wird das Ziel des wirtschaftlichen Aufholprozesses der Regionen Europas, der sog. Konvergenz, verfolgt. Die Verteilung der Strukturfondsmittel orientiert sich an der Bedürftigkeit bestimmter Regionen. In vollem Maße profitieren können von diesen Mitteln nur jene Gebiete, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf einen Schwellenwert von 75 % gemessen am EU-Durchschnitt unterschreitet. In der Förderperiode von 2007 bis 2013 gibt es zwei Struktur- und einen Kohäsionsfonds:

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- Europäischer Sozialfonds (ESF)
- Kohäsionsfonds




Die Stadt Bourges zu Besuch in Augsburg.

Im Rahmen der Fonds werden unter dem Leitmotiv „Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“ die folgenden drei Ziele verfolgt:

- Ziel „Konvergenz“ (ehemaliges Ziel 1)
- Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (früher Ziel 2)
- Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (frühere Gemeinschaftsinitiative INTERREG)

In Österreich kommen alle drei Ziele zur Anwendung. Dem Burgenland wurde als ehemaliges Ziel-1-Gebiet ein sogenannter „Konvergenz/Phasing-Out-Status“ zuerkannt. Für die übrigen Bundesländer liegen Programme unter dem Titel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ vor.

Die Verwaltung der EFRE-Mittel erfolgt im Gegensatz zu den EU-Aktionsprogrammen nicht direkt durch die EU-Kommission. Die Festlegung von Förderschwerpunkten sowie die Antragstellung und Auszahlung der Mittel übernehmen die Mitgliedstaaten bzw. die jeweiligen Bundesländer. Um eine Förderung aus den Strukturfonds zu erhalten, sind – außer bei der europäischen territorialen Zusammenarbeit – keine europäischen Partner erforderlich – die Projekte sind lokal ausgerichtet.

Es gibt auch noch die Möglichkeit der EU-Förderung aus dem ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), der zweiten Säule des EU-Agrarfonds, der Projekte im ländlichen Raum unterstützt.

## EU-Aktionsprogramme

EU-Aktionsprogramme gibt es in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, Bildung, BürgerInnenbegegnungen (Städtepartnerschaften), Energie, Gesundheit, Informations- und Kommunikationstechnologie, Jugend, Justiz und Inneres, Kultur, Umwelt und Verkehr. Die nachstehenden EU-Aktionsprogramme sind dabei für die kommunale Ebene von besonderer Bedeutung:

- **DAPHNE** (Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen)
- **Europa für Bürgerinnen und Bürger** (Städtepartnerschaften)
- **Intelligente Energie Europa** (lokale Energieagenturen)
- **Jugend in Aktion** (Austausch von Jugendlichen)
- **Katastrophenschutz** (Katastrophenschutzübungen)
- **Kultur** (kulturelle Kooperationsprojekte)
- **Lebenslanges Lernen** (Schulprojekte, Austauschmaßnahmen für SchülerInnen, BerufsschülerInnen, auch für Verwaltungspersonal und Erwachsenenbildung)
- **LIFE+** (Umweltprojekte)
- **PROGRESS** (Beschäftigungsmaßnahmen)
- **URBACT II** (nachhaltige Stadtentwicklung)

Bei den Aktionsprogrammen gilt grundsätzlich das Wettbewerbsprinzip, d.h. die Anträge sind in der Regel zentral bei der EU-Kommission in Brüssel einzureichen und diese erteilt den inhaltlich besten Projekten mit dem höchsten „europäischen Mehrwert“ den Zuschlag. Es gilt das Prinzip der Transnationalität, d.h. für die Projekte sind in der Regel mehrere europäische Partner Voraussetzung.



Andrea Gehler im Bild mit Edmund Stoiber.

## Voraussetzungen für eine erfolgreiche Antragstellung von EU-Projekten

EU-Fördermittel erfordern zeitlichen und personellen Aufwand, gerade bei der späteren Abwicklung des Projekts. Daher sollte man sich vor einer Antragstellung neben der Frage nach den Erfolgsaussichten auch die Frage der Kofinanzierung stellen. Diese beträgt in der Regel 50%, was in Zeiten der Finanzkrise auch für Kommunen zunehmend schwieriger aufzubringen ist. Möchte man aus den EU-Aktionsprogrammen erfolgreich Fördermittel beantragen, ist es unabdingbar, sich über die jeweiligen programmspezifischen Voraussetzungen auf den einschlägigen Internetseiten der EU und der nationalen Kontaktstellen frühzeitig zu informieren und die zugehörigen Förderleitfäden gründlich zu studieren. Einige Kriterien, die für EU-Förderprogramme gelten, sind dabei mit der Antragstellung im Rahmen von Landesprogrammen vergleichbar, andere sind hingegen rein EU-spezifisch.

Der Unterschied zwischen EU-Strukturfonds und den EU-Aktionsprogrammen besteht darin, dass letztere nicht nach einer Gebietskulisse vergeben werden. Die Aktionsprogramme sind darauf ausgelegt, dass echte und umfangreiche europäische Kooperationen von Partnern aus mehreren Mitgliedstaaten stattfinden. Durch das länderübergreifende Zusammenwirken soll ein europäischer Mehrwert geschaffen werden, indem Lernprozesse bei den Beteiligten angestoßen und Best-Practice-Beispiele ausgetauscht werden.

Die Teilnahme erfolgt durch die Stellung eines Projektantrags, wozu die Kommission meist in Jahres-Abständen Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen („Calls“) veröffentlicht. Da EU-Mittel nur Zuschüsse sind, muss haushaltstechnisch rechtzeitig ein bestimmter finanzieller Eigenbetrag eingeplant werden. Inhaltlich ist es wichtig, dass bei der Antragstellung der innovative Charakter des Projekts betont wird. Die gemeinsame Antragstellung mit Partnern aus anderen EU-Mitgliedstaaten ist bei den Aktionsprogrammen Voraussetzung. Im Hinblick auf die Suche geeigneter Partner bietet sich an, auf vorhandene Netzwerke zurückzugreifen, beispielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften. Eine weitere Möglichkeit sind Partnersuchbörsen, die auf den Internetseiten der Programme oder der nationalen Kontaktstellen zu finden sind. ■

# SCHULOFFENSIVE IN WIEN

Ein Schwerpunkt der Wiener Kommunalpolitik ist der Bildungssektor. Im Jahr 2012 wird in Wien im Bildungsbereich unter anderem kräftig in die Infrastruktur investiert.



Fotos: Corbis (1), Gangoly & Kristiner Architekten ZT GmbH (1)



Visualisierung vom Campus Donaufeld Nord – Hofseite.



INTENSIV WIRD die Sanierung der Wiener Pflichtschulen auch im Jahr 2012 vorangetrieben. Heuer wird es Sanierungsarbeiten an 133 Standorten geben. Dabei werden über 53 Millionen Euro investiert werden. Die Details: Es werden an 26 Schulen die Dächer erneuert, an 25 Schulen die Fassaden saniert, an 24 Schulen die Fenster erneuert, an 23 Schulen die WC-Anlagen saniert, an 19 Standorten die Turnsaalbereiche saniert sowie an 51 Schulen die Brandschutztechnik verbessert. Außerdem werden Elektroanlagen, Heizungsanlagen und Wasserleitungsanlagen überholt. Insgesamt werden dieses Jahr bereits 45 Schulen von den insgesamt 242 im Sanierungspaket vorgesehenen fertig gestellt und modernisiert sein. Da die Schulen sich im Vollbetrieb befinden, können sie größtenteils nur in den Sommerferien saniert werden. Nur in Ausnahmefällen wird auch während des Schuljahres gearbeitet. Auch für 2013 laufen bereits die Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten: Im nächsten Jahr werden 127 Standorte saniert.

## DAS MODERNISIERUNGSPAKET

Das Schulsanierungspaket, das 2007 im Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, wird innerhalb von zehn Jahren bis zum Jahr 2017 realisiert. In diesem Zeitraum werden insgesamt 570 Millionen Euro für Modernisierungsmaßnahmen in 242 allgemein bildenden Pflichtschulen in Wien zur Verfügung gestellt. Die Wiener Bezirke werden von der Stadt mit einer Sonderförderung von 40 Prozent unterstützt. Im Rahmen des Schulsanierungspakets wurden bereits über 173 Mio. Euro für die Modernisierung der Wiener Schulen verwendet. In Rahmen der Bauarbeiten werden dort, wo es möglich ist, wärmegedämmte Fassaden und Dämmungen der obersten Geschoßdecke angebracht. Außerdem werden moderne Fenster mit Wärmeschutz-Verglasungen eingebaut Damit wird eine Reduzierung des Energieverbrauchs erreicht werden.

## NEUE SCHULEN FÜR WIEN

Der Bedarf an Schulplätzen in Wien nimmt zu, weil es in der kommenden Zeit geburtenstärkere Jahrgänge gibt. Wien investiert derzeit große Summen in den Schulneubau. In den Campus Donaufeld Nord, den Campus am Hauptbahnhof und die neue Berufsschule in der Embelgasse wurden und werden insgesamt rund 120 Millionen Euro investiert. In die bereits eröffneten Campusstandorte Monte Laa und Gertrude Fröhlich-Sandner sind in den letzten Jahren rund 74 Millionen Euro geflossen. Ein Bildungscampus am Donaufeld Nord in Wien-Floridsdorf wird gerade errichtet. Hier entstehen bis Herbst 2012 eine 13-klassige Ganztagsvolksschule und ein Kindergarten für neun Gruppen. Die Stadt Wien stellt dafür 24,8 Millionen Euro bereit.

Ein weiterer Campus wird in den nächsten Jahren am Hauptbahnhof gebaut. Dieser soll Platz für eine 17-klassige Ganztagsvolksschule, eine 16-klassige Ganztagshauptschule und einen Kindergarten mit elf Gruppen bieten. Dafür sind Investitionen in Höhe von 79 Millionen Euro eingeplant.

In der Embelgasse 46–48 im 5. Bezirk beginnen im Jahr 2012 die Bauarbeiten für eine neue Berufsschule. Das neue Schulhaus wird auf einer Gesamtnutzfläche von rund 3.700 Quadratmetern 18 Unterrichtsräume für rund 600 Lehrlinge beherbergen. Die ersten Lehrlinge werden mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 hier unterrichtet werden. Für die Berufsschule sind Baukosten in der Höhe von ca. 17 Millionen Euro veranschlagt.




Zur Person: Serafin Pasos-Vidal stammt aus Galizien/Spanien. Der Autor hat Politikwissenschaft studiert und leitet das Brüssel-Büro der schottischen Kommunen (COSLA) seit 2007.

# Schottische Kommunen zwischen Partnerschaft und Reform

**Die Konvention der schottischen Kommunen (COSLA) ist das nationale Vertretungsorgan aller 32 Mitglieder, ähnlich wie dies auch der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund für die österreichischen Gemeinden sind.**

*Serafin Pasos-Vidal*

COSLA verteidigt die kommunalen Interessen im Schottischen, Britischen und Europäischen Parlament. Der Verband nützt seinen Einfluss für eine Stärkung von durch den Vertrag von Lissabon eingeräumten verfassungsrechtlichen Bestimmungen für die Kommunalverwaltungen in Schottland. In Brüssel setzt sich COSLA für die Entwicklung eines Europäischen Gesetzesrahmens ein, der die kommunalen Kompetenzen und finanziellen Engpässe versteht und schützt. Dabei arbeitet COSLA u.a. eng mit den österreichischen KollegInnen und mit dem europäischen kommunalen Dachverband (RGRE) zusammen. COSLA hat den Vorsitz der RGRE focus group zur „Zukunft der EU-Kohäsionspolitik".

## Kommunalverwaltung im Vereinigten Königreich und in Schottland

Das Vereinigte Königreich ist kein klassischer Einheitsstaat wie Frankreich und auch kein Bundesstaat wie Österreich. Großbritannien ist ein Gemenge aus mittelalterlichen Rechten und modernen demokratischen Verfassungsstrukturen. Der Unionsvertrag von 1707 zwischen England und Schottland hat zwar die schottischen „traditionellen" Institutionen erhalten, trotzdem gab es von 1707 bis 1998 nur ein einziges Parlament, aber zwei unterschiedliche Rechtssysteme mit zwei verschiedenen Kommunalverwaltungssystemen. Mit dem Devolutionsvertrag von 1999 erhielt das neue Schottische Parlament vom Britischen Parlament die Exklusivkompetenz über die schottischen Kommunalverwaltungen übertragen. Seitdem hat die britische Regierung keine Entscheidungsbefugnis mehr über die schottischen Kommunen.

## Nur 32 Kommunen

Seit im Jahr 1996 die Kommunen und Bezirke fusioniert wurden, gibt es nur mehr 32 Kommunen (bei 5 Millionen Einwohnern!). Das ist die niedrigste Zahl an Kommunen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Die Macht und der Einfluss der Kommunen in Schottland dürfen jedoch nicht unterschätzt werden. Der Grund für die beträchtliche Größe der Kommunen ist nicht nur das wichtige organisatorische Prinzip der Repräsentation, sondern auch die hohe Effizienz und Qualität in der Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen.

## Konkordat zwischen der schottischen Regierung und COSLA

Während der ersten zehn Jahre des Devolutionsprozesses gab es laufende Verhandlungen zwischen der schottischen Regierung und den Kommunen in mehreren Politikbereichen, wie etwa Kindererziehung, soziale Betreuung, Feuerwehren, Dienstleistungen, Verkehr, Umwelt (Abfallentsorgung), Kultur und Erholung, VerbraucherInnenschutz, Raumplanung, Wohnen sowie Po-

lizei. Nach den Wahlen von 2007 ist das spannungsgeladene Verhältnis zur Regierung einer formellen Partnerschaft gewichen. Die schottische Regierung und COSLA (für die Kommunen) unterzeichneten ein Konkordat, das die Basis für eine neue Kooperation bildet. Beide Seiten sind zur Kooperation verpflichtet. Das Konkordat beendet die finanzielle Zweckbindung durch die Regierung, gibt den Kommunen mehr Zuständigkeiten in der kommunalen Wirtschaftsentwicklung und friert die Kommunalsteuer ein. Das Konkordat wurde als sogenanntes Single Outcome Agreement (SOA) zwischen der schottischen Regierung und den 32 Kommunen abgefasst, d.h. jede Verwaltungsebene definiert für sich selbst die Aufgaben und Indikatoren, um die 15 gemeinsamen Ziele zu erreichen.


Corbis

Die Zusammenarbeit ist geprägt von Dynamik. Die Wirtschafts- und Finanzkrise brachte neue große Herausforderungen. Nach der Wahl 2011 hatte die schottische Regierung erklärt, eine einheitliche nationale Feuerwehr, Polizei und soziale Betreuung einrichten zu wollen. Diese Dienstleistungen sind zur Zeit in der Kompetenz der Kommunen. Es ist zwar wahrscheinlich, dass einige Dienste auf nationaler Ebene in Zukunft angeboten werden, aber die „Christie commission" hat festgestellt, dass die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen auf kommunaler Ebene besser geeignet ist, um hervorragende Regierungs- und Verwaltungstätigkeit zu erzielen. Dies hätte mit kommunaler Rechnungslegung und Verantwortung zu tun. ■

**INFOS:** www.cosla.gov.uk/europe





## Neuer Ratgeber zeigt Best-Practice-Gemeinden

# Kommunale Wege zu Energien der Zukunft

***Eine effiziente und klimaschonende Nutzung von Energie ist das bestimmende Zukunfts- und energiepolitische Thema. Österreich hat vielfältiges Potenzial, um Vorreiter bei der Realisierung nachhaltiger Energien zu sein. Der neue Ratgeber „Initiative Energie" der Kommunalkredit bietet einen Überblick über kreative, bereits funktionierende Energielösungen.***

Die EU und der Staat schaffen mit Gesetzen wie bspw. der Energieeffizienzrichtlinie und dem Klimaschutzgesetz Rahmenbedingungen. Kommunen benötigen jedoch mehr für die Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik.

### Energieautarkie in Gemeinden

Umwelt- und Klimaschutz sind elementare Themen zur Sicherung unserer Gesellschaft. Österreich hat enormes und vielfältiges Potenzial sowohl für Energieeffizienzmaßnahmen als auch zum Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Die Rolle der Kommunen ist dabei sehr zentral.

„Neben ökologischen hat ein Umstieg für Gemeinden auch ökonomische Vorteile", betont Lukas Stühlinger, Teamleiter Energie & Umwelt der Kommunalkredit. „Denn die Nutzung heimischer Ressourcen belebt die lokale und regionale Konjunktur, das Gewerbe und die Landwirtschaft; die Kaufkraft bleibt in der Region, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wird geringer, die Identifikation der Bevölkerung mit der Region steigt."

### Ratgeber zu Energien der Zukunft

Die „Initiative Energie" der Kommunalkredit unterstützt Kommunen auf ihrem Weg zu den Energien der Zukunft. Im neuen Ratgeber finden Sie neben den Eckpfeilern einer nachhaltigen Energiepolitik auch eine Reihe von Best-Practice-Beispielen über bereits funktionierende, nachhaltige Energielösungen aus ganz Österreich.

Die Expertinnen und Experten der Kommunalkredit Austria und der Kommunalkredit Public Consulting stehen Ihnen mit ihrer ausgewiesenen Beratungs- und Finanzierungskompetenz bei der Umsetzung Ihres Energieprojektes gerne zur Verfügung.

**Den Ratgeber können Sie bei der Kommunalkredit anfordern oder von der Homepage downloaden.**

Kommunalkredit Austria
Mag. Lukas Stühlinger, Teamleiter Energie & Umwelt
Tel. 01/31 6 31-150, E-Mail: l.stuehlinger@kommunalkredit.at,
communication@kommunalkredit.at, www.kommunalkredit.at

WERBUNG

# Die aktuellen Entwicklungen: Inhouse-Geschäfte und interkommunale Zusammenarbeit

**Aus der Sicht des Bayerischen Gemeindetags ist zu befürchten, dass die Neuregelung des EU-Vergaberechts die Zusammenarbeit zwischen den Städten erschweren könnte.**

*Kerstin Stuber*

Der Bayerische Gemeindetag betrachtet mit Sorge die aktuellen Rechtsentwicklungen zum Thema vergaberechtsfreie Inhouse-Geschäfte. Zur Erinnerung sei angeführt, dass nach den vom Europäischen Gerichtshof im Jahr 1999 entwickelten „Teckal"-Kriterien ein Inhouse-Geschäft vorliegt, wenn

- der Auftraggeber über das Unternehmen eine Kontrolle (ähnlich) wie über eine eigene Dienststelle ausübt (Kontrollkriterium) und dieses Unternehmen seine Tätigkeit im Wesentlichen für die Gebietskörperschaften verrichtet, die ihre Anteile innehaben (Wesentlichkeitskriterium).

- Des Weiteren hat der EuGH mit Urteil vom 11.01.2005 (C-26/03 „Stadt Halle") klargestellt, dass jegliche private Beteiligung an dem Unternehmen ein Inhouse-Geschäft ausschließt.


Privat

Bereits seit Entwicklung der „Teckal"-Kriterien hat es immer wieder juristische Auseinandersetzungen zu der Frage gegeben, wann eine Tätigkeit „im Wesentlichen" für den Auftraggeber ausgeübt wird. Zum einen ist die quantitative Grenze noch nicht wirklich geklärt, zum anderen ist aber auch fraglich, wann eine Tätigkeit noch als Tätigkeit für die Kommune (den Auftraggeber) gerechnet werden kann oder ob die Versorgung von PrivatkundInnen nicht mehr dazu zählt. Stadtwerke werden oft im Wesentlichen nicht für die Versorgung der kommunalen Einrichtungen, sondern für die Versorgung der übrigen (privaten) KundInnen tätig. Allerdings wurde bisher in Deutschland für vertretbar gehalten, dass diese Versorgung auch der Kommune zugerechnet werden kann, soweit sie der Erfüllung von deren Aufgaben der Daseinsvorsorge dient. Ein bemerkenswerter Beschluss des OLG Hamburg vom 14.12.2010 (Az.: 1 Verg 5/10) geht allerdings davon aus, dass Stromlieferungen kommunaler Stadtwerke an Private Inhouse-schädlich sind. Das OLG Hamburg argumentiert, die PrivatnutzerInnen seien im Verhältnis zur Auftraggeberin Dritte. Es bestehe kein Grund, die mit den PrivatkundInnen erzielten Umsätze der Auftraggeberin zuzurechnen. Unter Bezugnahme auf das EuGH-Urteil „Carbotermo" (C-340/04) argumentiert das OLG, dass die in Hamburg ansässigen PrivatnutzerInnen unter einer Vielzahl von Anbietern für die Belieferung mit Strom wählen können. Welchen Anbieter die PrivatnutzerInnen bevorzugen, beruhe nicht auf einer Rechtsbeziehung, die die Auftraggeberin mit der Stadtwerke GmbH eingegangen sei, sondern auf einer autonomen Entscheidung der NutzerInnen.

Zur Person: Kerstin Stuber ist leitende Verwaltungsdirektorin beim Bayerischen Gemeindetag, u.a. zuständig für den Bereich Vergaberecht. Sie hat als Juristin in verschiedenen Referaten der Landeshauptstadt München gearbeitet und war fünf Jahre lang die Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel.

## Kommunale Daseinsvorsorge ist immer bürgerInnenorientiert

Nach Auffassung des Bayerischen Gemeindetags verkennt das Oberlandesgericht, dass die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge nicht dadurch bewerkstelligt werden, dass eine Gemeinde mit ihrer Eigengesellschaft Leistungen austauscht. Die kommunale Daseinsvorsorge ist stets und ausschließlich bürgerInnenorientiert. Sie ist, wie es der Begriff schon ausdrückt, Vorsorge für das Dasein der GemeindeeinwohnerInnen. Der Verfassungsauftrag des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz und des Art. 83 Abs. 1 Bayerische Verfassung wird in Verbindung mit den Garantien im Vertrag von Lissabon dadurch erfüllt, dass die Bürgerinnen und Bürger von Seiten der Gemeinde mit Wasser, Gas und Strom ver-

sorgt und ihre Abwässer und Abfälle entsorgt werden. Die gemeindlichen Daseinsvorsorgeleistungen sind also in gleicher Weise Leistungen einer Gemeinde, unabhängig davon, ob sie unmittelbar durch die Gemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer Eigengesellschaft dieser Gemeinde erbracht werden. Den Bürgerinnen und Bürgern stehen also nicht – wie bei der Auftragsvergabe an „Dritte“ – zwei Rechtssubjekte gegenüber, sondern nur eines: die Gemeinde als Trägerin der Aufgabe, die sie dadurch erfüllt, dass sie sich im Innenverhältnis einer Eigengesellschaft als 100%-ige Tochter der kommunalen Mutter bedient. Bedauerlicherweise vertritt das OLG Frankfurt in einem Beschluss vom 30.08.2011 (11 Verg 3/11) die gleiche Linie wie das OLG Hamburg. Die Belieferung von EndkundInnen im Strom- und Gasbereich stuft das OLG Frankfurt als Umsetzung im freien Wettbewerb ein, die nicht bei der Beurteilung des „Wesentlichkeitskriteriums“ mit eingerechnet werden könne. In der anschließenden Diskussion mit den TeilnehmerInnen des Workshops „Daseinsvorsorge“ konnte erfreulicherweise festgestellt werden, dass auch die österreichischen KollegInnen auf der Seite der Argumentationslinie des Bayerischen Gemeindetags stehen.

## Interkommunale Zusammenarbeit

Die Europäische Kommission hat im Oktober ein Arbeitsdokument über die Anwendung des EU-Vergaberechts im Fall von Beziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern publiziert. Der Bayerische Gemeindetag hat das Arbeitsdokument zwar zur Kenntnis genommen, muss aber feststellen, dass hierin eine sehr restriktive Auslegung der EuGH-Rechtsprechung (vgl. „Stadtreinigung Hamburg“, Urteil v. 09.06.2009, Az.: C-480/06) zu Lasten der interkommunalen Zusammenarbeit vorgenommen wird. Insbesondere ist aus unserer Sicht bedauerlich, dass die Europäische Kommission die kommunale Argumentation, wonach das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon diese Rechtsprechung des Gerichtshofs in einem großzügigeren Licht erscheinen lässt, lediglich in einer Fußnote abhandelt und letztlich nicht zum Tragen kommen lässt. Der Bayerische Gemeindetag befürchtet, dass im Rahmen der anstehenden Novellierung der Vergaberichtlinien der Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit in einem für die Kommunen einengenden Sinne von der Europäischen Kommission über Richtlinienbestimmungen geregelt wird. Wir bauen daher auf die bewährte Zusammenarbeit in der Interessenvertretung gegenüber dem EU-Parlament zwischen dem Europabüro der bayerischen Kommunen und den Brüsseler Vertretungen unserer österreichischen Schwesterverbände. ■






**HUSQVARNA 535 RX**
Mit umweltfreundlichem X-Torq® Motor und umfangreichem Zubehör wie Trimmy, Dickichtmesser, Kombischutz und Balance 35 Gurt. 2,2 PS / 1,6 kW, 6,1 kg.

**HUSQVARNA MOTORSENSE 535 RX**
Die Husqvarna 535 RX mit X-Torq® verbindet Leistung, Ergonomie und Funktionalität. Gleichzeitig ist sie robust und zeichnet sich durch eine lange Lebensdauer aus. Ihre leichte Bedienbarkeit, das ergonomische Design und die effektiven Vibrationselemente machen sie zum idealen Gerät für lange Arbeitseinsätze. Mit der 535 RX stellen Sie sicher, dass Sie ein Ergebnis erzielen, auf das Sie stolz sein können. www.husqvarna.at

Husqvarna®

WERBUNG

# Bürokraten feiern bald

**Die EU-Dienstleistungsrichtlinie feierte ihren fünften Geburtstag. Die Bürokraten feierten mit. Doch die Frage ist: Was für Auswirkungen hatte die Dienstleistungsrichtlinie auf die Bürokratie?**

*Thorsten Bullerdiek*

Monster sind ja laut Duden furchterregende, hässliche Fabelwesen und Ungeheuer von fantastischer, meist riesenhafter Gestalt. Bürokratie dagegen ist in Deutschland eine ernste Sache und unser Bürokratiemonster ist leider kein Fabelwesen, sondern real und feierte vor Kurzem fünften Geburtstag. Es wurde am 28. Dezember 2006 geboren und hört auf den etwas sperrigen Namen „EU-Dienstleistungsrichtlinie". Es brachte bei der Geburt 33 Seiten Papier mit.




Zur Person:
Thorsten Bullerdiek ist Beigeordneter und Pressesprecher des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes.

## Die Paten – unsere Bürokraten

Schnell fand das damals noch kleine, niedliche Monster seine Paten in Deutschland: die Bürokraten. Diese liebten das kleine Monster so sehr, dass sie es jeden Tag mit mindestens einem Seitchen Papier fütterten. Leider wurde das Monster dadurch nicht hübsch, sondern bekam einen Blähbauch und wenig Anerkennung. Das galt es flugs zu ändern, und die Bürokraten trafen sofort Maßnahmen, um möglichst viele Menschen dazu zu bringen, sich mit dem Monster zu beschäftigen und es liebzuhaben. Als erstes wurden Arbeitskreise gebildet und UnternehmensberaterInnen beauftragt. Dann waren die Behörden dran: Sie durften jede Vorschrift auf deren Vereinbarkeit mit dem EU-Recht überprüfen. Danach wurden Dienstleisterportale und deutschlandweite so genannte „Einheitliche AnsprechpartnerInnen " – natürlich ganz uneinheitlich – für viel Geld geschaffen, die bislang niemand in Anspruch nehmen möchte. In Anbetracht des Geburtstages unseres immer teurer werdenden Monsters sollten wir uns nun ganz feierlich anschauen, wie professionell in Deutschland Bürokratie gefördert wird.

## Die Normenprüfung – eine Bürokratie lebt auf

Eine tolle Idee der Bürokraten, die Freude in jedem Rathaus ausgelöst hat und einen Sonderpreis für Bürokratie verdient. Jede örtliche Friedhofssatzung, jede Marktordnung, jede Sondernutzungssatzung – alles, was es an Vorschriften gab – musste im Rahmen der Normenprüfung durchgesehen werden, und da man Kommunen nicht trauen kann oder will, musste natürlich alles berichtet und gemeldet werden.

## Was dabei herauskam? Mindestens zwei große Errungenschaften:

1. hohe Kosten: Bei mindestens 40 Arbeitsstunden im Durchschnitt für die Normenprüfung bei den 11.000 Kommunen in Deutschland macht dies 440.000 Stunden x 40,79 Euro (Kosten eines durchschnittlichen Arbeitsplatzes des gehobenen Dienstes der Besoldungsgruppe A10) = 17,95 Millionen Euro, die zum Start verschwendet wurden.

2. eine Dauerberichtspflicht, da sich das Verfahren so sehr bewährt hat. Es reicht nicht, viel Geld aus dem Fenster zu werfen: wichtig ist es auch, dieses nachhaltig – also immer wieder – und nach Vorschrift zu tun.

Übrigens: Man könnte auch warten, bis eine Norm durch ein Gericht angezweifelt wird und dann handeln. Dies spart zwar viel Geld, ist aber bei deutschen und EU-Bürokraten nicht beliebt.

## Keine Fragen an die „(Un-)Einheitlichen AnsprechpartnerInnen"

Die unterschiedlichsten Modelle für die „Einheitlichen AnsprechpartnerInnen" gibt es in Deutschland. Allein 55 gibt es in Niedersachsen. Nun haben sich nach einer Erhebung des Landes Niedersachsen die 55 Behörden seit Beginn des Jahres 2010 bis Juni 2011 mit vielen Arbeitssitzungen und großem Engagement intern organisiert und immerhin ein (!) Verfahren abgewickelt und 125 elektronische Auskünfte erteilt. 64 Prozent der Anfragen wurden in weniger als 15 Minuten bearbeitet.

Das sind also immerhin 2,2 Fragen je Behörde in anderthalb Jahren. Übrigens: Gebühreneinnahmen gibt es bisher nicht. Nach einer Befragung der Behörden ist sogar noch eine rückläufige Entwicklung bei den Anfragen zu beobachten. Eigentlich ist ja nun zu erwarten, dass konsequent gehandelt und der Aufwand minimiert wird. Aber es gibt eine große Gefahr: die Bürokraten.

Diese kennen keine erfolglosen Projekte und sinnieren bereits, wie sie neue Aufgaben und neue Bürokratie erfinden und den „Un-Einheitlichen AnsprechpartnerInnen" übertragen können. Normal ist das nicht.

## Kostenfallen: Dienstleisterportal und weiterer Aufwand

Niedersachsen hat sich für rund 2,3 Millionen Euro ein schickes Dienstleisterportal gegönnt. Kaum jemand schaut sich das

schicke Portal an. Alle Behörden in Niedersachsen durften zudem ein Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach anschaffen. Da aber bisher nur ein Verfahren tatsächlich abgewickelt werden konnte, bleibt zu hoffen, dass sich irgendwie noch ein anderer Nutzen für die Behörden ergibt. Oder man könnte, so denken manche Bürokraten, mit noch mehr Geld auch mehr Marketing betreiben, um jemanden zu animieren, die teure Infrastruktur zu nutzen. Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung und der Landesrechnungshof dies verhindern.

### Ein Fall für die Politik oder den Rechnungshof?

Im fünften Lebensjahr der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird leider weder von der EU noch vom Bund und den Ländern Aufwand und Ertrag kritisch genug hinterfragt. Ist Europa wirklich beratungsresistent oder will Deutschland federführend in Sachen Bürokratie bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie werden? Führend sind wir bisher mit Sicherheit bei diesem Thema in Europa bei der Anzahl der Arbeitskreissitzungen und beim Geld ausgeben. Die schlimmsten Auswüchse sind dem Bund und den Länder bekannt. Aber wer glaubt, dass mit großem Engagement hiergegen gekämpft wird, sieht sich bisher leider getäuscht.

### Den Schaden tragen die Kommunen

Das Problem scheint darin zu liegen, dass die Hauptgeschädigten die Kommunen sind. Europa, der Bund und die Länder haben sich weder im Vorfeld noch bis heute einen Überblick über die entstandenen und weiter anwachsenden Kosten gemacht.

Traurig, aber wahr ist, dass sich die besonders fleißigen Bürokraten schon Gedanken darüber machen, wie sie den Misserfolg zum Erfolg machen können – nach dem einfachen Rezept: „Verdopple den Einsatz von Steuermitteln, und irgendwann wird auch aus dem größten Unsinn ein so großes Projekt, dass man es gar nicht mehr stoppen kann." Es bleibt zu hoffen, dass einsichtige Politikerinnen und Politiker oder zur Not der Rechnungshof wach werden und den größten Unsinn stoppen.

Viel Gutes kommt aus Europa: Der einheitliche Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion oder der grenzübergreifende VerbraucherInnenschutz nützen unseren Unternehmen. Ich möchte an dieser Stelle nicht alle segensreichen Taten der EU aufführen und kommentieren. Es ist unbestritten: Europa hilft uns. Aber manches, wie die EU-Dienstleistungsrichtlinie, ist im Detail überhaupt nicht durchdacht.

### FAZIT

Unser Bürokratiemonster sollte regelmäßig zum Arzt gebracht werden, damit es nicht noch größer wird, und so manchem Bürokraten muss bei diesem Thema regelmäßig der Puls gefühlt werden. ■



WERBUNG

# KULTUR MACHT GLÜCKLICH

Wien ist die Kulturhauptstadt im Herzen Europas. Hier verbinden sich Musik, Theater, Film, Tanz, Architektur, Tradition und Moderne zu einer harmonischen Melange. Die Vielfalt an Events macht Kultur für alle möglich.



Zum vierten Mal werden die Wiener Festwochen mit dem Wettbewerb Eurovision Young Musicians eröffnet, bei dem die sieben europäischen Finalisten vor der stimmungsvollen Kulisse des Rathausplatzes aufeinandertreffen.

Fotos: Mike Ranz (1), Carsten Burnemann (1), Domenico Giustino (1)

VOR ALLEM MIT DER KULTUR der Stadt beschäftigt sich das Wien Museum. Die Sammlung zeitgenössischer Kunst der Stadt Wien ist im Museum auf Abruf (MUSA) zu sehen. Weitere Museen, die von der Stadt betrieben werden, sind etwa das Jüdische Museum, das Haus der Musik, das Mozarthaus Vienna und das KunstHausWien. Das MuseumsQuartier (MQ) ist eines der zehntgrößten Kulturareale der Welt. Es ist ein Zentrum verschiedenster Kulturinstitutionen der modernen und zeitgenössischen Kunst. Es wurde zwischen 1998 und 2001 errichtet. Die großen Kunstmuseen des MQ sind das Leopold Museum mit seiner weltgrößten Egon-Schiele-Sammlung und das Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig (MUMOK). Ausstellungsräume für zeitgenössische Kunst bietet die Kunsthalle Wien. Das MQ ist aber auch ein idealer Platz für Events wie die Wiener Festwochen oder das Festival „ImPulsTanz“. Es gibt darüber hinaus ein Tanzzentrum (Tanzquartier Wien), das Architekturzentrum Wien, das ZOOM Kindermuseum, das DSCHUNGEL Wien Theaterhaus und das Kreativzentrum quartier21. Cafés, Restaurants und Shops runden das vielfältige Angebot ab. In Wien gibt es rund 100 Museen und Sammlungen, darunter international bedeutsame wie das Kunst- und das Naturhistorische Museum oder die Albertina. Die Österreichischen Galerien im Belvedere laden ebenfalls zum Kunstgenuss ein.



## WIENER FESTWOCHEN

Im Jahr 2012 finden die Wiener Festwochen von 11. Mai bis 17. Juni statt. Das Ziel der Wiener Festwochen ist es, Kulturereignisse selbst zu kreieren oder so zu gestalten, dass höchstes künstlerisches Niveau mit gesellschaftsrelevanten Inhalten verbunden wird. Die Wiener Festwochen sind ein innovatives und internationales Großstadtfestival. Sie sind



mit der internationalen Theaterszene eng verbunden und weisen ein breites Spektrum zeitgenössischer Kunstformen und -sprachen auf. Sie sind ein Spiegel der Kulturbegeisterung der Stadt und auch ein Angebot zur Offenheit gegenüber anderen Kulturen. Zwischen Tradition und Moderne zeigt das Programm Produktionen aus allen Kunstsparten. Dazu gehören Filme, Konzerte, Lesungen, Opern, Theater, Performances und Installationen. Neuinszenierungen von Klassikern gehören ebenso dazu wie Premieren zeitgenössischer Stücke, oft in Originalsprache.

## IMPULSTANZ-FESTIVAL

Das Festival wird dieses Jahr von 12. Juli bis 12. August abgehalten. Neben Tanzvorstellungen aus verschiedenen Ländern werden Tanz-Workshops für InteressentInnen angeboten. Die wichtigsten Spielstätten sind das Burgtheater, seine Probebühne im Arsenal und das Wiener Schauspielhaus.



## POPKULTUR PUR

Das Popfest findet seit 2010 jährlich in Wien statt. Es ist ein Festival für innovative Popmusik österreichischer MusikerInnen und Bands. Es findet am Karlsplatz und in benachbarten Locations wie der Technischen Universität, dem Wien Museum, dem project space der Kunsthalle oder dem brut im Künstlerhaus statt. Der Eintritt ist bei den Veranstaltungen frei. In der Musikmetropole Wien haben die berühmtesten Komponisten der Welt wie Wolfgang Amadeus Mozart oder Joseph Haydn ihre Werke geschaffen. Ihre Musik erklingt in den schönsten Häusern der Stadt: Ein Beispiel dafür ist das Neujahrskonzert im herrlichen Musikvereinssaal. Millionen Menschen in mehr als 50 Ländern verfolgen alljährlich auf ihren Bildschirmen das großartige Konzertereignis der Wiener Philharmoniker. Ein festes Ensemble, internationale GastsängerInnen und die Wiener Philharmoniker machen die Wiener Staatsoper zu einem der führenden Opernhäuser.

KULTUR IN WIEN
Alle Infos im Internet auf
www.wien.gv.at/kultur-freizeit

**ÖGZ STELLT VOR:**
**VERBINDUNGSBÜROS IN BRÜSSEL**

*In Brüssel gibt es ca. 10.000 Lobbyingbüros, davon ca. 300 kommunale und regionale Verbindungsbüros. Österreich stellt 11 solcher Büros. Es handelt sich um die Büros der Bundesländer (außer Vorarlberg) und der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie die Büros von Städtebund und Gemeindebund.*

# Das Wien-Haus in Brüssel

**Seit dem Jahr 1996 ist das Wien-Haus in Brüssel Auge und Ohr der Stadt Wien in der Europäischen Union. Die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten sollen hier kurz vorgestellt werden.**

*Michaela Kauer*

Im Zuge des EU-Beitritts Österreichs 1995 sahen fast alle Bundesländer die Notwendigkeit, mit eigenen Vertretungen in Brüssel präsent zu sein, um direkt und unmittelbar in das Geschehen eingebunden zu sein. Das „Wien-Haus" wurde 1996 eröffnet und bestand damals aus zwei Organisationseinheiten: dem „Verbindungsbüro Brüssel der Stadt Wien" und dem „Büro Brüssel der Wirtschaftsagentur Wien". Seit September 2011 ist auch das Burgenland im Haus vertreten.

## Schwerpunkt Daseinsvorsorge

Von Anfang an bildete die Frage der Daseinsvorsorge – von Wasser, Abwasser über Abfallbewirtschaftung und Energie bis hin zu Gesundheit und Sozialem – einen zentralen Schwerpunkt der Tätigkeit. Ein wichtiger Erfolg wurde im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs errungen, als es galt, massive Liberalisierungsversuche der Europäischen Kommission zu verhindern – was letztlich aufgrund einer Initiative des Wiener Bürgermeisters, gemeinsam mit anderen europäischen Städten, gelang. Insgesamt hat sich Wien als eine ausgewiesene Verfechterin der Daseinsvorsorge positioniert. Die MitarbeiterInnen der Stadt Wien sind gern gesehene, aber durchaus als kritisch bekannte ExpertInnen in diesen Fragen.

## Kontinuierlicher Einsatz für eine Anerkennung der Städte

Die wichtige Rolle der Städte nicht nur im Bereich von Wachstum und Entwicklung, als Motoren für Innovation und Kreativität, sondern auch bei der Bewältigung von sozialen und ökologischen Herausforderungen, sollte in den verschiedenen Politikfeldern der EU besser berücksichtigt werden. Auch dazu leistet das Verbindungsbüro einen Beitrag, indem die MitarbeiterInnen in verschiedenen Netzwerken aktiv sind, oder auch bei der Präsentation von interessanten Projekten in den EU-Institutionen, wie etwa des Wiener Projekts „Seestadt Aspern" als Modellfall für eine integrierte Stadtentwicklung. Das Verbindungsbüro präsentiert Wien in fachlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht und organisiert dazu vielfältige Veranstaltungen, wie z.B. zum Internationalen Frauentag, Präsentationen der kommunalen Betriebe (Fernwärme, Bestattung und Friedhöfe), oder auch Lesungen, wie etwa die „Wiener Kriminacht". Pro Jahr finden rund 20 größere Veranstaltungen und ebenso viele EU-Netzwerktreffen im Wien-Haus statt.

## Informationsmanagement: Von Europa nach Wien und von Wien nach Europa

Die MitarbeiterInnen des Verbindungsbüros beobachten und recherchieren für Wien EU-Themen, organisieren ReferentInnen, helfen bei Kontakten. Dazu kommt noch die transnationale Partnersuche für EU-Projekte und zahlreiche kleinere Hinweise zu interessanten Konferenzen. Das Service zielt aber auch in die andere Richtung: da geht es um die Vermittlung von Positionen der Stadt Wien an die EntscheidungsträgerInnen und MeinungsbildnerInnen in den EU-Institutionen. Ein wichtiger Aspekt sind dabei die Stellungnahmen der Stadt Wien zu wichtigen EU-Dossiers, die in der Regel über den Ausschuss der Regionen oder direkt an Abgeordnete zum Europäischen Parlament in den Konsultationsprozess eingebracht werden. Insgesamt werden jährlich etwa 750 solcher „Informationspakete" zwischen Brüssel und Wien vom Verbindungsbüro auf die Reise gebracht. Zur Informationsarbeit gehört auch die Betreuung der zahlreichen BesucherInnengruppen aus Wien. ■

Zur Person: Michaela Kauer hat internationale Verwaltungswissenschaften studiert und ist seit Juli 2009 Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU.



# Das Verbindungsbüro „Tirol-Südtirol-Trentino“

**Die gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino wurde im Jahr 1995 unmittelbar nach dem EU-Beitritt Österreichs eingerichtet, um so die Interessen der drei Länder direkt und wirkungsvoll auf europäischer Ebene vertreten zu können. Es ist ein beispielhaftes Signal dafür, dass Nachbarländer mit vielen Gemeinsamkeiten auch gemeinsam auftreten können.**

*Florian Mast*




Zur Person: Florian Mast ist Jurist und Leiter des Tirol-Büros in Brüssel.

Die verstärkte Kooperation der drei Landesteile des historischen Tirol (Tirol, Südtirol, Trentino) in den Bereichen Regionalpolitik, Umwelt, Landwirtschaft, Bildung und Soziales definiert die Europaregion. Seitens der Republik Italien wurde der Einrichtung der gemeinsamen Repräsentanz in Brüssel anfänglich mit äußerst ablehnender Haltung begegnet. So wurde der Beschluss des Südtiroler Landtages zur Errichtung des Büros vom italienischen VfGH für ungültig erklärt. Die Vorbehalte wurden allerdings mittlerweile aufgegeben.

## Organisation

Das Büro in Brüssel ist organisatorisch als Außenstelle der jeweiligen Europaabteilung der Verwaltung des Landes Tirol, der autonomen Provinz Bozen/Südtirol und der autonomen Provinz Trentino eingerichtet und mit je einem Leiterdienstposten ausgestattet, ergänzt durch ein gemeinsames Sekretariat. Die Zusammenarbeit vor Ort erfolgt nach dem Prinzip der gleichberechtigten Partnerschaft.

## Informationstätigkeit

Eine der Hauptaufgaben der Landesvertretung ist es, durch intensives Lobbying und Zusammenarbeit mit EU-EntscheidungsträgerInnen, anderen RegionalvertreterInnen sowie der Ständigen Vertretungen Österreichs und Italiens die Interessen der Europaregion wirkungsvoll in den europäischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einzubringen. Das Brüsseler Büro nimmt auch die Rolle eines Frühwarnsystems wahr, das durch ein weit gespanntes Informationsnetzwerk in der Lage ist, zeitgerecht über sich abzeichnende Entwicklungen auf europäischer Ebene zu informieren. Ob EU-Vorhaben die Zukunft der Berglandwirtschaft, die Förderung von erneuerbaren Energien oder den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze betreffen, die Verantwortlichen in Tirol erhalten rasch und direkt die entsprechenden Informationen, die vor dem Hintergrund unserer Interessenlage ausgewertet werden können. Alle Interessierten können sich darüber hinaus über den wöchentlich erscheinenden Newsletter „Tirol in Europa“ entsprechend informieren.

Aufgrund der geografischen Lage Tirols kommt der europäischen Verkehrspolitik besondere Bedeutung zu, wobei die Bemühungen zur Umsetzung des Brennerbasistunnels im Mittelpunkt des Interesses stehen. Auf europäischer Ebene gilt es vor allem sicherzustellen, dass die EU ihre Finanzierungszusagen aufrecht erhält und für die Periode 2014 bis 2020 einen Beitrag bereitstellt. Ein weiterer Schwerpunkt aus Tiroler Sicht ist die Etablierung der Makroregion Alpenraum. Geplant ist eine verstärkte territoriale Kooperation der Alpenregionen, um so Probleme, die speziell in den Alpen auftreten, besser gemeinsam regionenübergreifend zu lösen.

## Betreuungsfunktion

Das Tirol-Büro stellt außerdem eine Schnittstelle zwischen Tirol und Brüssel dar. Der Fokus liegt hier bei der inhaltlichen und organisatorischen Betreuung von BesucherInnengruppen, wie StudentInnen, SchülerInnen, JournalistInnen, Wirtschaftstreibenden, PolitikerInnen oder verschiedensten Vereinen. Bereits zum zweiten Mal wird heuer gemeinsam von Tirol, Südtirol und Trentino die „Alpeuregio Summer School“ in Brüssel organisiert. HochschulabsolventInnen aus der Europaregion erhalten im Rahmen der neuntägigen Fortbildungsveranstaltung einen intensiven Einblick in die Politiken und Institutionen der EU und können zusätzlich die hervorragenden Networking-Möglichkeiten mit hochrangigen EU-EntscheidungsträgerInnen nutzen. ■

# Stimme der kleinen Unternehmen in Europa

**Im Jahr 1991 wurde die UEAPME (Union Européenne de l'Artisanat et des Petites et Moyennes Entreprises – Europäischer Verband des Handwerks und der KMU) in Brüssel als Vertretung der Klein- und Mittelbetriebe gegründet.**

*Gerhard Huemer*

In der EU gibt es nur etwa 40.000 große Unternehmen mit mehr als 250 MitarbeiterInnen. 99,8% der 23 Millionen Unternehmen sind Klein- und Mittelbetriebe (KMU) und über 92% haben keine oder weniger als zehn MitarbeiterInnen. Trotzdem war die Interessenvertretung der Unternehmen in Brüssel lange Zeit von der Großindustrie dominiert. Erst Anfang der 90er-Jahre haben im Zuge der Einführung des Binnenmarktes die nationalen Vertreter des Handwerks und der KMU erkannt, wie wichtig die von der EU geschaffenen Regeln auch für kleine regional tätige Unternehmen sind. 1991 wurde UEAPME (Union Européenne de l'Artisanat et des Petites et Moyennes Entreprises – Europäischer Verband des Handwerks und der KMU) in Brüssel gegründet und es hat weitere acht Jahre gedauert, bis UEAPME, mittlerweile das Sprachrohr für 12 Millionen KMU aus ganz Europa, in Brüssel voll als gleichberechtigter Interessenvertreter und Sozialpartner neben dem Großindustrieverband (BusinessEurope) anerkannt wurde.


Privat

Zur Person: Gerhard Huemer ist Volkswirt und war bis vor Kurzem Geschäftsführer des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen der österreichischen Sozialpartner.

## Österreichs Interessen vertreten

Die Wirtschaftskammer Österreich ist durch die Sparte Gewerbe und Handwerk von Anfang an dabei und inzwischen wurde UEAPME zur wichtigsten Andockstelle der WKÖ für die Interessenvertretung auf EU-Ebene. Gleichzeitig profitiert UEAPME von der ausgezeichneten Expertise der WKÖ in EU-Angelegenheiten. Gerhard Huemer, Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der WKÖ seit 1987, wurde zur UEAPME entsandt und koordiniert dort seit 1999, als Direktor für Wirtschaftspolitik, die interessenspolitischen Positionen der europäischen KMU. Das bedeutet: zuerst müssen die Anliegen der unterschiedlichen nationalen Verbände unter einen Hut gebracht werden, um diese dann gegenüber den Dienststellen der EU-Kommission, dem EU-Parlament oder den Gewerkschaften vertreten zu können. Weiters ist Gerhard Huemer für die Kommunikation nach Außen, das heißt die Pressearbeit und den Internetauftritt verantwortlich und er hat zur Unterstützung der politischen Arbeit 2008 eine „Study-Unit" in der UEAPME aufgebaut.

## Die Kleinbetriebe müssen einbezogen werden

Derzeit geht man davon aus, dass etwa 80 Prozent aller Regeln, die Unternehmen im Alltag befolgen und anwenden müssen, in Brüssel beschlossen bzw. vorbereitet werden. Gleichzeitig hat man erkannt, dass kleine Unternehmen viel stärker von administrativen Belastungen betroffen sind als Großbetriebe, die leider noch immer die Referenzgröße für neue Gesetzesinitiativen sind. Daher verlangt UEAPME einen sogenannten „Think Small First"-Ansatz, bei dem neue Regeln zuerst auf die Realität der Kleinbetriebe abstellen und zusätzliche Bestimmungen – wenn notwendig – nur für Großbetriebe erlassen werden sollen. Weiters arbeitet UEAPME an Themen wie besseren Zugang zu Finanzierungen, Auslandsmärkten und neuen Technologien oder Verbesserungen am beruflichen Ausbildungssystem, um nur ein paar aktuelle Themen zu nennen. In der politischen Arbeit ist man täglich mit gegensätzlichen Interessen konfrontiert, daher ist auch der Konflikt zwischen Klein- und Großbetrieben nicht gänzlich ausgestanden. Derzeit findet er vor allem im Bereich der Normung statt, wo UEAPME mit Hilfe der EU-Kommission den dominanten Einfluss der Großindustrie zugunsten der Kleinen besser ausbalancieren will. ■

**INFOS:** www.ueapme.com




Zur Person: Christina Timmerer ist mehrsprachig (DE, EN, IT, FR) und studiert Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Universität Wien.

# Das Ziel: Brüssel

**Ein dreimonatiges Erasmus-Praktikum am Hauptsitz der Europäischen Union beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ermöglichte Einblicke in Bereiche wie Kohäsionspolitik, territoriale Entwicklung und nachhaltige Stadtentwicklung.**

*Christina Timmerer*

## Vom Lavanttal …

Ich stamme ursprünglich aus dem Lavanttal in Kärnten und besuchte dort die Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit Schwerpunkt Fremdsprachen. Nach dem Abschluss der Reifeprüfung entschloss ich mich bewusst dafür, etwas vollkommen Neues zu versuchen. Warum ich mich schließlich für den Studiengang der Raumplanung und Raumordnung entschieden habe, liegt wohl daran, dass mich die Vielfältigkeit dieser Querschnittsmaterie auf eine besondere Art anzog. Zugleich ist die Vereinbarung unterschiedlicher Interessen und die integrierte Betrachtung verschiedener Materien und Anforderungen wohl die größte Herausforderung für die Raumplanung. Aus dem Probieren von etwas Neuem wurden bereits drei Jahre und ich stehe nun kurz vor dem Abschluss meines Bachelorstudiums an der Technischen Universität Wien.

## … nach Brüssel …

Ein besonders interessanter Abschnitt meines bisherigen Studiums war für mich das letzte Semester, das ich in Form eines Erasmus-Praktikums beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in Brüssel verbringen konnte. Der RGRE vertritt als Dachverband des Österreichischen Städtebundes sowie des Gemeindebundes mehr als 50 nationale Verbände aus 40 Ländern. Das sind etwa 100.000 lokale und regionale Körperschaften, deren Standpunkte auf übergeordneter Ebene vertreten werden. Die Arbeit des RGRE ist aus raumplanerischer Sicht von großer Bedeutung, da viele raumrelevante Vorgaben, die auf europäischer Ebene getroffen werden, später auf lokaler Ebene umgesetzt werden müssen.

Ich muss zugeben, dass Brüssel und der gesamte EU-Apparat sowie die Vielzahl der Organisationen, die sich darum herum gebildet haben, mir zu Beginn wie ein endloses Labyrinth erschienen. Wie diese Welt funktioniert, ist wohl am besten zu verstehen, wenn man sich direkt darin befindet. Beim RGRE wurde ich sehr offen empfangen und gleich in das zehnköpfige Team integriert. Ich habe in einem multikulturellen und sehr engagierten Team die Möglichkeiten kennengelernt, wie und in welchem Ausmaß versucht werden kann, Einfluss auf die EU-Politik und die Entscheidungsfindung auf übergeordneter Ebene zu nehmen.

## … in den RGRE

Die ersten Tage des Praktikums dienten zur Orientierung über die Arbeit des RGRE und die EU-Politik. Meine Hauptaufgabe während der drei Monate war das Unterstützen des Policy-Teams in verschiedenster Weise (Recherchearbeiten, Ausarbeitungen, Teilnahme an Veranstaltungen, usw.) in Bereichen wie Kohäsionspolitik, territoriale Entwicklung und nachhaltige Stadtentwicklung. Außerdem hatte ich auch Gelegenheit, an der Organisation diverser Veranstaltungen mitzuhelfen und Aufgaben aus dem Press-and-Communication-Team zu übernehmen. Ich bin sehr glücklich, dass ich in mehrere Arbeitsbereiche des RGRE hineinschnuppern und somit Erfahrungen in unterschiedlichsten Feldern sammeln konnte.

Auch aus persönlicher Sicht war mein Praktikum ein voller Erfolg. Das Kennenlernen einer anderen Kultur und eines Landes, das Knüpfen persönlicher Kontakte, die Verbesserung meiner Sprachkenntnisse, das Wissen und Erkenntnisse über die Funktions- und Arbeitsweise der Europäischen Union sowie die Organisationen auf europäischer Ebene sind Teil einer wichtigen Lebenserfahrung. ■

## Öffentliche Dienstleistungen auf der Freihandelsagenda:

# Der weltweite Basar ist eröffnet

**Zwar stocken die Verhandlungen um fortschreitende Marktliberalisierungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Doch seit Mitte der 2000er-Jahre setzt die Europäische Kommission verstärkt auf eine andere Karte: bilaterale Freihandelsabkommen. Wie dieser „Umweg" dafür genutzt wird, mehr Liberalisierungsdruck auszuüben, zeigen gerade die Auseinandersetzungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen.**

*Oliver Prausmüller, Referent für Handelspolitik in der Abteilung EU und Internationales der AK Wien*
*Johannes Schmid, Jurist und Leiter der Rechtsabteilung im Österreichischen Städtebund*

Derzeit sind mehrere Freihandelsabkommen mit EU-Drittstaaten in Verhandlung, u.a. mit Kanada, Indien oder der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur. Bereits im Zuge der öffentlichen Diskussion zum WTO-Abkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Jahre 2003 wurde mehrfach gefordert, dass öffentliche Dienstleistungen nicht in den Anwendungsbereich von Freihandelsabkommen fallen dürfen[1]. Diese Forderung ist insbesondere auch vor dem Hintergrund des zentralen gesellschaftlichen Stellenwerts öffentlicher Dienstleistungen für die Sicherung des sozialen Zusammenhalts und demokratischer Teilhabe zu verstehen.

### Einschränkung der Schutzklausel für öffentliche Dienstleistungen

Die Handlungsspielräume zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen werden jedoch vor allem durch das einseitige Ziel der fortschreitenden Marktliberalisierung und den langfristig bindenden Charakter dieser Freihandelsabkommen immer wieder unter Druck gesetzt. Das zeigt sich gerade auch jetzt wieder, denn die Europäische Kommission unternimmt bereits zum dritten Mal seit Anfang 2011 einen Vorstoß, die sogenannte „Public-utilities"-Klausel einzuschränken. Diese Klausel gewährleistet zumindest wichtige Mindeststandards zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen in Freihandelsabkommen: denn sie ermöglicht, öffentliche Dienstleistungen relativ umfassend von den Marktzugangsverpflichtungen dieser Abkommen auszunehmen. Nun hat die Europäische Kommission aber eine neue Kategorisierung von öffentlichen Dienstleistungen vorgeschlagen, um die Reichweite der bisherigen Ausnahme zu „präzisieren". Die neuen Kategorien sind in wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie in Netzwerk- und Nicht-Netzwerk-Dienste unterteilt. Die neue Kategorisierung wird dabei explizit mit „offensiven kommerziellen Interessen" in Verbindung gebracht – so soll beispielsweise nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission für sensible Bereiche – wie z.B. Verkehr, Energie oder Umweltdienstleistungen – die bisherige Standardschutzklausel fallen. Eine solche Neudefinition von öffentlichen Dienstleistungen geht jedoch weit hinter bisher erreichte Schutzstandards zurück.

### Einschränkung der kommunalen Selbstbestimmung

Eine derartige Kategorisierung widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und dem Recht auf kommunale Selbstbestimmung. Diese beiden Prinzipien haben durch den Vertrag von Lissabon eine beachtliche Aufwertung erfahren und sind im EU-Primärrecht verankert: Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip darf die Union in jenen Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur dann handeln, wenn ihre Maßnahmen wirksamer sind als nationale, regionale oder lokale Maßnahmen (Artikel 5, Absatz 3, EUV-Vertrag über die EU).
Die Definitionshoheit im Bereich der Daseinsvorsorge fällt in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bzw. ihrer Gebietskörperschaften.



Der Basar in der Altstadt von Kathmandu in Nepal. Gefeilscht wird aber nicht nur in Süd-Asien …

Buenos Dias

Aber selbst bei Zugrundelegung der Annahme, dass die Europäische Kommission zur Definition öffentlicher Dienstleistungen ermächtigt wäre – was vor dem Hintergrund der oben genannten Ausführungen nicht der Fall ist –, ist die von der Europäischen Kommission vorgenommene Kategorisierung und Dreiteilung von öffentlichen Dienstleistungen willkürlich und nicht nachvollziehbar.

## Neuerliche Gefahr durch „Negativlistenansatz“

Diese schwelenden Auseinandersetzungen bildeten im November 2011 den Hintergrund für ein vom europäischen Gewerkschaftsverband öffentlicher Dienste (EPSU/EGÖD), vom Europabüro des ÖGB und von AK EUROPA organisiertes Fachseminar in Brüssel. Dabei diskutierten rund 30 ExpertInnen unter der Frage „Trading away Public Services?“ die Perspektiven und Fallstricke für den Schutz öffentlicher Dienstleistungen in der europäischen Handelspolitik. Im Mittelpunkt der Kritik stand hier neben der Abkehr von der zentralen Schutzklausel für öffentlichen Dienstleistungen („Public utilities“-Vorbehalt) der sogenannte „Negativlistenansatz“, der in den aktuellen Verhandlungen des EU-Kanada-Abkommens bereits durchgesetzt wurde. Denn damit wird eine noch stärkere Liberalisierungsdynamik begünstigt: Während aufgrund eines rechtlichen Automatismus Liberalisierungsverpflichtungen nicht mehr eigens ausgewiesen werden müssen, steigt der Druck auf jegliche Ausnahmebestimmung. In dieser Logik gilt alles als liberalisiert, was nicht explizit ausgenommen ist („list it or lose it“). Auf umso mehr Unverständnis stießen die jüngsten Vorstöße der Europäischen Kommission zur Einschränkung der bisherigen Standardschutzklausel für öffentliche Dienstleistungen. Denn es brauche – so der kritische Tenor – gerade auch vor diesem Hintergrund nicht weniger, sondern mehr Schutzbestimmungen für die öffentliche Daseinsvorsorge in derartigen Verhandlungen. Diesen dringenden Appell richtete zuletzt ein „transatlantischer“ Verbund von Gewerkschaften in einem Brief an alle Abgeordneten des kanadischen und europäischen Parlaments[2].

## Abschließende Forderungen

Vor diesem Hintergrund bestärken der Österreichische Städtebund und die Arbeiterkammer die bisherigen GATS-Positionen aus österreichischer Sicht: Darunter die Forderung nach einer gänzlichen Ausklammerung aller öffentlichen Dienstleistungen – auch der Wasserversorgung – vom Geltungsbereich des GATS. Diese Forderung ist unbedingt auch weiterhin zu stellen. ■

[1] *In diesem Zusammenhang darf auf den Artikel „GATS und Gemeinden – Eine Zwischenbilanz“ aus dem Jahr 2004 hingewiesen werden. Online abrufbar unter: http://www.staedtebund.gv.at/de/gemeindezeitung/oegz-beitraege/oegz-beitraege-details/artikel/gats-und-gemeinden-ein-aktueller-zwischenbericht.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=8509&tx_ttnews%5Bpointer%5D=75&cHash=1db6feb30e0f355a1fb86cd5235dac0a&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gats*

[2] *Der Brief ist unter http://www.epsu.org/IMG/pdf/Joint_letter_01.02.12.pdf abrufbar. Zudem ist insbesondere auf eine aktuelle Studie hinzuweisen, die von Prof. Markus Krajewski von der Universität Erlangen-Nürnberg im Rahmen eines Forschungsprojekts von EPSU und der AK Wien erstellt wurde. Die Studie„ Public services in bilateral free trade agreements of the EU“ ist wie sämtliche Seminarunterlagen unter http://www.epsu.org/a/8045 zugänglich.*

# „Basel I, II, oder III …
# … du musst dich entscheiden“

**Im Zuge der Finanzkrise ist auch das sogenannte Basel III Regelwerk in aller Munde. Eine kurze Einführung zum leichteren Verständnis: Im Jahr 1974 gründeten die Zentralbankgouverneure der G10-Staaten den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht mit Sitz an der Bank für Zahlungsausgleich, quasi der Bank der Zentralbanken. Das Ziel des Ausschusses ist die Einführung möglichst hoher und einheitlicher Standards der Bankenaufsicht.**

*Axel Maurer und Oliver Puchner*

Im sogenannten Basler Akkord wurden 1988 Eigenmittelvorschriften für die international tätigen Banken der Mitgliedstaaten erlassen. Mit 2007 erlangte das Nachfolgeabkommen „Basel II“ seine Gültigkeit. Hauptelemente waren die risikoabhängige Eigenkapitalunterlegung bei Krediten, die Berücksichtigung operationeller Risiken, die Stärkung der Rolle der Finanzmarktaufsicht sowie erhöhte Markttransparenz.

Innerhalb der EU wurden diese Vorschläge in den Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, in Österreich im Bankwesengesetz (BWG) und in der Solvabilitätsverordnung (SolvaV) der Finanzmarktaufsicht (FMA) für alle Banken umgesetzt. Da nun die Bonität der einzelnen Kreditnehmer entscheidend für die Verpflichtung der Eigenkapitalunterlegung der Kredite war, wurden Ratings durch „anerkannte Rating-Agenturen“ in ihrer Bedeutung massiv gestärkt (siehe etwa §29ff BWG)[1].

Neben dieser Stärkung der Rating-Agenturen wurde Basel II im Zusammenhang mit der Finanzkrise massiv kritisiert[2], da

- grundsätzlich zu wenig Eigenkapital gefordert wurde,
- dessen Berechnungsweise kompliziert und intransparent war,
- ein starker Anreiz zu Entfernung schlechter (und damit teurer) Risiken aus den Bilanzen geschaffen wurde (Subprime-Papiere wurden entwickelt) und
- generell die Prozyklizität[3] des Finanzsystem verstärkt wurde.

## Basel III – EU-Richtlinie und EU-Verordnung

Basel III soll nun einerseits die Eigenkapitalvorschriften generell verschärfen und transparenter machen und andererseits die Erfordernisse über den Konjunkturzyklus „glätten“ und gleichzeitig das bestehende Liquiditäts-Risikomanagement verbessern. Zu diesem Zweck soll die bestehende EU-Richtlinie Capital Requirements Directive (CRD) um Regelungen zu Governance, Sanktionen und Kapitalpuffer erweitert und um eine unmittelbar wirkende EU-Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR) ergänzt werden. In dieser Verordnung sollen Regelungen über die Kapitalanforderungen, Großveranlagungen, Liquidität, die Verschuldensquote (Leverage Ratio) und Veröffentlichungspflichten aufgenommen werden.

Diese Bemühungen zur Stärkung der institutionellen Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt sollen helfen, den Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten entgegenzuwirken.

Einige Aspekte werden für kommunale Finanzierungen jedoch indirekt genau das Gegenteil bewirken.

## Kommunale Betroffenheit

Unter den bislang geltenden Regelungen von Basel II war die Kommunalfinanzierung für Kreditinstitute aus bankaufsichtlicher Perspektive relativ problemlos möglich, da Kommunalkredite als Kredite ohne Risiko galten und daher nicht mit Eigenkapital zu unterlegen waren. Zwar soll die Eigenmittelunterlegung von Kommunalfinanzierungen auch künftig mit dem Risikogewicht von Null versehen bleiben, durch die Anwendung der Leverage Ratio (LR) wird diese Nullgewichtung jedoch indirekt ausgehebelt: So müssen Finanzinstitute mindestens 3% ihrer ungewichteten Aktiva als Kernkapital halten. Das bedeutet, dass jeder weitere Kredit zum Erfordernis der Finanzinstitution führt, zusätzliches Eigenkapital zu besorgen. Durch die LR werden somit erstmals auch für von der Solvabilität befreite Kreditnehmer (z.B. Städte) über eine Verhältniszahl Eigenmittel verlangt. Nachdem das Risiko der Kredite dabei keine Rolle spielt, werden Finanzinstitute ihr Kernkapital vorzugsweise mit Krediten höherer Marge (somit höherem Risiko) belegen, die bereits aus Gründen der Solvabilität mit höheren Eigenmittelerfordernissen belegt sind. Risikoaverse Finanzierungen, etwa solche an Städte, werden benachteiligt. Dies wird den Kreditmarkt für Städte verknappen und die Konditionen verteu-



Walter Schaub-Walzer



Corbis



Buenos Dias

Die Stadt Basel (im Bild das Münster am Rhein) ist namensgebend für den Prozess, einheitliche Standards für die Bankenaufsicht zu schaffen.

Zu den Personen: Axel Maurer ist Finanzleiter der Stadt Salzburg und Oliver Puchner Finanzreferent im Städtebund.

ern. Aber auch die in Basel III vorgesehenen Liquiditätskenngrößen, v.a. die Liquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio) und die strukturelle Langfrist-Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio), bergen in ihrer derzeit diskutierten Ausgestaltung noch Nachteile für Kommunen, für die insbesondere langfristige Infrastrukturmittel zur Finanzierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge eine herausragende Rolle spielen.

## Lobbying-Initiativen des Städtebundes

Auf nationaler Ebene ist der Österreichische Städtebund mit seinen Anliegen an das Bundesministerium für Finanzen herangetreten. Es wäre begrüßenswert, wenn die Städtebund-Vorschläge in die österreichische Position aufgenommen und in den jeweiligen EU-Ratsformationen vertreten werden. Im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments ist MdEP Othmar Karas federführender Berichterstatter. Der Städtebund ist mit MdEP Karas in Kontakt, hat in einem Brief auf die Bedenken der Kommunen hingewiesen und ist zurzeit dabei, Änderungsanträge zum Bericht von MdEP Karas vorzubereiten. Zudem erfolgt zeitgleich die Vernetzung mit den europäischen Partnerverbänden (Finnischer Kommunalverband, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag uam.) und dem Europäischen Dachverband der Kommunalverbände (RGRE). ■

**INFOS:**

www.oenb.at/de/finanzm_stab/finanzmarktstabilitaet.jsp

[1] *Somit erhielt das privatwirtschaftliche Service der großen Rating-Agenturen quasi-gesetzlichen Charakter.*

[2] *Vgl. Stocker, Ferry (2010): Zahltag. Finanz- und Wirtschaftskrise und ökonomische Prinzipien, S. 33ff.*

[3] *Schlechte Konjunktur führt zu abnehmender Bonität der Kreditnehmer führt zu teureren Krediten führt zu weniger Investitionen führt zu schlechterer Konjunktur.*

# „PSI“: Über den Zugang zu öffentlichen Informationen

„PSI“ hat in diesem Zusammenhang nichts mit paranormalen Aktivitäten zu tun, auch wenn der Entwurf zur Novelle der Richtlinie über den Zugang zu öffentlichen Informationen (PSI-Public Sector Information, 2003/98/EG) einen großen Schritt über die Grenzen macht. Über die Grenzen dessen, was wir in Österreich durch die Informationsweiterverwendungsgesetze des Bundes und der Länder als Umsetzung der EU-Richtlinie kennen.

*Peter Belada*

Die Richtlinie hatte zum Ziel, einen Abbau der von der Wirtschaft georteten Barrieren im Zugang zu öffentlichen Informationen zu erreichen, um den europäischen Anbietern die Entwicklung neuer Informationsprodukte und -dienste anhand dieser Informationen zu erleichtern. Man wollte damit einen Abbau der Wettbewerbsnachteile erreichen, die europäische Unternehmen angeblich den US-amerikanischen Konkurrenten gegenüber reklamieren, weil diese die US-amerikanischen öffentlichen Informationen weitgehend frei verwenden können. In der Evaluierung der Umsetzung hat eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie ergeben, dass die erwünschte Freizügigkeit der Weitergabe von öffentlichen Informationen (die Richtlinie spricht von „Dokumenten“) noch nicht der Erwartung entspricht und immer noch dreistellige Milliardenbeträge der Wirtschaft entgehen und – so der Schluss – z.T. auch den öffentlichen Haushalten, da auf diese potenziellen Steuereinnahmen verzichtet werden muss.




## Kritik an Absicht und Inhalt

Grundsätzlich steht es dem Autor nicht zu, diese Studien anzuzweifeln, schon gar nicht, wenn es sich um Beträge jenseits der Vorstellungskraft handelt. Grundsätzlich ist auch dem Gedanken der Unterstützung der Weiterverwendung öffentlicher Informationen durch lokale oder jedenfalls europäische Unternehmen tatsächlich jede Unterstützung zu gewähren. Und grundsätzlich sollten wohl wirklich Bevölkerung, Wirtschaft und Öffentlicher Sektor näher zusammenrücken, um die Problemlösungskompetenz zu erhöhen. Allerdings ist es doch erlaubt, ins Detail zu blicken und da ist bei dieser Novelle aufgefallen:

- Konzentration auf digitale Informationen (obwohl sich PSI auf alle Arten von „Dokumenten“ bezieht).
- Den öffentlichen Stellen (und damit den lokalen Entscheidungsträgern) wird völlig aus der Hand genommen, zu entscheiden, was weiterverwendet werden darf.
- Ausweitung der Gültigkeit auf Bibliotheken, Museen und Archive.
- Wesentliche Einschränkung in der Entgeltgestaltung durch die öffentlichen Stellen – was (v.a. unter Berücksichtigung der Sparpläne der nächsten Jahre) de facto die Re- oder Co-Finanzierung der Aktualisierung unmöglich machen wird.
- Von der EU-Kommission in Auftrag ge-


Privat

Zur Person: Peter Belada ist Geodät, Leiter der Magistratsabteilung 41 -Stadtvermessung der Stadt Wien und stv. Vorsitzender des ÖStB-Ausschusses „Stadtvermessung".

gebene Studien zeigen (MICUS, 2011), dass die Stellen, welche die der Richtlinie unterliegenden Dokumente erzeugen und aktualisieren, nicht vom (durch das Steueraufkommen erzeugten) Rückfluss an finanziellen Mitteln profitieren, sondern ausgehungert werden.

- Vorschreiben der Weitergabe in maschinenlesbaren Formaten (mit Ausnahmen).
- Einrichtung einer „unabhängigen" Schlichtungsstelle, deren Spruch sich alle öffentlichen Stellen zu unterwerfen haben, die sich aber (unter der Leitung der EU-Kommission?) einer europäischen Koordination und Abstimmung unterziehen soll.
- Beweislastumkehr für die öffentlichen Stellen, da nicht die Beschwerde erhebenden Personen die der Beschwerde zugrundeliegenden Tatsachen beweisen müssen, sondern der Beweis für die Rechtmäßigkeit der Entgelte durch die öffentlichen Stellen zu erbringen ist.
- Geplante Verordnungen zur detaillierten Anordnung der Ausführungen (Durchführungsbestimmungen)

## Auswirkungen auf die Kommunen

Es bleibt der Schluss, dass die öffentlichen Stellen, welche die relevanten Dokumente erzeugen und aktualisieren, durch das Fehlen der Refinanzierung ausgehungert werden (siehe Studie von MICUS, EPSI+-Tagung, Berlin 2011). Damit werden schließlich diese Informationen nicht mehr oder in einer schlechteren Qualität geführt werden können. Die Wirtschaftszweige, die bisher beauftragt waren, diese Informationen zu erzeugen, werden Umsatzverluste erleiden und es ist fraglich, ob europäische Unternehmen diese neuen Produkte erzeugen werden.

Somit stellt sich die Frage, ob diese Rahmenbedingungen in der Studie auch ausreichend berücksichtigt worden sind, welche (ähnlich wie vor der Einführung der PSI-RL) der Wirtschaft Milliarden verspricht? Wenn gezielt dem US-amerikanischen Weg gefolgt werden soll und die US-Wirtschaft sich bereits auf diesen eingestellt hat, wird dann nicht ein Wettbewerbsvorteil für diese und globale Firmen erzeugt und werden die Steuern dann nicht außerhalb von Europa fließen?

Die relevanten „Dokumente" werden aus Steuermittel finanziert – aus der Notwendigkeit, diese Gelder für die nationalen, regionalen oder lokalen Anforderungen einzusetzen. Somit sollte erwartet werden können, dass der Einsatz dieser von der jeweiligen Bevölkerung finanzierten „Dokumente" durch die von diesen Menschen eingesetzten EntscheidungsträgerInnen gesteuert wird und eine Refinanzierungsmöglichkeit gezielt ihr zu Gute kommt.

Die nationalen Kontakte mit an der Weiterverwendung interessierter Wirtschaftsvertreter haben jedes Mal (!) gezeigt, dass das primäre Hindernis nicht das Einheben eines Kostenersatzes für Dokumente darstellt, sondern überhöhte oder unrealistische Preise und undurchsichtige und komplizierte Zugangsmöglichkeiten und Lizenzierungsmodelle zu den Dokumenten. Im Grunde lässt sich diese Aussage auch aus der Studie der EU ableiten. Es wäre genau an diesen Punkten anzusetzen – im Miteinander der öffentlichen Stellen und der an der Weiterverwendung interessierten Wirtschaft.

Leider werden damit jene öffentlichen Stellen, die sich besonders in der „Open Government Data"-Initiative engagieren, unter Druck geraten, die Qualität ihrer Informationen zu halten, wenn unterm Strich das Budgetminus wächst – auch weil zusätzliche Aufwände durch (nicht eindeutige) Vorschriften zur maschinenlesbaren Weitergabe erlassen werden.

Zu den in den Erläuterungen zur Richtlinie angekündigten ergänzenden Verordnungen, die die EU-Kommission erlassen wird, stellt sich die Frage, ob sich diese tatsächlich der demokratischen Mitbestimmung entziehen sollen.

## Einflussnahme durch Städtebund

Der Städtebund versucht dies im Interesse der für beide Seiten erfolg- und ertragreichen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene zu beeinflussen. Dabei wird dem Informationsaustausch mit dem zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend und dem Justizministerium große Bedeutung beigemessen, um die derzeit fehlende breite nationale Auseinandersetzung zu diesem Thema zu fördern. Auf europäischer Ebene findet eine Vernetzung mit den Kommunalverbänden (v.a. Finnischer Städtebund, Schwedischer Kommunalverband, Gemeindebund der Niederlande, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag uam.) und dem Europäischen Dachverband der Kommunalverbände (RGRE) statt. ■

**INFOS:** http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/index_en.htm



# EINE LEBENSWERTE STADT IN EUROPA

Wien zählt weltweit zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität.
Die Zauberformel dahinter heißt bewährte kommunale Daseinsvorsorge.
Sie ist der Garant für den Qualitäts-Spitzenplatz und ein wichtiger Standortvorteil.



Die Wienerinnen und Wiener leben gern in ihrer Stadt.

Wien ist anders. Wovon BewohnerInnen anderer Städte nur träumen, ist für WienerInnen selbstverständlich: Glasklares Hochquellwasser, eine funktionierende Müllabfuhr und Energieversorgung, gepflegte Parks und Stadtgärten, saubere Straßen, umfassende Gesundheitsvorsorge oder sofortige Hilfe und Betreuung in Krisensituationen. Gemeinsam machen sie Wien zu einer der lebenswertesten Städte der Welt. Der gut ausgebaute öffentliche Verkehr ermöglicht es, günstig, staufrei und umweltschonend unterwegs zu sein. Diese qualitativ hochwertigen Leistungen werden außerdem zu erschwinglichen Preisen angeboten. Und um die Kleinsten kümmern sich die Gratiskindergärten. Diese Dienstleistungen werden unter dem Begriff der Daseinsvorsorge zusammengefasst. Die Wiener Bevölkerung kann sich auf eine perfekte Infrastruktur verlassen. Nicht zuletzt deshalb ist Wien laut der jüngsten Mercer-Studie auch die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Hohe Versorgungssicherheit und nachhaltige Entwicklung werden auch in Zukunft erhalten bleiben.

## KLARES WASSER

Seit rund 140 Jahren kommt qualitativ einwandfreies Hochquellwasser aus den Wasserleitungen der WienerInnen. Die Stadt Wien setzt darauf, das hervorragende Wasser auch für die kommenden Generationen zu erhalten. Wien ist daher weiterhin gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung. Negativbeispiele aus anderen Ländern zeigen, welche Effekte Marktöffnungen haben können: Dazu gehören die Beeinträchtigung der Wasserqualität durch fehlende Investitionen, steigende Preise und hohe Wasserverluste durch mangelnde Wartung.

## MODERNE ABFALLWIRTSCHAFT

Das Wiener Entsorgungssystem mit den hohen Umwelt- und Qualitätsstandards erfüllt den Anspruch an ein Abfallwirtschaftssystem nachhaltig und kostengünstig. Soweit wie möglich werden Abfälle auch weiterbehandelt. Es gibt verschiedene Anlagen, in denen verwertbare Stoffe zu Energie umgewandelt werden. Ein Beispiel dafür ist „Biogas Wien“: 17.000 Tonnen Bioabfälle werden hier jährlich zu sauberer Energie umgewandelt.

## GESUNDHEIT UND SOZIALES

Wien zählt nicht zuletzt auf Grund des breiten gesundheitlichen und sozialen Angebots zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität. Die Stadt Wien investiert in die Erhaltung und den Ausbau der medizinischen Leistungen. Die Umsetzung des „Spitalskonzepts 2030“ macht Wiens Spitäler noch effizienter und fit für die Zukunft.



Das glasklare Trinkwasser kommt seit Generationen direkt aus den Alpen zu den Wienerinnen und Wienern in Top-Qualität.

Fotos: www.foto-julius.at (1), Corbis (1)




Zur Person: Simon Hirsbrunner, LL.M, ist zugelassener Rechtsanwalt in Deutschland und der Schweiz und Partner der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek in Brüssel.

# Neue Spielregeln im Beihilfenrecht für die Kommunen?

**Pünktlich zum Jahresausklang hat die Europäische Kommission am 20.12.2011 neue Vorschriften über die Beurteilung von staatlichen Beihilfen im Bereich der Daseinsvorsorge und sonstiger Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) erlassen. Die Behörden in Österreich und den anderen EU-Mitgliedstaaten sollen nun alle Verträge, bei denen Anpassungsbedarf besteht, bis Ende Januar 2013 in einem Verzeichnis erfassen und anschließend bis spätestens Ende Januar 2014 anpassen.**

*Simon Hirsbrunner*

Betroffen sind staatliche Ausgleichszahlungen, die von Kommunen, öffentlichen Körperschaften oder anderen staatlichen Stellen zu Gunsten von Unternehmen gewährt werden, welche Leistungen der Daseinsvorsorge oder andere DAWI erbringen. Erfasst sind grundsätzlich auch Ausgleichszahlungen zu Gunsten von kommunalen Unternehmen oder anderen öffentlichen Unternehmen, wenn diese wirtschaftlich tätig sind.

## Das neue Almunia-Paket

Das neue Regelwerk, welches in Anlehnung an das bisher geltende „Monti-Kroes"-Paket gemeinhin als „Almunia"-Paket bezeichnet wird, ist noch nicht endgültig gebündelt. Tatsächlich steht die Entscheidung über eine Ausnahme von bestimmten Bagatellfällen noch aus, was im Frühjahr 2012 nachgeholt werden soll. Das Paket wird dann aus den folgenden vier Rechtsinstrumenten bestehen:

- einer Mitteilung über die Anwendung der Beihilfevorschriften der EU auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI,
- einem Beschluss, welcher Ausgleichszahlungen für bestimmte Gesundheits- und Sozialdienstleistungen sowie Dienstleistungen im Flug- und Seeverkehr ohne Höchstbegrenzung von der Verpflichtung zur vorherigen Notifizierung bei der Kommission freistellt, während gleichzeitig der Jahresfreibetrag für Ausgleichszahlungen in anderen Bereichen von bisher 30 auf 15 Mio. Euro abgesenkt wird,
- einer Mitteilung über den Rahmen der EU für staatliche Beihilfen, die für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gewährt und nicht nach dem soeben erwähnten Beschluss von der Notifizierungspflicht ausgenommen sind, sowie
- der bereits erwähnten, noch zu erlassenden Bagatellausnahme in Gestalt einer De-minimis-Verordnung, welche Ausgleichszahlungen bis zu einer bestimmten, noch festzulegenden Größenordnung von der Notifizierungspflicht ausnehmen soll.

## Der Plan der Kommission

Angestrebt wird ein differenzierter Ansatz. Kleinere Fälle und insbesondere die staatliche Finanzierung von Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Sozialfürsorge sollen in den Genuss einer großzügigeren Behandlung kommen. Gleichzeitig will sich aber die Kommission für schwerwiegendere Fälle größere Eingriffsmöglichkeiten vorbehalten. Diese Unterteilung wird vor allem die Kommission von „kleinen" Fällen entlasten, während die Kommunen und die anderen Rechtsanwender deshalb nicht weniger Aufwand haben dürften. Tatsächlich sehen sich diese mit einer im Umfang gewachsenen, hochgezüchteten Regulierung konfrontiert, die auf einer unglücklichen Vermischung von Formalismus und Ökonomisierung des Rechts beruht.

Die zusätzlichen Anforderungen an die Berechnung der zulässigen Finanzierung und die Begründung der Betrauungsakte droht zudem potenzielle Interessenten abzuschrecken, die sich bei den Kommunen um Dienstleistungsaufträge bewerben möchten. Die neuen Vorschriften sind am 31.1. dieses Jahres in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten werden nach der vorläufigen Planung aufgefordert, bis 31.1.2013 eine Liste der Beihilferegelungen mit Änderungsbedarf zu veröffentlichen. Innerhalb eines weiteren Jahres werden sie die Beihilfen anpassen müssen. Ob der Zeitplan tatsächlich so umgesetzt werden kann, ist zurzeit offen. Die Mitgliedstaaten mussten der Kommission bis 29.2.2012 mitteilen, ob sie einverstanden sind. ■


Privat

Zur Person: Heidrun Maier-de Kruijff ist Geschäftsführerin des Verbands der öffentlichen Wirtschaft (VÖWG).

# „Guter Flug“ ade!

**Die Europäische Kommission hat am 1. Dezember 2011 ihr Flughafen-Paket – bestehend aus einer allgemeinen Strategie und drei Legislativvorschlägen Lärm, Zeitnischen und Bodenabfertigungsdienste – vorgestellt. Der Verband der öffentlichen Wirtschaft (VÖWG) hat den Vorschlag über Bodenabfertigung im Detail analysiert und übt in einer umfangreichen Stellungnahme scharfe Kritik.**

*Heidrun Maier-de Kruijff*

Mit der geplanten Verordnung drohen weitere Liberalisierung, und massive negative Auswirkungen für die Beschäftigten sowie für die lokale Wirtschaft. Vor allem kommt es auch im Bereich „Sicherheit“ zu Verschlechterungen.

## Die Knackpunkte

- Drittabfertigung: Bereits mit der Richtlinie aus dem Jahr 1996 wurden zwei Anbieter vorgeschrieben. Nun werden zumindest drei Anbieter gefordert, damit steigt der Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck zu Lasten einer derzeit funktionierenden Dienstleistung. Die vorgeschlagene weitere Liberalisierung hat daher nur kurzfristige Effekte. Der Aspekt der „Sicherheit“ muss allerdings vor kurzfristigen Einsparungen Priorität haben. Ähnliches gilt für die Selbstabfertigung.
- Rechtliche Trennung zwischen Geschäftsbereichen der Flughäfen: Diese lehnt der VÖWG strikt ab. Die derzeit vorgeschriebene buchmäßige Trennung ist ausreichend und praktikabel. Bei der Forderung nach rechtlicher Trennung besteht der Verdacht, dass im nächsten Schritt die eigentumsrechtliche Trennung forciert wird.
- Unterauftragsvergabe: Die Beauftragung von Subunternehmen – in der im Entwurf vorgesehenen Form ohne detaillierte Qualitätserfordernisse und nur mit Namensnennung der Auftragnehmer – verschleiert klare Verantwortlichkeiten und wird abgelehnt.
- Soziales: Die weitere Liberalisierung birgt die Gefahr, dass sich Fluglinien zu Oligopolen zusammenschließen und die bisher von den Flughäfen betriebenen Bodenabfertigungsdienste in den Hintergrund gedrängt werden. Lohn- und Preisdumping beziehungsweise vermehrt auftretende prekäre Arbeitsverhältnisse sind die logische Folge. Der Verband setzt sich für qualitätsvolle Beschäftigungsverhältnisse und die Einhaltung von sozialen Standards ein.

## Gegen das Interesse der kommunalen Wirtschaft

Klar ist, all diese Punkte haben negative Auswirkungen auf den jeweiligen Wirtschaftsstandort, sprich die lokalen Wirtschaftstreibenden und Beschäftigten. So ist der Flughafen Wien mit rund 18.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber im Osten Österreichs. Zusätzlich sind mehr als 52.500 Arbeitsplätze indirekt mit dem Flughafen verbunden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Liberalisierung auch auf kleine, regionale Flughäfen auswirkt. Der niederösterreichische und der Wiener Landtag haben sich bereits gegen die weitere Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste ausgesprochen. Der VÖWG wird mit seinen nationalen und europäischen Partnern weiter im Sinne der Flughäfen handeln! Die Stellungnahme ist auf Anfrage erhältlich. ■


www.picturedesk.com

# Zurück zur Öffentlichen Hand:

## Chancen und Formen der Rekommunalisierung



**Am 10. Jänner 2012 fand in Berlin eine große Veranstaltung der Hans Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zum Themenkomplex „Rekommunalisierung“ statt. Auch der Österreichische Städtebund sowie der Verband der öffentlichen Wirtschaft (VÖWG) waren bei dieser Konferenz vertreten. Hier soll ein kurzer Eindruck daraus vermittelt werden.**




*Johannes Schmid, Jurist und Leiter der Rechtsabteilung im Österr. Städtebund*

Rekommunalisierung oder Kommunalisierung sind schillernde Begriffe. Darunter versteht man, dass der Staat wieder seinen Einfluss auf Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückgewinnt: ob über den Rückkauf ehemals privatisierter Betriebe, oder via Rückübertragung operativer Dienstleistungen oder durch Neubegründung von Eigengesellschaften – die Formen sind vielfältig.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass zur Zeit gute Chancen für eine Rekommunalisierung – also die Rückführung des kommunalen (staatlichen) Einflusses auf zuvor privatisierte, teilprivatisierte oder ausgelagerte Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – bestehen. Spätestens nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, der Atomkatastrophe von Fukushima und der aktuellen Eurokrise ist der Glaube daran, dass Märkte effizient sind und dass es ohne staatlichen Einfluss geht, gründlich erschüttert.

Es besteht bei den Bürgerinnen und Bürgern ein großer Wunsch nach überschaubaren Strukturen und Mitbestimmungsmöglichkeiten bezüglich der öffentlichen Dienstleistungen.

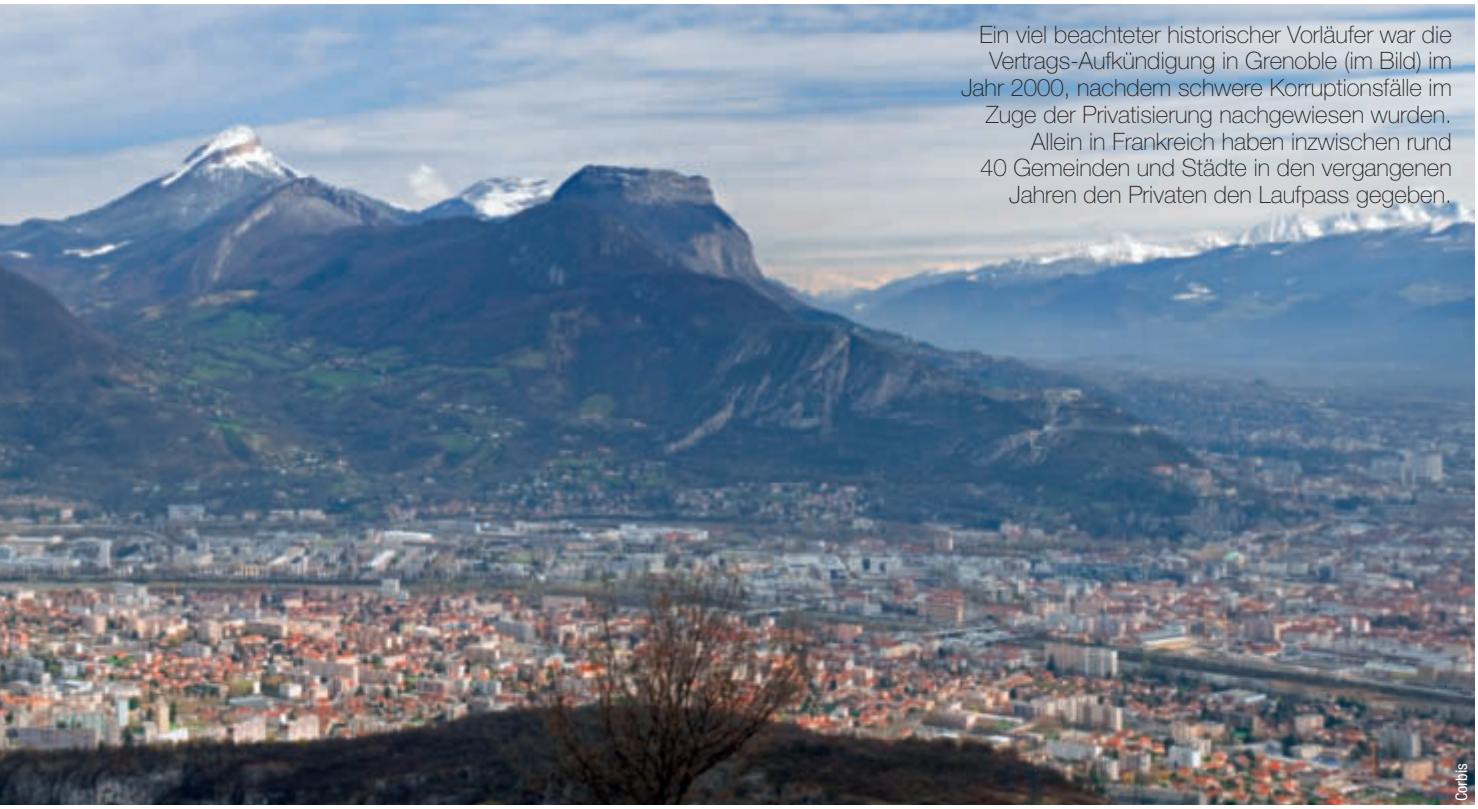
### Varianten der Rekommunalisierung

Laut einer Umfrage der Beratungsgesellschaft Ernst & Young wollen immer mehr Kommunen in Deutschland städtisches Eigentum privatisieren, um Haushaltslöcher zu stopfen. 2010 planten 37 Prozent der befragten Kommunen eine Privatisierung, 2011 waren es sogar 43 Prozent. Dies betrifft insbesondere den kommunalen Immobilienstand, IT/EDV, Abwasserentsorgung und Energieversorgung.

Bei Gemeinden, die ihre Kommunalwirtschaft bereits in der Vergangenheit privatisiert haben, ist ein anderer Trend feststellbar. Hier hat sich offenbar Ernüchterung breit gemacht. Nach dem einmaligen Geldsegen für den Haushalt blieben die erhofften Effizienzgewinne oft aus. Die Bürger und Bürgerinnen klagen über schlechtere Dienstleistungen und höhere Gebühren. So ergab eine Umfrage der Universität Leipzig im Juli 2011, dass 48,5 Prozent der teilnehmenden 102 Gemeinden mit Haushaltsdefizit und Privatisierungserfahrungen eine zukünftige Rekommunalisierung planen. Sie hoffen auf Einnahmensteigerungen und mehr kommunalen Einfluss in diesen Unternehmen.

### Beispiel: Rekommunalisierung in Nordrhein-Westfalen

In Bergkamen, einer kreisangehörigen Stadt von 52.000 EinwohnerInnen im Kreis Unna, ist Ende 2008 die politische Grundsatzentscheidung gefallen, die Trinkwasserversorgung künftig nicht mehr durch die private Gelsenwasser AG, sondern durch die eigenen kommunalen Stadtwerke durchführen zu lassen. Der Entscheidung war ein intensiver Diskussionsprozess vorausgegangen. Die beschlossene Kommunalisierung muss allerdings noch umgesetzt werden. Die Trinkwasserversorgung ist nicht die erste Kommunalisierung von ehemals durch Privatfirmen erfüllten Aufgaben in Bergkamen. In fast allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge – Strom, Erdgas, Fernwärme, Frischwasser, Straßenreinigung und Müllabfuhr – wurde die Stadt Bergkamen bis zu Beginn der 90er-Jahre von verschiedenen Privatunternehmen versorgt. Lediglich der Abwasserbereich wurde immer schon öffentlich erledigt, zunächst als Regiebetrieb im Tiefbauamt der Stadt und ab 1997 als städtischer Eigenbetrieb. Die überwiegend private Erledigung der Aufgaben änderte sich ab Ende 1994.



Ein viel beachteter historischer Vorläufer war die Vertrags-Aufkündigung in Grenoble (im Bild) im Jahr 2000, nachdem schwere Korruptionsfälle im Zuge der Privatisierung nachgewiesen wurden. Allein in Frankreich haben inzwischen rund 40 Gemeinden und Städte in den vergangenen Jahren den Privaten den Laufpass gegeben.

Corbis

Damals wurden zusammen mit den beiden Nachbarkommunen Bönen und Kamen die „Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen (GSW)“ gegründet. Dies schuf die Voraussetzung, nach Auslaufen der Konzessionsverträge die Strom- und Erdgasversorgung durch Kauf der Netze kommunal zu übernehmen. Später kamen noch ein großes Fernwärmenetz und über eine neu gegründete Tochtergesellschaft der Telekommunikationsbereich hinzu. Die GSW arbeiten bis heute ausgesprochen erfolgreich und für die drei kommunalen Gesellschafter gewinnbringend.

2002 wurde in Bergkamen die bis dahin privat vergebene Straßenreinigung nach Vertragsende durch den Baubetriebshof der Stadt übernommen, wobei die Straßenreinigungsgebühr um 25 Prozent gesenkt werden konnte. 2006 erfolgte nach Auslaufen des Vertrages mit dem privaten Entsorgungsunternehmen die Gründung eines Eigenbetriebes der Stadt für das Einsammeln und Transportieren von Restmüll, Bioabfall, Altpapier, Sperrmüll und Grünschnitt sowie die Straßenreinigung. Die Umstellung auf Eigenerledigung der Müllabfuhr verlief völlig problemlos. Der Service konnte verbessert und die Müllgebühren in zwei Schritten um insgesamt ca. 12 Prozent gesenkt werden. Bis heute sind die Bergkamener Abfallbeseitigungsgebühren die niedrigsten im Kreis Unna.

## FAZIT

Die Rekommunalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wieder im Vormarsch. Die Kommunen stehen hierbei jedoch vor schwierigen Herausforderungen, die man vermeiden hätte können, wenn erst gar nicht privatisiert worden wäre. Vielerorts beschäftigt die Gemeinden der Kompetenzverlust, das heißt der Verlust des erworbenen Know-hows im jeweiligen Sektor/Bereich, z.B. Wasser oder Müll. Des Weiteren geht mit einer (Teil-) Privatisierung oftmals ein Kontrollverlust einher. Eine Neugründung oder Neustrukturierung eines Unternehmens oder einer Abteilung ist zeit- und kostenintensiv. Parallelstrukturen, die im Rahmen einer Privatisierung geschaffen wurden – wie z.B. Regulierungs- und Ausschreibungsbehörden –, sind neu zu gestalten und zu überdenken.

Trotz dieser genannten Herausforderungen ist die Rekommunalisierung für die Kommunen eine Chance, wieder selbst über Qualität und Preis von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu entscheiden. Arbeitsplätze können neu geschaffen werden. Das kann gerade in strukturschwachen Regionen einen Aufschwung bringen. Gerade im Zuge der vergangenen Privatisierungswellen gingen enorm viele Arbeitsplätze im Bereich der Wasser- und Energiewirtschaft verloren.

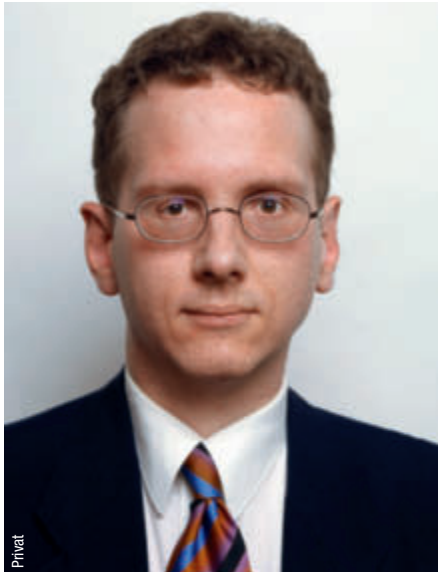
Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rekommunalisierung sind ein moderner, handlungsfähiger und wirtschaftlicher kommunaler Betrieb mit einem klaren politischen Auftrag der öffentlichen Eigentümer.

Wenn Rekommunalisierungen jedoch nicht nur zu einer Veränderung von Eigentumsverhältnissen, sondern auch zum Ende von Profit-Maximierung und zu einem neuen sozialen und nachhaltigen Umgang mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge führen sollen, dann müssen soziale Bewegungen und die Forderung nach einer grundlegenden Demokratisierung des Umgangs mit dem öffentlichen Gut eine zentrale Rolle in den Reformprozessen spielen. ■

# Dienstleistungskonzessionen im Kreuzfeuer des Binnenmarktes

**Die Europäische Kommission plant eine Regelung von Dienstleistungskonzessionen. Mit den aktuellen Vorschlägen über die Modernisierung des öffentlichen Beschaffungswesens hat die Kommission auch einen Vorstoß in Richtung Reglementierung von Dienstleistungskonzessionsverträgen gemacht, welcher seitens der Stadt Wien sowie vom Österreichischen Städtebund entschieden abgelehnt wird.**

*Gerhard Pöschmann*




Zur Person: Gerhard Pöschmann, Jurist und Experte für Vergaberecht.

Konzessionsverträge unterscheiden sich grundlegend von öffentlichen Aufträgen. Der Unterschied besteht darin, dass der Auftragnehmer auch das Verwertungsrisiko seiner Leistung trägt. Erhält er – wie in den meisten Fällen – eine seine Kosten deckende Zahlung, liegt ein normaler Auftrag vor. Erhält er dagegen das Recht, seine Leistung selbst zu verwerten und von den Leistungsbeziehern dadurch Einnahmen zu erzielen, spricht man von einer Konzession.[1] Das Vergaberecht unterscheidet Dienstleistungskonzessionen und Baukonzessionen: Während bei Dienstleistungskonzessionen die wirtschaftliche Nutzung einer Dienstleistung wesentlich ist, zeichnet sich eine Baukonzession durch die Nutzung eines Bauwerks durch den Konzessionär aus. Dienstleistungskonzessionen finden sich häufig im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten (z.B. Autobahnen), öffentlichen Verkehrsleistungen, sozialen Diensten (z.B. Essen auf Rädern, Kindergarten, Nachmittagsbetreuung, Pflegeleistungen) und Veranstaltungen. Vorteile einer Konzession sind flexiblere Vergaberegeln und – aus haushaltsrechtlicher Sicht –, dass nicht der Auftraggeber (in der Regel die Gemeinde) das Risiko der Deckung eines allfälligen Betriebsabgangs zu tragen hat.

## Bislang keine Regelung auf EU-Ebene

Der Abschluss von Dienstleistungskonzessionsaufträgen unterliegt derzeit nicht den Vergaberichtlinien und es sind insofern lediglich die Grundprinzipien des Vergaberechts auf die Erteilung einer Dienstleistungskonzession anzuwenden. Mehrfach hat der EuGH in seinen Entscheidungen (u.a. „Krankentransport Stadler"; EuGH 10.3.2011, C-274/09, sowie „WAVZ Gotha", EuGH 10.9.2009 - C-206/08) für ausreichende Klarstellung dahingehend gesorgt, wann eine Dienstleistungskonzession vorliegt. Mit den aktuellen Vorschlägen über die Modernisierung des öffentlichen Beschaffungswesens hat die Kommission auch einen Vorstoß in Richtung Reglementierung von Dienstleistungskonzessionsverträgen gemacht, welcher seitens der Stadt Wien sowie vom Österreichischen Städtebund entschieden abgelehnt wird. Dies nicht zuletzt, da der betreffende Richtlinienvorschlag in hohem Ausmaß eine Angleichung von Dienstleistungskonzessionen an Baukonzessionen mit sich bringt, welche in keiner Weise nachvollziehbar ist. Im Bereich von Dienstleistungskonzessionen ist das Bewirtschaftungsrisiko oft höher, da die Abhängigkeit von externen Faktoren wie der stark schwankenden Inanspruchnahme der Dienstleistungen durch Dritte und sich stetig wandelnden Lohn- und Gehaltskosten abhängig ist.

## Enge Verbindung zur Daseinsvorsorge

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Diskussionen um Dienstleistungskonzessionen, wie schon an den obigen Beispielen zu sehen ist, auch stets im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge zu sehen sind. Der Vertrag von Lissabon (vgl. dazu etwa die Protokolle 26 und 27) hebt die Erbringung dieser – im europäischen Kontext als „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse" bezeichnet – Dienste besonders hervor. Neue Regelungen in diesem Bereich sind daher kritisch zu betrachten. So weist auch Mario Monti in seinem Bericht an den Präsidenten der Kommission „A New Strategy for the Single Market" vom 9. Mai 2010 darauf hin, dass die Vergaberegelungen der Union angepasst und insbesondere im sozialen Bereich flexibler gestaltet werden sollten. Die in Aussicht genommene Richtlinie steht dazu jedoch im klaren Gegensatz (vgl. die Key recommendation: „Re-Think public procurement policy to make it simpler, more effective and less onerous for national and local authorities.").[2] Durch die Schaffung eines Rechtsaktes für Dienstleistungskonzessionen würden deren derzeitigen positiven Aspekte, nämlich die geringe Streitanfälligkeit, die derzeitige Rechtssicherheit und die rasche Umsetzbarkeit im Sinne einer nachhaltigen Versorgung, in Mitleidenschaft gezogen. Dementsprechend sieht auch der Vertrag von Lissabon eine Ver-




Auch Kindergärten sind Inhaber von kommunalen Dienstleistungskonzessionen.







Dienstleistungskonzessionen finden sich häufig bei Verkehrsprojekten und sozialen Diensten.

antwortung der Mitgliedstaaten vor, für das Funktionieren der Dienste von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse Sorge zu tragen (Art. 14 AEUV). Gleichzeitig betont der Vertrag das Prinzip der kommunalen und lokalen Selbstverwaltung und anerkennt dieses als Bestandteil der nationalen Identität (Protokoll Nr. 9 zum AEUV). Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass beim Abschluss eines Dienstleistungskonzessionsvertrags keine oder nur teilweise öffentliche Gelder verwendet werden, da die Gegenleistung nicht oder nur teilweise durch den Auftraggeber, sondern – wie eingangs erwähnt – von den Leistungsbeziehern selbst erfolgt. Vor diesem Hintergrund besteht kein Erfordernis für neue Regelungen.

## Ablehnung der Richtlinie

Dem Österreichischen Städtebund sowie dem Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) und anderen „Stakeholdern" ist es gelungen, die Bundesräte zu überzeugen, dass die Veröffentlichung des Richtlinienvorschlags einen Verstoß gegen die Subsidiarität und Proportionalität darstellen würde. Der österreichische Bundesrat hat am 1. Februar 2012 einstimmig eine Subsidiaritätsrüge gegen den Richtlinienvorschlag verabschiedet. Im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments fungiert der französische Abgeordnete Philippe Juvin als federführender Berichterstatter zum Richtlinienvorschlag. Der Städtebund ist mit Abgeordneten aus verschiedenen Fraktionen in Kontakt und weist in seinen Gesprächen laufend auf die Bedenken und Anliegen der Kommunen hin. Die Einflussnahme auf europäischer Ebene wird durch die Tatsache erleichtert, dass es sich dabei um ein Problem handelt, welches nahezu alle Kommunen in der EU betrifft. Unterstützung kommt dabei insbesondere vom Europäischen Dachverband der Kommunalverbände (RGRE) und vom Europäischen Dachverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP). ■

[1] *Casati/Holoubek (2006), Bundesvergabegesetz 2006 – Anregungen für die Praxis (= Schriftenreihe des Österreichischen Städtebundes, 3.2006), S. 27*

[2] *http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti_report_final_10_05_2010_en.pdf*

# Die Europäisierung der Energiepolitik

**Der Vertrag von Lissabon 2009 hat die EU mit expliziten Kompetenzen in der Energiepolitik versehen. Damit verbunden sind Chancen und Risiken in der Zukunft.**

*Elisa Schenner, Politikwissenschafterin und Mitarbeiterin in der Abteilung Public Affairs bei Wien Energie*

„Die Energiepolitik ist traditionell eine der schwächsten Politikbereiche der EU", ließen wissenschaftliche Quellen noch Ende der 90er-Jahre verlautbaren[1]. Diese Aussage mag ein leichtes Stirnrunzeln bei all jenen hervorrufen, die als eigentliche Geburtsstunde des Europäischen Einigungsprojektes die Montanunion (1951) in Erinnerung hatten. Tatsächlich ist die EU durch das Paradoxon geprägt, indirekt als „Energiegemeinschaft" entstanden zu sein, aber ohne die Ausstattung entsprechender primärrechtlicher Handlungsbefugnisse. Erst das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon 2009 hat die EU mit expliziten Kompetenzen in der Energiepolitik versehen (Art. 4(i); Art. 194 AEUV).

## Die Ziele „2020"

Dem Fehlen an formalen Kompetenzen ungeachtet, hat sich der gemeinsame Besitzstand (acquis communautaire) im Bereich der Energiepolitik von 1999 bis 2004 mehr als verdoppelt[2]. Möglich wurde dies durch den Rückgriff auf Kompetenzen im Bereich des Binnenmarktes und der Umweltgesetzgebung, womit an der Verwirklichung der energiepolitischen Ziel-Triade – Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz – gearbeitet wurde. Drei Energie-Binnenmarktpakete (1996/7; 2003; 2009) haben zu einer holistischen Umgestaltung der energiewirtschaftlichen Landschaft Europas geführt und das „20/20/20"-Ziel Anstöße zum Ausbau von erneuerbarer Energie, dem Absenken von $CO_2$-Emissionen und der Steigerung der Energieeffizienz gesetzt. Das Fehlen primärrechtlicher Kompetenzen hat die EU in der Vergangenheit also nicht davon abgehalten, bedeutenden Einfluss auf die nationalstaatlichen Energiepolitiken zu nehmen.

## Fahrpläne für Klima, Energie und Verkehr

Dennoch, die Kompetenzerweiterung im Vertrag von Lissabon hat eine neue energiewirtschaftliche Blütezeit eingeleitet. Im Herbst 2010 präsentierte die EU-Kommission ihre Energiestrategie 2020 und leitete im darauf folgenden Jahr in einem 1½-monatlichen Rhythmus strategische Mitteilungen ab und legislative Gesetzesvorschläge ein. Diverse Fahrpläne – für Klima, Energie und Verkehr – sollen mögliche künftige Maßnahmen aufzeigen. Konkrete Gesetzesinitiativen in den Bereichen Energieeffizienz (COM370), Energie-Infrastruktur (COM658) und Energiesteuerrichtlinie (COM169) begleiten uns auch im Jahr 2012. Eine unmittelbare Folge der Einigung auf ein neues Klimaabkommen in Durban hat auf EU-Ebene Diskussionen um „Post 2020"-Ziele für erneuerbare Energie (inkl. Fördersystemthematik), $CO_2$-Emissionsabsenkung und Energieeffizienz entfacht. Anfang des Jahres machte Energiekommissar Öttinger durch die Forderung nach weiteren Kompetenzübertragungen im Energiebereich (inkl. Bestimmung des Energiemix) auf sich aufmerksam.




Im Einklang mit den Zielen der EU arbeiten die Mitarbeiter der Wien Energie intensiv am Ausbau erneuerbarer Energie.

Wien Energie

## Die österreichische Position

Für die österreichischen Kommunen ist die Europäisierung der Energiepolitik Chance und Risiko zugleich. Häufig können Initiativen genützt und Ambitionen miteinander verbunden werden (Stichwort: Smart Cities); in anderen Fällen, v.a. wenn es um angrenzende Bereiche der Daseinsvorsorge geht, wird es in Zukunft noch wichtiger sein, ein wachsames Auge auf Brüssel zu werfen. ■

[1] *Matláry, Janne Haaland (1997): Energy policy in the European Union. NY: Macmillan Press LTD, 13.*

[2] *Pollak, Johannes / Schubert, Samuel / Slominski, Peter (2010): Die Energiepolitik der EU. Facultas. Wien: UTB, 98.*

# Children for Europe



Europaschule Linz

**Die Europaschule Linz nahm in den Schuljahren 2008/2009 und 2009/2010 am multilateralen Comenius-Projekt mit dem Titel „Our common culture, history and traditions“ teil. Im Rahmen dieses Projekts fand auch ein gegenseitiger SchülerInnenaustausch mit Kindern aus Partnerschulen in Polen, Zypern, Italien, Österreich, Wales und Finnland statt.**

Die Grundidee dieses Projekts bestand darin, dass erstmals auch Kinder im Grundschulalter die Möglichkeit erhielten, an Austauschbesuchen teilzunehmen und anschließend in ihrem Umfeld von der „europäischen Idee“ zu profitieren.
Aus der außergewöhnlichen Zusammenarbeit entstanden unter anderem eine rege Brieffreundschaft aller beteiligten Kinder, einige gemeinsame Filmproduktionen, ein internationales Kinderkochbuch, ein Buch über berühmte Persönlichkeiten jedes Landes, ein kindergerechtes Buch zur Geschichte jedes Teilnehmerlandes, ein Bildkalender, DVDs mit folkloristischen Tänzen und Liedern der Kinder, Fotobücher und ein gemeinsamer selbst produzierter Europa-Song „Children of Europe“ samt Videoclip in den Sprachen aller Partnerländer.
Während der Besuche in den Teilnehmerländern wurden LehrerInnen und Kinder von den Projektpartnern bestens betreut. Ein abwechslungsreiches Besichtigungsprogramm und Treffen mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Kultur und Schule bildeten stets einen fixen Rahmen der Projekttreffen. Besonders interessant für LehrerInnen und SchülerInnen waren die Besuche bei den Partnerschulen, die einen Einblick in die verschiedensten Schulsysteme ermöglichten und immer mit einem regen Austausch während der Treffen einhergingen.

## Spezialisierung und individuelle Verantwortung

Die Europaschule Linz bietet zwei Schultypen an. Es handelt sich um eine Volksschule und die Neue Mittelschule. Die individuelle Förderung und die Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten der SchülerInnen stehen im Mittelpunkt. Die „Neue Mittelschule“ wird seit dem Schuljahr 2008/2009 im Modellversuch umgesetzt.
An der Schule gibt es mehrere Spezialisierungsmöglichkeiten. Der Schwerpunkt „Sprache und Kommunikation“ beinhaltet die Pflichtfächer Englisch und Französisch. Der Schwerpunkt „Naturwissenschaft und Technik“ bietet einen verstärkten Unterricht in Physik, Chemie, Mathematik, Biologie, Geometrisches Zeichnen und Technisches Werken. Zum Schwerpunkt „Musikalisches und kreatives Gestalten“ gehören die Intensivfächer Musik, Bildnerische Erziehung, Sport, Ernährung, Haushalt und Werken. Außerdem gibt es den Schwerpunkt „Angewandte Mediengestaltung“, der den Fokus auf die Bereiche Schulzeitung, Schulradio, Schulfernsehen und Neue Medien hat. Die grundsätzliche Zielrichtung des Unterrichts ist es, Fähigkeiten der SchülerInnen zu differenzieren. Offenes Lernen nach Wochenplänen soll auch die SchülerInnen verstärkt in die Organisation des Unterrichts einbeziehen. Die Beurteilung der Leistungen erfolgt individuell und beinhaltet eine Bewertung der PädagogInnen und eine Selbstanalyse der SchülerInnen. Ziel ist eine anhaltende Selbstmotivation und Selbstorganisation der SchülerInnen. ■

# Salzburg: Die neue Energie-Kultur-Stadt

Im Masterplan „smart city salzburg“ werden erstmalig die energiepolitischen Leitlinien der Stadt Salzburg für die nächsten 20 Jahre festgelegt. Der erforderliche grundlegende Wandel des Energiesystems wird dabei ab sofort durch konkrete Maßnahmen aktiv vorangetrieben.

*Helmut Strasser, SIR – Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen*

## Wo steht die Stadt Salzburg?

Mit den Salzburger Festspielen und einer Vielzahl von bekannten Erholungs- und Skigebieten in der unmittelbaren Umgebung ist die Stadt Salzburg ein wichtiges Kultur- und Tourismuszentrum Österreichs, das jedes Jahr viele nationale und internationale BesucherInnen anlockt. In den 1990er Jahren entwickelte sich das Bewusstsein für eine nachhaltige Stadtentwicklung, beginnend mit dem Bau von Niedrigenergie- bzw. Passivhausstandard- Gebäuden bis zu einem städtischen $CO_2$-armen Fernwärmenetz, an das mittlerweile auch einige Nachbargemeinden angeschlossen sind. Aktuell wird derzeit im Stadtteil Lehen eine der wichtigsten Restrukturierungsmaßnahmen der Stadt Salzburg mit ca. 300 Wohnungen, einem Kindergarten, Geschäften, Büros, einem Hotel sowie einem Science-Center umgesetzt. Ein innovatives Energieversorgungssystem basierend auf einem optimierten Solarsystem ermöglicht einen hohen Anteil erneuerbarer Energieträger selbst in einem städtischen Gebiet. Als Modellregion für „smart grids“ und Elektromobilität“ wird ein ganzes Bündel von innovativen Forschungs- und Umsetzungsprojekten mit internationaler Beachtung umgesetzt. Vorbildhaft agiert die Stadt Salzburg auch in ihrem eigenen Wirkungsbereich. Vielbeachtet ist dabei das Energie-Kontrollsystem mit einer laufenden Online-Kontrolle des Energiebedarfs aller stadteigenen Gebäude. Im Jahr 2008 wurde das neue räumliche Entwicklungskonzept mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung nationaler und europäischer Klimaschutzvorgaben beschlossen. Es beinhaltet energie- und klimaschutzoptimierte Wettbewerbsstandards ebenso wie verbindliche Bestimmungen für Raumplanungsinstrumente oder die Reduktion von fossilen Brennstoffen durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger, auch im bestehenden Fernwärmenetz.

## Die Ziele

Die zahlreichen bereits realisierten Maßnahmen und Projekte bilden somit die ersten Bausteine für einen erforderlichen Energiewandel. Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit stellen Städte vor eine neue Herausforderung. Auf der einen Seite weisen Städte aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Dichte gute Voraussetzungen für eine ressourcenschonende Energieversorgung auf. Andererseits aber erfordert die Frage der Energieversorgung ein sorgsames Abwägen zwischen Stand und umgebender Region.
Ziel für die Stadt Salzburg war es nun im Rahmen des Masterplans „smart city salzburg“ die längerfristigen Ziele, die strategisch wichtigen Stoßrichtungen sowie konkrete, kurzfristig umzusetzende Maßnahmen und Projekte auszuarbeiten. Diese Masterplanentwicklung soll dabei auf bestehende Erfahrungen und Stärken aufbauen sowie einen größeren Kreis an AkteurInnen in der Planung und Umsetzung einbeziehen. Damit soll die Basis für die Entwicklung hin zu einer auch international führenden Stadt im Bereich Energie- und Klimaschutz gelegt werden.

## Salzburg im Jahr 2050

Der Umbau von urbanen Energie- und Verkehrssystemen verlangt gleichgerichtete Aktivitäten der verschiedenen Akteure und damit die Miteinbeziehung der Interessengruppen. Salzburg erlebte bisher die Nachhaltigkeits- und Klimaschutzdebatte an Hand einzelner Initiativen und Projekte. Ein integrierender Kommunikationsprozess zum Masterplan „smart city salzburg“ dient daher einer gemeinsamen Zielfindung, um eine ambitionierte Ausrichtung der Energiepolitik der Stadt Salzburg zu ermöglichen. Begleitet durch ExpertInnenwissen und Szenarienberechnungen wurden die langfristigen Visionen und Ziele erarbeitet:

- Wohngebäude … sind in ein Gesamtsystem integrierte Nullenergie-/Plusenergiegebäude und haben im Gesamtsystem eine neutrale $CO_2$-Bilanz
- Kommunale Gebäude und Infrastruktureinrichtungen … sind Plusenergieobjekte und versorgen ihre Umgebung
- Energieaufbringung und -verteilung … sind intelligent vernetzt und die Potenziale erneuerbarer Energieträger werden genutzt
- Mobilität … ist vollständig umgestellt auf ein nachfrageorientiertes, intelligentes Transport-Servicesystem
- Mensch und Lebensstil … tragen durch aktives Engagement von BürgerInnen, Bildungseinrichtungen u.a. zu einer neuen Energiekultur bei
- Politik und Rahmenbedingungen … unterstützen durch eine konsequente Energie- und Klimaschutzpolitik den Weg zu einer auch international bekannten „smart city salzburg“

## Der Weg zum Ziel

Aus dem Energiebericht 2010 geht hervor, dass ein Großteil des Endenergiebedarfs der Stadt für Heizen, Warmwasserbereitung und Prozesswärme verwendet wird. Berücksichtigt man die Energieaufbringung zur Deckung des Energiebedarfs

ergibt sich ein jährlicher Pro-Kopf-$CO_2$-Ausstoß von 2,83 Tonnen je Salzburger/in.

Eine tiefer gehende Analyse des Energiebedarfs sowie Szenarienberechnungen für die nächsten 20 Jahre zeigen den dringenden Handlungsbedarf vor allem in den Bereichen

- Reduktion des Energieeinsatzes in den bestehenden Gebäuden
- Umstellung auf eine $CO_2$-ärmere Wärmeversorgung
- forcierte Einführung neuer Mobilitätstechnologien und -dienstleistungen

auf.

Bei einer Sanierungsrate von 2 bzw. 3% für thermische Gesamtsanierungen von Gebäuden (derzeit etwa 1%) und einem mehr oder weniger ambitionierten Ausbauprogramm für erneuerbare Energieträger lassen sich 32 bis 77% des Energiebedarfs in der Stadt aus erneuerbaren, $CO_2$-neutralen Energieträgern decken. Derzeit tragen die Erneuerbaren zu 21% zum Endenergiebedarf bei.
Ein Bündel von 25 Maßnamen soll dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen. Als zentrale Querschnittsmaßnahme dient dabei ein neues Verständnis einer EnergieRaumPlanung. Durch eine ökologische und ökonomische Optimierung von Gebäudestandards und der Energieversorgung im Sinn einer integrierten Planung sollen qualitative Vorgaben für Bauprojekte und Vorzugsgebiete für Sanierungen ausgearbeitet werden, die in weiterer Folge auch verbindlich gemacht werden sollen. Dazu werden die Instrumente der Stadt-/Raumplanung ebenso genutzt wie Förderungen oder freiwillige Vereinbarungen.
Gemeinsam mit den Bauträgern soll eine Offensive zur Steigerung der Sanierungsraten und -qualitäten gestartet werden. Quartiersbezogene Sanierungsschwerpunkte sollen zu einer Win-win-Situation für Stadt, Bauträger und BewohnerInnen führen. Darüber hinaus werden Schwerpunktgebiete der Stadtplanung unter dem Aspekt einer $CO_2$-neutralen Siedlung entwickelt – unter Berücksichtigung von Energiebedarf, Energieerzeugung und Mobilität. Beispielsweise wird die räumliche und bauliche Umorganisation von Volksschule und Kindergarten Gnigl in den nächsten Jahren unter den Zielsetzungen einer smart city durchgeführt. Weitere Maßnahmen wie eine Solaroffensive oder eine forcierte Marktdurchdringung von smart– grid tauglichen Komponenten sind ebenso vorgesehen wie höchste Ansprüche der Stadt bei den Objekten in Eigentum der Stadt selber. Die Einführung einer Mobilitäts-Card, eines City-Logistik-Systems zur Warenverteilung in der Altstadt oder die Verknüpfung von Wohnungsangeboten mit Mobilitätsangeboten sind ebenfalls Themen, die aktiv entwickelt werden.
Dieser umfassende Ansatz erfordert die Bereitstellung neuer Organisations- und Prozessmanagementstrukturen, die eine Verknüpfung verschiedener relevanter Akteure wie Verwaltungsabteilungen, Energieversorger etc. sowie eine kontinuierliche Evaluierung der Zielerreichung ermöglichen. Eine smart-city-Steuerungsgruppe, besetzt mit hochrangigen VertreterInnen aus Stadtpolitik und Energieversorgern, setzt sich bereits seit knapp einem Jahr aktiv für die neue Energiekultur in der Stadt Salzburg ein.
Konkret erfolgt derzeit die Neugestaltung eines Kindergarten/Schul-Zentrums in Gnigl unter den smart-city-Zielsetzungen. Die Optimierung von thermischer Gebäudequalität und Energieversorgung des geplanten Neubaus erfolgt dabei unter Einbeziehung des benachbarten Gebäudebestands. Durch die gemeinsame Betrachtung eröffnen sich neue Energieversorgungslösungen wie beispielsweise die Einbindung von Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Ebenso wird ein möglicher Lastausgleich durch die unterschiedlichen Nutzungsprofile der Gebäude (Kindergarten/Schule, Wohnen, …) berücksichtigt. Weiters werden im Zuge des Neubaus auch neue Mobilitätslösungen für die gesamte Siedlung angedacht. Durch eine entsprechende Gestaltung der Wege zu/von Kindergarten und Schule soll der Bringverkehr reduziert werden. An BewohnerInnenbedürfnisse angepasste neue Mobilitätsdienstleistungen (z.B. CarSharing, Elektrofahrzeuge) als Ergänzung zum öffentlichen Verkehrsangebot können einen weiteren Beitrag zur Reduktion des motorisierten Verkehrs bringen. Die Umsetzung dieses Projekts wird bis 2016 abgeschlossen. ■

**INFOS:**

www.smartcitysalzburg.at
helmut.strasser@salzburg.gv.at
franz.huemer@stadt-salzburg.at
josef.reithofer@stadt-salzburg.at




Wohngebäude sollen zukünftig eine neutrale $CO_2$-Bilanz aufweisen können.




Alle BürgerInnen sollen mit ihrem Lebensstil zu einer neuen Energiekultur beitragen.




Mobilität wird umgestellt auf ein nachfrageorientiertes, intelligentes Transportsystem.

# Voraussetzung für Schulden

**Eine intelligente Konsolidierungspolitik ist gefragter denn je. Die Schuldenbremse soll das Defizit Österreichs bis zum Jahr 2017 auf 0,45 Prozent des BIP senken. Den Ländern und Gemeinden wird dann ein Defizit in Höhe von 0,1 Prozent des BIP zustehen.**

*Dr. Helfried Bauer, Mag. Peter Biwald*

Die neue wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung in der Eurozone verfolgt – abgesehen von der Hilfe im Notfall – vor allem das Ziel der Krisenprävention, und umfasst

- den verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt;
- ein neues Verfahren zur Prävention und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte einschließlich von Sanktionen zur Durchsetzung von Maßnahmen;
- und neu: eine Erweiterung der budgetären Überwachung von Mitgliedstaaten (u.a. durch Vorlage einer Übersicht über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung für das kommende Jahr) und einen einheitlichen Zeitrahmen für die Vorlage der nationalen Budgets bei der Europäischen Kommission.

Weiters wird mit dem kürzlich beschlossenen Fiskalpakt („fiscal compact", völkerrechtlicher Vertrag) eine Verstärkung der nationalen Budgetdisziplin vorgesehen, wofür u.a. eine Schuldenbremse dienen soll.




www.picturedesk.com

Das Budgetdefizit muss auch in Österreich in den nächsten Jahren substanziell abgebaut werden.

## Konsequenzen der neuen Steuerung

Mit der Schuldenbremse soll das strukturelle (öffentliche) Defizit Österreichs bis zum Jahr 2017 auf 0,45 Prozent des BIP reduziert werden. Den Ländern und Gemeinden steht dann ein Defizit in Höhe von 0,1 Prozent des BIP p.a. zu, der Rest entfällt auf den Bund. Die Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Steuerungsarchitektur der Europäischen Union aufgrund der Finanz- und Schuldenkrise ist ein zentraler Auslöser für die österreichische Schuldenbremse.

Im Sinn einer vorsichtigen Haushaltspolitik, wonach das öffentliche strukturelle Defizit der EU-Staaten ab 2017 maximal 0,5 Prozent des BIP betragen darf, gilt es, einen markanten Abbau des Maastricht-Defizits vorzunehmen, das sich Ende 2011 für Österreich auf voraussichtlich 3,1 Prozent belaufen wird. Ebenso ist auch eine effektive Rückführung der Verschuldungsquote auf das Maastricht-Niveau von 60 Prozent des BIP erforderlich. Für Österreich bedeutet dies bei einer Verschuldungsquote von derzeit rund 75 Prozent, diese jährlich um 0,75 Prozentpunkte zu reduzieren. Weiters ist das Wachstum der öffentlichen Ausgaben künftig mit dem jährlichen Potenzialwachstum beschränkt. Nachdem Österreich derzeit ein öffentliches Defizit von mehr als 0,5 Prozent aufweist, dürfen die öffentlichen Ausgaben mit einer geringeren Rate als das Potenzialwachstum (für Österreich zwischen 2 bis 2,5 Prozent p.a.) zunehmen.

Mit der neuen Steuerungsarchitektur sind auch wirksame Durchsetzungsmöglichkeiten verknüpft: knappe Fristen zur Vorlage der öffentliche Haushalte, Geldstrafen bei Überschreitung der Defizit- und Verschuldungsgrenzen wie auch Sanktionen für die Manipulation von Statistiken. Die ab 2013 gültige Richtlinie zum nationalen Haushaltsrahmen soll ein Mindestmaß an Qualität der nationalen haushaltspolitischen Rahmen (das sind die Rechnungslegung und Statistik, die Prognosen, die mittelfristige Planung sowie die Transparenz der gesamtstaatlichen Finanzen) gewährleisten.

Die neue Verordnung zur Bewertung gesamtstaatlicher Haushalte regelt einen einheitlichen Zeitrahmen für nationale Haushalte, wonach die Vorlage der gesamtstaatlichen Haushaltspläne bis zum 15.10. eines jeden Jahres an die Europäische Kommission und die definitiven Haushalte bis zum 31.12. zu erfolgen hat, sowie ein unabhängiger Finanz- und Staatsschuldenausschuss einzurichten ist. Weiters wird der Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten mit gravierenden finanziellen Schwierigkeiten geregelt. Zusätzlich wird mit dem Fiscal Compact eine bilaterale Vereinbarung über eine verstärkte Wirtschaftsunion getroffen. Eckpunkte dieser Vereinbarung sind die Einführung einer verpflichtenden Schuldenbremse samt Korrekturmechanismen bei Abweichungen sowie in Perspektive größere Reformvorhaben auf EU-Ebene.

## Konsequenzen für Städte und Gemeinden

Mit einem Maastricht-Defizit 2011 von nahezu Null liegen Österreichs Städte und Gemeinden auf einem guten Weg. Künftig steht jedoch neben dem Maastricht-Defizit das strukturelle Defizit im Mittelpunkt der Steuerungsarchitektur. Das strukturelle Defizit ist das um konjunkturbedingte Faktoren bereinigte öf-

# bremse bei Gemeinden

fentliche Defizit. Mag dies auch auf gesamtstaatlicher wie auch auf Länderebene noch nachvollziehbar berechenbar sein (wobei auch hierfür die Grundlagen noch fehlen), so ist dies auf die der individuellen Gemeinden nicht schlüssig herunterzubrechen.

Die Aufteilung des künftig maximal möglichen gemeinsamen Defizits von 0,1 Prozent von Gemeinden und Ländern ist ebenso offen, wie die Frage, wie weit die Gemeinden auch bei der Schuldenreduktion mitwirken müssen. Ein Ausgabenwachstum von unter 2 bis 2,5 Prozent würde auch die Gemeinden betreffen, da in den letzten fünf Jahren die laufenden Ausgaben um 4 Prozent p.a. sowie die Gesamtausgaben um jährlich etwa 2,3 Prozent gestiegen sind. D.h. das Ausgabenwachstum müsste dann auch auf kommunaler Ebene deutlich reduziert werden.

Die knappen Fristen – Meldungen mit 15.10. bzw. 31.12. jeden Jahres an die EU – könnten auch für die Budgeterstellung in den Städten und Gemeinden Auswirkungen haben. Schließlich wird auch die erhöhte Transparenz bei der Rechnungslegung sowie die höhere Verbindlichkeit bei der mittelfristigen Haushaltsplanung die Gemeinden tangieren.

## Parameter der städtischen Budgetpolitik

Intelligente Budgetpolitik, die mehr als Krisenprävention sein will, setzt bei der Diagnose zur sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie zur Qualität der öffentlichen Finanzen an und trägt den voraussichtlichen volkswirtschaftlichen Entwicklungen sowie den verfahrensmäßigen Änderungen der europäischen und damit auch der nationalen Fiskalpolitik Rechnung.

Zu den Parametern der städtischen Budgetpolitik zählen vor allem die nur mäßig ermutigenden Wirtschaftsprognosen der nächsten Jahre, die verschärften bzw. eingeengten konjunktur- und wachstumspolitischen Spielräume sowie eine insgesamt zu verstärkende Planungsleistung von Politik und Verwaltungsführung.

Im Jahr 2012 wird sich – nach Ansicht der Wirtschaftsforscher, aber auch des Staatsschuldenausschusses - insbesondere die Nachfrage nach heimischen Exportgütern merklich abschwächen. Ferner werden die Investitionen stagnieren, da die Unternehmen ihre Investitionspläne infolge der getrübten Wirtschaftsaussichten aufschieben und die Gemeinden als größter öffentlicher Investor in die Infrastruktur neuerlich Investitionen kürzen oder auf die kommenden Jahre verschieben werden. Für 2013 dürften die Aussichten etwas günstiger ausfallen. Der private Konsum wird aber in beiden Jahren wegen den zu erwartenden geringen Anstiegen der realen Haushaltseinkommen und trotz eines neuerlichen Rückgangs der Sparquote nur schwach zur Wirtschaftsentwicklung beitragen. Der öffentliche Konsum wird angesichts der eingeleiteten Haushaltskonsolidierungen nur in einigen Bereichen – so etwa bei den Personal- und Energieausgaben sowie in den Bereichen der Spitäler, bei der Altenpflege – geringfügig bzw. mäßig steigen. Für die Budgetpolitik bedeutet dies eine besonders schwierige Lage, gilt es doch, trotz schwacher Einnahmenperspektiven Konsolidierungs- und Wachstumsziele möglichst gut auszubalancieren und hierbei kurz- und mittelfristige Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.

Die wirtschafts- und fiskalpolitische Steuerung in Europa wird nun – zumindest bezüglich der instrumentellen Erfordernisse – verbessert. Das wird auch Veränderungen des nationalen Stabilitätspakts 2011 erfordern, ebenso wie die Ausarbeitung einer gemeinsamen nationalen Konsolidierungs- und Wachstumsstrategie. Die „Nationalen Reformprogramme“ sind dabei ein neues Element in der wirtschaftspolitischen Zielsetzungs- und Steuerungsarbeit, die für Wachstumsimpulse und gegen prozyklische Budgetpolitik eintreten muss. Dazu müssen sich die Städte verstärkt auf mehrjährige Planungen, insbesondere hinsichtlich des einzuhaltenden Ausgabenrahmens sowie – sofern dies für die einzelne Stadt überhaupt zutrifft – des



Corbis

Schuldenabbaues einstellen. Dies erfordert wiederum mehr Transparenz, so bezüglich des Standes an Schulden, an Vorbelastungen künftiger Budgets und an Haftungen, insbesondere auch für die städtischen Beteiligungen sowie der bisher erfolgten und weiter geplanten Gebühren- und Entgelterhöhungen.

Die häufig feststellbare Praxis der fehlenden Leitideen und mehrjährigen Konzepte für die städtische und gegebenenfalls auch regionale Entwicklung, die oft zu wenig klar formulierten strategischen Ziele der angestrebten sozial-, bildungs- und demokratiepolitisch ausgerichteten Kommunalpolitik kann sich für die schwierige Arbeit der mittelfristigen Budgetpolitik als sehr nachteilig erweisen. Deshalb gilt es, diese Defizite der städtischen Planungsleistung zu beseitigen und ebenso die Abstimmung der ökologisch und ökonomisch nachhaltig ausgerichteten Investitionstätigkeit der Stadt und ihrer Gesellschaften zu forcieren. Ebenso wird es notwendig sein, die Zielgrößen der Budgetpolitik so zu wählen, dass den eigenen Handlungsmöglichkeiten besser Rechnung getragen wird als mit den üblichen Indikatoren, wie Haushaltsdefizit, Saldo der laufenden Gebarung, Kostendeckungsgrade der Gebühren und Mieten oder Anteil der Schulden der Kategorie 1 an den gesamten Finanzschulden. Die Steuereinnahmen und auch ein Teil der Ausgaben der Städte sind eben nur zu einem geringen Teil durch die Politik steuerbar; sie werden durch externe Entwicklungen beeinflusst, ebenso auch die Umlagen und Beiträge, die an die Gemeindeverbände sowie an das Land zu entrichten sind. Bei den Gebühren und Entgelten sind nicht nur sinkende Kostendeckungsgrade, sondern auch lenkungs- und sozialpolitische Argumente in die Planung einzubeziehen. Insofern müssten als Zielgröße quantitative Ausgabenziele (absolute Höhe, Ziele in Relation zu den ökonomischen, demografischen und sozialen Entwicklungen), welche durch die Kommunalpolitik besser zu beeinflussen sind, gewählt werden.

Weiters gilt es, auf die Kritik des Rechnungshofes in seinem Bericht „Grundlagen der Fiskalpolitik“ (Reihe Bund 20011/5) zu reagieren. In diesem Bericht stellt der Rechnungshof fest, dass „die mittelfristige Haushaltsplanung von Bund, Ländern und Gemeinden nicht ausreichend koordiniert ist. Die einzelnen Planungsinstrumente weichen hinsichtlich Informationsgehalt, Zeitraum und Zielsetzung voneinander ab. Dadurch wird der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Koordination der Haushaltsführung nicht entsprochen“.

## Strukturreform, Wachstum und sozialer Ausgleich

Je nach dem Ausmaß der Verschuldung und der haushaltspolitischen Risiken einzelner größerer Gebietskörperschaften sowie der nationalen Vorgaben wird die Rückführung der Verschuldung und eine ausgewogene Entwicklung der laufenden Gebarung und Vermögensgebarung zusammen einen Eckpunkt des wirtschaftspolitischen Zieldreiecks ergeben. Diese Erfordernisse sollten jedoch nicht die bereits vor der Finanz- und Schuldenkrise bestehenden strukturellen Probleme unbeachtet lassen; Maßnahmen zur Milderung bzw. Überwindung der strukturellen Probleme bilden somit den zweiten Eckpunkt des Zieldreiecks. Beispiele für mögliche strukturelle Probleme sind demografische Entwicklungen (wie Abwanderung, Zuzug), Integrationserfordernisse von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, Konkurrenz zwischen Stadt und Umlandgemeinden statt Kooperation, bessere Auslastung des städtischen Verwaltungsapparats durch Übernahme von Leistungen für andere Gebietskörperschaften und Behörden (z.B. Bezirkshauptmannschaften). Der 3. Ansatz einer rationalen mittelfristigen Budgetpolitik sollte auf der Sicherung von Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit im lokalen oder regionalen Kontext gerichtet sein. Mangelt es an gut ausgebildeten Arbeitskräften, wird man bereits bei der primären Bildung und bei der vorschulischen Bildungsarbeit ansetzen müssen. Wandern gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger ab, wird man auch auf die Steigerung der Lebensqualität als budgetpolitisch wichtige Perspektive setzen müssen. Die kultur- und innovationsbetonten Impulse, die von den städtischen Budgets und von Maßnahmen von Partnern und Interessengruppen ausgehen, müssen ausreichend berücksichtigt werden. Zwei ExpertInnen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung haben bereits Ende 2010 Empfehlungen für die konkrete Gestaltung des budgetpolitischen Kurses von Gebietskörperschaften erarbeitet. Eine ihrer Empfehlungen lautet, die explizite Abstimmung der verschiedenen budgetpolitischen Ziele auf Basis einer Vision oder einer haushaltspolitischen Strategie vorzunehmen („Konsolidierung, Impulse für Wachstum und Beschäftigung sowie Strukturreformen können Hand in Hand gehen“); eine andere Empfehlung spricht sich für Fairness und soziale Ausgewogenheit sowie auf ausreichende Kommunikation einer nachhaltigen Budgetpolitik aus.

Die in vielen Fällen notwendige mittelfristige Konkretisierung und Fixierung des Ausgabenrahmens – von Ausgabenkürzungen, ebenso auch von zu verstärkenden Ausgaben – sollte nicht ohne klare politische Prioritätensetzung erfolgen. Nach Stefan Schulmeister wäre die Ausweitung staatlicher bzw. kommunaler Aktivität im Bildungs- und Sozialbereich (Maßnahmen sind zusätzliche Jobs im Bildungswesen, bei Integration und Armutsbekämpfung) durchaus zweckmäßig; auch Förderungen der realwirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen und damit auch ihrer Investitions-, Kredit- und Beschäftigungsbereitschaft können zweckmäßig sein, sofern dies nicht ohnedies bereits durch einschlägige Förderungen von Bund und Land erfolgt. ■

[1] *derzeit ein Verordnungsentwurf*
[2] *Siehe Grundlagen der Fiskalpolitik (Reihe Bund 20011/5), S. 13.*
[3] *Ein signifikantes Beispiel für diesen entwicklungs- und budgetpolitischen Kurs der Kommunalpolitik bildet die Stadtgemeinde Leoben, die angesichts der Abwanderung bereits seit Jahren auf kulturelle Lebensqualität setzt, auf Jugend- und Bürgerbeteiligung, auf verstärkte bildungspolitische Anstrengungen und auf Partnerschaft mit den sekundären und tertiären Bildungseinrichtungen sowie auf die Aufwertung des Stadtzentrums als Einkaufs- und Freizeitstandort.*
[4] *Aiginger, Karl; Schratzenstaller, Margit: Budgetkonsolidierung unter schwierigen Rahmenbedingungen – 10 Leitlinien und erste Erfahrungen in der EU. WIFO Monatsberichte Nr. 12 /2010, S. 941 – 954.*
[5] *Schulmeister, Stephan: Mitten in der großen Krise – ein „New Deal“ für Europa. Wien 2010, S. 79 f.*

# Österreichs Städte: bereit für EU-Projekte

**Österreichs Städte sind schon längst in das Universum der EU-Projekte eingestiegen und sehen sie als nützliches Mittel an, um kommunale Projekte umzusetzen. Dabei nutzen bereits viele Städte EU-Förderungen, um Projekte durchzuführen, die sonst nicht finanzierbar wären.**

*Mag. (FH) Bernadette Malz, Mag. Thomas Prorok, KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung*

Das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung hat gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im Auftrag des Österreichischen Städtebundes (ÖStB) von Juli bis September 2011 eine Fragebogenerhebung in Österreichs Städten zum Thema „EU-geförderte bzw. EU-finanzierte Kommunalprojekte in österreichischen Städten" durchgeführt, an der 38 Städte teilgenommen haben. Mit der Umfrage setzt der ÖStB seine EU-Initiative fort.

## Wichtige Mittel für Projektumsetzungen

Die Erhebung zeigt, dass der Großteil der befragten Städte und sogar alle EU-projekterfahrenen Städte, EU-Förderungen als wertvolles Mittel zur Umsetzung von städtischen Projekten anerkennen. Bei der Befragung haben 22 Städte angegeben, bereits EU-Projekte durchzuführen. Dabei wurden 37 konkrete EU-Förderprojekte genannt und kurz beschrieben – diese finden sich auch auf der Plattform „www.eu-guide.at". Wichtig scheint, nur solche EU-Projekte durchzuführen, die tatsächlich einen Beitrag zur Strategie der Stadt leisten, und nicht, um zusätzliche Budgetmittel von der Europäischen Union zu lukrieren. Denn die hohen Antrags- und Administrationskosten stehen nicht im Verhältnis zu den erhaltenen Budgetmitteln. Die Umfrage macht auch das große Potenzial an Städten deutlich, die bislang noch keine EU-Förderungen in Anspruch nehmen.

## Im Detail ergeben sich folgende Umfrageergebnisse:

- 89 Prozent der teilnehmenden Städte sehen EU-Förderungen bzw. -Finanzierungen als nützliches Mittel, um kommunale Projekte umzusetzen. Alle befragten Städte mit EU-Projekterfahrung sind ausnahmslos von der Nützlichkeit der EU-Förderungen für Städte überzeugt (siehe Abb. 1).
- 58 Prozent der teilnehmenden Städte geben an, bereits EU-Förderungen oder EU-Finanzierungen in Anspruch genommen zu haben (siehe Abb. 2).
- Primärer Nutzen für Städte ist die finanzielle Unterstützung durch die EU, ohne die eine Projektdurchführung nicht möglich gewesen wäre. Auch findet eine Weiterentwicklung der Stadt durch die nachhaltige Nutzung von Projektergebnissen statt und so wird für die Stadt eine Netzwerkerweiterung auf europäischer Ebene möglich.
- Die Mehrheit der EU-Projekte österreichischer Städte wird gemeinsam mit PartnerInnen durchgeführt. Die beliebtesten KooperationspartnerInnen sind vor allem die Nachbarländer Deutschland, Italien, Slowenien und Ungarn, sowie Rumänien.
- Städte, die noch keine EU-Projekte durchführen, nennen Gründe, wie die nicht ausreichende Information über EU-Förder- bzw. Finanzierungsmöglichkeiten und das fehlende Know-how zur administrativen Abwicklung von EU-Projekten in der Stadt selbst.
- Bei der Abwicklung von EU-Projekten waren die Städte mit Herausforderungen wie dem nötigen Spezialwissen zur Abwicklung der administrativen Angelegenheiten (z.B. Antragstellung, Steuern der Projektfinanzen, Projektabrechnung) oder dem hohen administrativen Aufwand konfrontiert.
- Administrative Unterstützung bei der Durchführung von EU-Projekten erhielten u.a. viele Städte bei nationale Einrichtungen (zumeist Landesstellen, Regionalbüros, BKA) sowie einige bei österreichischen Interessenvertretungen (z.B. ÖStB) und EU-Institutionen.
- 79 Prozent der teilnehmenden Städte würden gern stärker als bisher EU-Projekte durchführen. Von jenen Städten, die bereits EU-Projekte durchgeführt haben, geben sogar 82 Prozent an, gern mehr EU-geförderte Projekt durchzuführen. Aber auch die Mehrheit der EU-Projektunerfahrenen Städte (75 Prozent) ist bereit, mit dem ersten EU-Projekt zu starten (siehe Abb. 3).

## Wie geht es weiter?

Österreichs Städte sind bereit für EU-Projekte! Einige sind bereits aktiv tätig, andere müssen noch stärker informiert und unterstützt werden. Zukünftig will der Österreichische Städtebund seinen Mitgliedern weitere nötige Hilfestellung für die Durchführung erfolgreicher EU-Förderprojekte bereitstellen. Im Rahmen dessen wird die bestehende Plattform www.eu-guide.at durch weitere städterelevante Inhalte erweitert und eine Lernpartnerschaft „EU-Förderungen für Städte" mit April 2012 ins Leben gerufen. ■

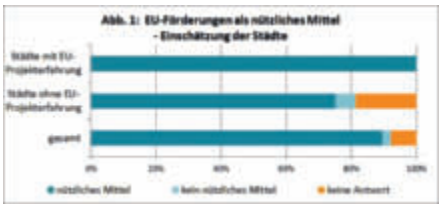



Abb. 1: Nützliches Mittel

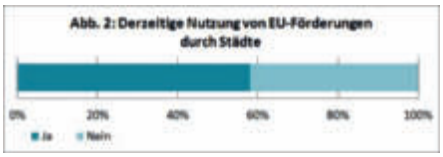



Abb. 2: Derzeitige Nutzung von EU-Förderungen durch Städte

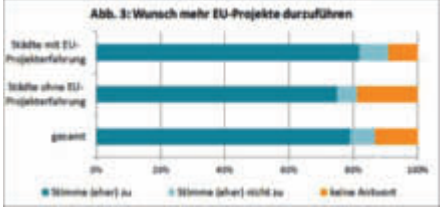



Abb. 3: Der Wunsch, mehr EU-Projekte durchzuführen

# Hohes Potenzial für städtische Wissenskooperationen in der TwinRegion Wien-Bratislava

**Eine aktuelle Studie des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung zeigt, dass es für die Städte und Gemeinden in der Region der beiden EU-Metropolen vielfältige Kooperationsmöglichkeiten zur Stärkung des Wissens gibt. Damit können zusätzliche Impulse für kommunale Entwicklungen gesetzt werden.**

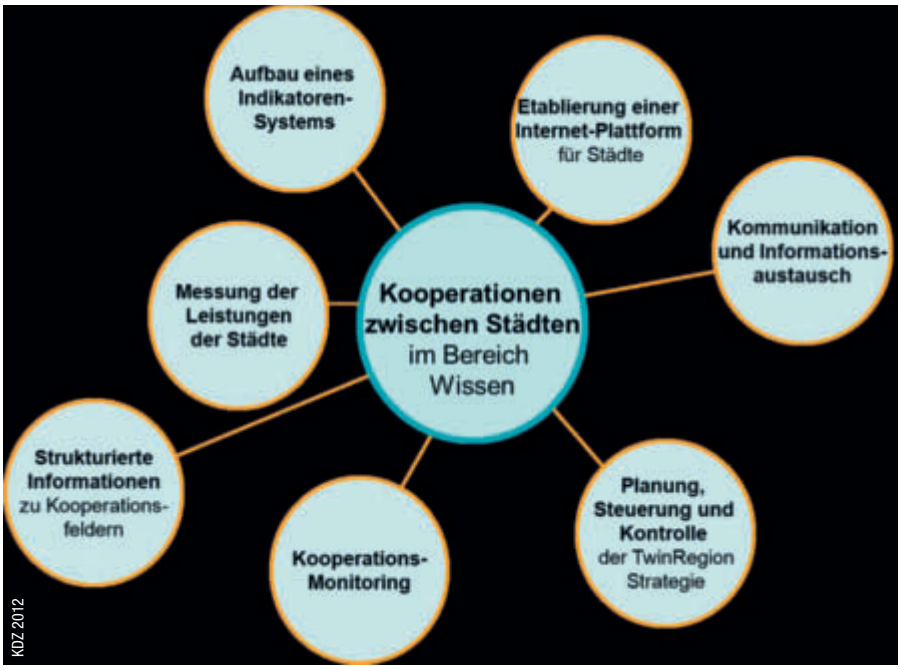
*Mag. Thomas Prorok, Mag. Alexandra Schantl, KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung*

Am 15. Februar stellten das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung und das slowakische CRR-Centrum Pre Rozvoj Regiónov die Studie „TwinRegion – Wissenskooperation in der Metropolregion Wien-Bratislava" im Rahmen eines ExpertInnenworkshops im Wiener Rathaus vor.

## Wissen gibt Impulse

Die EU-geförderte Studie der beiden Forschungseinrichtungen aus Österreich und der Slowakei erhob Potenziale für grenzüberschreitende Kooperationen von Städten in der TwinRegion Wien-Bratislava. Dabei zeigte sich, dass vor allem das Thema Wissen für die Städte in den beiden Ländern von hohem Interesse und Nutzen für Kooperationen ist. Durch die Stärkung des Faktors Wissen wird die Entwicklung der Städte und der Stadtregionen unterstützt.

„Wissenskooperationen in der TwinRegion haben hohes Potenzial, um das Zusammenwachsen der Metropolregion Wien-Bratislava zu fördern und den Städten Impulse für die Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verleihen", erklärt Thomas Prorok, stv. Geschäftsführer des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung.




Ziele der Scorecard.

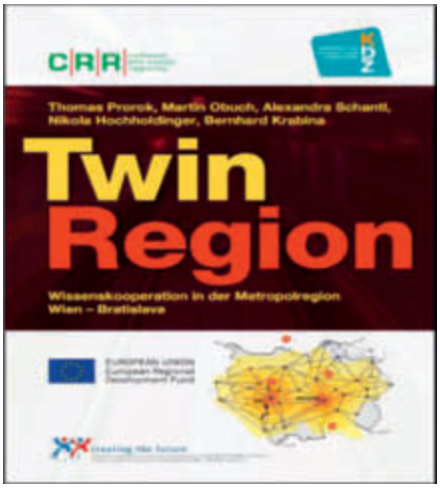
## Kooperationsmöglichkeiten

Projekte der Wissenskooperation können vielfältiger Natur sein. Die Studie hat sechs Handlungsfelder für konkrete Projekte identifiziert. Darunter fallen unter anderem das Schaffen von kommunalen Informations- und Kommunikationsplattformen für Kultur und Tourismus, gemeinsames Marketing der TwinRegion, grenzüberschreitende Bildungsnetzwerke, die Koordination regionaler Entwicklungspläne, die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes durch gemeinsame Standort-Datenbanken oder Projekte zum innovativen und nachhaltigem Nutzen von Ressourcen.

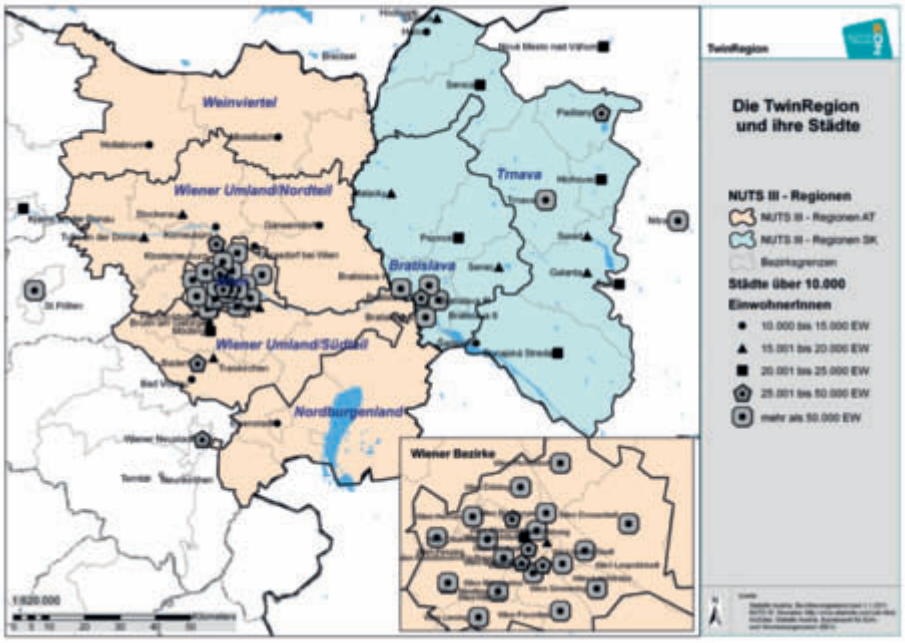
## Leitfaden für Kooperationen

Die Herausforderungen für die TwinRegion – demografischer Wandel, verschärfter Wettbewerb durch die zunehmende Globalisierung, steigende Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz sowie ausdifferenzierte Lebensstile – bedürfen einer ganzheitlichen Steuerung, um das Funktionieren des Gesamtsystems „Agglomerationsraum" zu gewährleisten. Gemeindeübergreifende Kooperationen machen aber auch aus Kosten- und Effizienzgründen Sinn und tragen wesentlich zur Qualitätssicherung und -steigerung der kommunalen Aufgabenerfüllung bei. Dementsprechend stellt sich die Frage nach dem geeigneten Kooperationsmodell, um den Agglomerationsraum Wien-Bratislava sowohl nach innen als auch nach außen zu stärken und weiterzuentwickeln.

Basierend auf den Ergebnissen der Studie wurde deshalb ein Leitfaden entwickelt,




TwinRegion – Wissenskooperation in der Metropolregion Wien-Bratislava.




KDZ-eigene Darstellung 2012

um den Städten und Gemeinden in der TwinRegion sowohl für die grenzüberschreitenden Kooperationen als auch für die „nationalen" Kooperationen im jeweiligen Land ein Werkzeug in die Hand zu geben, das sie bei der Initiierung und Umsetzung von Kooperationsprojekten unterstützen soll. Dieses fasst einerseits die Schlüsselfaktoren für Kooperationen zusammen, stellt andererseits mögliche Kooperationsmodelle und -rechtsformen vor, und bietet schließlich eine Checkliste zur Etablierung kommunaler Wissenskooperationen. Eine besondere Rolle zur Etablierung von Kooperationen spielt dabei die „Kooperationsscorecard".

## Kooperationsscorecard als Planungswerkzeug

Die internetbasierte Kooperationsscorecard visualisiert Kooperationspotenziale für die Städte und versieht die sechs Handlungsfelder mit Indikatoren. Damit die Scorecard Kooperationen zum Thema Wissen intensivieren bzw. aufbauen kann, bedarf es freilich primär der Bereitschaft der Städte, in der Metropolregion Wien-Bratislava die eigenen Kooperationspotenziale der Stadt auf der Internet-Plattform zu präsentieren und sich über dieses Medium auszutauschen und zu vernetzen. Dazu beitragen sollen Scorecard-User-Trainings, die den zukünftigen NutzerInnen neben der Anwendung auch den Mehrwert der Scorecard näher bringen sollen. Mittelfristig soll mit der Scorecard eine Planung, Steuerung und Kontrolle der TwinRegion-Kooperationsstrategie möglich sein. Dementsprechend bietet die Scorecard eine vergleichende Darstellung der Region und der Städte über ausgewählte Indikatoren und bildet bestehende und künftige Kooperationen in den sechs Handlungsfeldern ab. Zusätzlich werden die Region und ihre Städte im räumlichen Kontext anhand thematischer Karten präsentiert (Geo-Information). Dargestellte Aktivitäten und Planungsgrundlagen zeigen Kooperations-, Innovations- und Nachhaltigkeitspotenziale auf. Last but not least kann die Internetscorecard zur Partnersuche verwendet werden und über die Best-Practice-Datenbank zu Beispielen der sechs Handlungsfelder als Ideenlieferant für eigene Aktivitäten dienen.

Studie, Kooperationsleitfaden und die Kooperationsscorecard sind Maßnahmen des EU-Projektes „TwinRegion", das im Rahmen des grenzüberschreitenden EU-Programms „Slowakei-Österreich 2007-2013" gefördert wird. Als strategische Partner unterstützen auf österreichischer Seite der Österreichische Städtebund und die Stadt Wien (Magistratsabteilung 18 für Stadtentwicklung und -planung, Wirtschaftsagentur Wien) das Projekt; auf slowakischer Seite bringen die Privatuniversität für Wirtschaft und Management in der öffentlichen Verwaltung (VŠEMvs), die Stadt Bratislava (Abteilung für Stadtplanung) und der slowakische Städtebund Unia Miest Slovenska ihr Know-how in das Projekt ein. ■

creating the future
Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit SLOWAKEI - ÖSTERREICH 2007-2013
Program cezhraničnej spolupráce SLOVENSKÁ REPUBLIKA - RAKÚSKO 2007-2013

EUROPEAN UNION
European Regional Development Fund

**INFOS:**

Am Mittwoch, den 11. April 2012 findet das erste TwinRegion-Scorecard-User-Training in Wien statt. Interessierte Städte sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen! Anmeldung unter schantl@kdz.or.at.
Ort: WIFI Wien am wko campus wien, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien.
Zeit: Mittwoch, 11. April 2012, 9:00 – 17:00 Uhr.

Nähere Infos zum Projekt auf: www.twinregion.eu
Zum grenzüberschreitenden EU-Programm „Slowakei-Österreich 2007-2013" informieren die ExpertInnen des Technischen Sekretariats und der Regionalen Förderstelle Programmmanagement ETZ Slowakei-Österreich: http://www.sk-at.eu/sk-at/de/7_kontakte.php
www.eu-guide.at, Mag. Alexandra Schantl, schantl@kdz.or.at, Tel. (01) 8923492-37

NETZWERK GESUNDE STÄDTE ÖSTERREICHS

# Gesund alt werden in Wien

**Wien war am 29. und 30. März Schauplatz der jüngsten Netzwerk-Veranstaltungen. Am 29. März kamen rund 35 Gesunde Städte-VertreterInnen zum Erfahrungsaustausch ins Haus Leopoldau des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser.**

Netzwerk-Vorsitzende Vbgm. Dr. Christiane Dolezal und die Wiener Landtagspräsidentin Marianne Klicka hießen die TeilnehmerInnen willkommen. Neben VertreterInnen von rund 25 österreichischen Gesunden Städten kamen rund zehn RepräsentantInnen des deutschen Schwesternetzwerks. Klaus-Peter Stender, Mitglied des Sprecherrates des deutschen Gesunde Städte-Netzwerks stellte Organisation, Struktur und Aktivitäten in Deutschland vor. Die österreichischen Städte berichteten über ihre jüngsten Aktivitäten. Schließlich wurde eine Präsentation des „Gesundheitspreises der Stadt Wien 2011" gegeben.

Am 30. März stand die Fachtagung „Gesund? Alt? Gesund altern in einer Gesunden Stadt" im Rathaus auf dem Programm. In ihrem Impulsreferat stellte die Wiener Spezialistin für Gerontologie Prim. Dr. Katharina Pils Reflexionen über das Thema „Alt werden und gesund bleiben" an. Anschließend wurde das Wiener Modellprojekt „Gesundheit hat kein Alter" vorgestellt. Dr. Ulrike Dapp präsentierte das Projekt „LUKAS", das die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg untersucht. Erika Meissner referierte über „gesund & mobil": kommunale Ansätze der Gesundheitsförderung in Köln. Schließlich stellte Susanne Schmidt das Modell „Hauptsache raus: Ein Stadtplan für SeniorInnen in München" vor.

## „Netzwerk Nachbar" in Tulln

Tulln ist eine Top-Stadt in Niederösterreich und hat sich die soziale Wärme einer Kleinstadt erhalten. Diese lebt vom aktiven, harmonischen Zusammenleben von Familie, FreundInnen und NachbarInnen. Im Frühjahr 2011 wurde das Projekt „Netzwerk Nachbar" ins Leben gerufen. Dabei werden Ideen von Einzelpersonen oder Gruppen, welche die Gemeinschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl in Straßen, Wohnblöcken und Vierteln bzw. Katastralgemeinden fördern, gemeinsam erarbeitet, weiterentwickelt und umgesetzt. Die Stadtgemeinde und die NÖ Dorf- und Stadterneuerung unterstützen die Umsetzung der einzelnen Nachbarschaftsprojekte mit ihrem Know-how und finanziell mit konkreten Maßnahmen.




Der Vorsitzende des deutschen „Gesunde Städte"-Netzwerks Norbert Lettau (links).




Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks würdigte die Arbeit von Norbert Lettau.

Durch diesen laufenden Kontakt kann die Umsetzung der Projekte effizient verfolgt und pro Projektjahr eine Bilanz über die Erreichung der Ziele gezogen werden. Dies schafft Erfahrungswerte, die die Basis für die Fortsetzung des jeweiligen Projektes bzw. Ausarbeitung ähnlicher Projekte bilden.

Seit Projektbeginn wurden bereits rund 30 Ideen umgesetzt wie z.B. „Grenzenlos Kochen" (Kennenlernen und Integration von neuen NachbarInnen mit und ohne Migrationshintergrund). Einige bereits eingereichte Projekte wie ein Generationenfest und BürgerInnen-Patenschaften für öffentliche Grünflächen werden in den nächsten Monaten umgesetzt bzw. sind bereits regelmäßig stattfindende Veranstaltungen.

Tulln wird übrigens Schauplatz der nächsten Netzwerk-Veranstaltungen sein: Am Donnerstag, 14. Juni ist die Fachtagung „Gesunde Bürger in einer Gesunden Stadt" vorgesehen, wobei es einen Überblick über die Fülle von Gesundheitsprojekten in einer aktiven Stadt geben wird. Am Freitag, 15. Juni folgt die 58. Ausschusssitzung. Die Herbsttagung des Netzwerks wird in Graz über die Bühne gehen.

## Norbert Lettau geehrt

Der langjährige Vorsitzende des Sprecherrates des deutschen „Gesunde Städte"-Netzwerks, Regierungsdirektor Norbert Lettau aus Hamburg, wurde in einem Festakt am 25. November verabschiedet. Er war in besonderer Weise mit Wien und den Gesunden Städten Österreichs verbunden und hat den Gründungsprozess des Netzwerks in Österreich mit begleitet. Bei zahlreichen Tagungen und Treffen hat er wichtige Impulse auch für die österreichischen Gesunden Städte gesetzt.

## „Gender Gesundheit" in OÖ

In Oberösterreich wurde der erste Gender-Gesundheitsbericht erarbeitet. Das „OÖ Institut für Gesundheitsplanung" hat in einer mehrjährigen Arbeit die Gesundheit von Männern und Frauen in Oberösterreich erhoben. Auf rund 200 Seiten werden der Ist-Zustand und die Problembereiche aufgezählt. Die Empfehlungen: Eine gendergerechte Tabakprävention, eine gezielte Auseinandersetzung mit Stress, Förderung von Bewegung und körperlicher Aktivität, Forcierung der betrieblichen Gesundheitsförderung, Stärkung der aufsuchenden Gesundheitsarbeit, mehr Gesundheitsförderung in Schulen und Kindergärten, mehr persönliche Beratung und Begleitung sowie Verstärkung von Rauch- und Trinkberatung bei der Vorsorgeuntersuchung. Ein Leitfaden, der all diese Empfehlungen verständlich zusammenfasst, soll ausgearbeitet werden.

*Peter Lüftenegger*

**INFO:** www.gesundheitsplanung.at

# Ausschüsse, Sitzungen und Tagungen

11. bis 12. April 2012: **Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbetechnik**, Graz
(Information: Sabine Marchart, Tel.: +43(0)1 4000-89977,
E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

12. bis 13. April 2012: **Fachausschuss für Statistik und Registeranwendungen**, Telfs
(Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1 4000-89994,
E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

18. bis 19. April 2012: **Fachausschuss für Personalmanagement**, Salzburg
(Information: Sabine Marchart, Tel.: +43(0)1 4000-89977,
E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

18. bis 19. April 2012: **Fachausschuss für Schulverwaltung**, Linz
(Information: Sevim Aksakalli, Tel.: +43(0)1 4000-89975,
E-Mail: sevim.aksakalli@staedtebund.gv.at)

23. bis 24. April 2012: **Fachausschuss für Integration**, Salzburg
(Information: Sevim Aksakalli, Tel.: +43(0)1 4000-89975,
E-Mail: sevim.aksakalli@staedtebund.gv.at)

23. bis 25. April 2012: **Fachausschuss für Marktamtsangelegenheiten**, Steyr
(Information: Ulla Weinke, Tel.: +43(0)1 4000-89996,
E-Mail: ulla.weinke@staedtebund.gv.at)

25. April 2012: **GIS-KoordinatorInnen**, Linz
(Information: Johannes Eschenbacher,
Tel.:+43(0)1 4000-89984,
E-Mail: johannes.eschenbacher@stadtebund.gv.at)

25. bis 26. April 2012: **Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten**, Schwechat
(Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1 4000-89994,
E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

7. bis 8. Mai 2012: **Kulturausschuss**, Salzburg
(Information: Saskia Sautner, Tel.: +43(0)1 4000-89990,
E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at)

30. Mai bis 1. Juni 2012:
**62. Österreichischer Städtetag in Dornbirn**

19. Juni 2012: **Umweltausschuss**, Klagenfurt
(Information: Guido Dernbauer, Tel.: +43(0)1 4000-89992,
E-Mail: guido.dernbauer@staedtebund.gv.at)

20. bis 21. Juni 2012: **Fachausschuss für Stadtgärten**, Innsbruck (Information: Alexander Lesigang,
Tel.: +43(0)1 4000-89978,
E-Mail: alexander.lesigang@staedtebund.gv.at)

21. bis 22. Juni 2012: **Fachausschuss für IT**, Klagenfurt
(Information: Johannes Eschenbacher,
Tel.: +43(0)1 4000-89984,
E-Mail: johannes.eschenbacher@stadtebund.gv.at)

21. bis 22. Juni 2012: **Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten**, Wels
(Information: Johannes Schmid,
Tel.: +43(0)1 4000-89982,
E-Mail: johannes.schmid@staedtebund.gv.at)

26. bis 28. September 2012: **CEMR, 25. General Assembly**, Cádiz, Spanien

# Ertragsanteilsvorschüsse für März 2012

(Beträge in 1.000 Euro)

**a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)**

| | Ertrag für 03/2012[1)] | Veränderung ggü. 03/2011 | Ertrag für 01-03/2012 | Veränderung ggü. 01-03/2011 |
|---|---|---|---|---|
| | in 1.000 Euro | in % | in 1.000 Euro | in % |
| GBA mit einheitlichem Schlüssel | 3.051.329 | 2,5% | 17.579.458 | 5,6% |
| davon: | | | | |
| Veranlagte Einkommensteuer | -103.595 | | 893.397 | -9,4% |
| Lohnsteuer | 1.816.447 | 5,2% | 5.934.763 | 6,8% |
| Körperschaftsteuer | 41.489 | | 1.359.816 | 6,6% |
| Umsatzsteuer | 2.068.429 | 3,1% | 6.077.225 | 3,7% |
| Mineralölsteuer | 155.841 | 43,8% | 1.100.105 | 7,9% |
| GBA mit speziellen Schlüsseln | 1.533.454 | 13,6% | 459.462 | 9,3% |
| davon: | | | | |
| Bodenwertabgabe | 155 | -62,5% | 1.343 | -2,4% |
| Werbeabgabe | 107.945 | -1,7% | 33.300 | -4,0% |
| Grunderwerbsteuer | 700.561 | 29,5% | 209.207 | 17,9% |
| **GBA gesamt** | **4.584.783** | **2,8%** | **18.038.921** | **5,7%** |

[1)] i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweitvorangegangenen Monats

**b) Gemeindeertragsanteile**

| | Vorschuss für 03/2012 | Veränderung ggü. 03/2011[2)] | Vorschuss für 01-03/2012 | Veränderung ggü. 01-03/2011[2)] |
|---|---|---|---|---|
| | in 1.000 Euro | in % | in 1.000 Euro | in % |
| Burgenland | 13.929 | 2,7% | 55.463 | 4,3% |
| Kärnten | 34.447 | 3,7% | 135.550 | 5,5% |
| Niederösterreich | 88.532 | 1,4% | 350.988 | 3,9% |
| Oberösterreich | 84.271 | 2,1% | 337.691 | 4,8% |
| Salzburg | 37.661 | 1,5% | 146.986 | 3,7% |
| Steiermark | 69.598 | 2,1% | 272.433 | 3,8% |
| Tirol | 48.162 | 6,4% | 187.512 | 7,0% |
| Vorarlberg | 25.109 | 1,5% | 99.230 | 4,6% |
| Wien | 144.003 | 6,0% | 564.392 | 7,3% |
| **Summe** | **545.712** | **3,4%** | **2.150.245** | **5,3%** |

[2)] der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt gegeben, da ab 2012 von den Gemeindeertragsanteilen ein Vorwegabzug für den Gemeindeanteil am Pflegegeld einbehalten wird

Österreichischer
Städtebund

www.staedtebund.gv.at

# Wir verbinden Städte




Der Österreichische Städtebund verbindet 246 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städtische Verkehrsmittel, Kindergärten, Betreuungsdienste für Senioren, Horte, Pflichtschulen, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote machen unsere Städte lebenswert. Österreichs Städte sind regionale Zentren und Impulsgeber für ein starkes Umland.

## Wir schaffen Lebensqualität

Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

## Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

## www.staedtebund.gv.at

# DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

**WASSERKRAFT**
als sauberer Stromlieferant





**NACHHALTIGE ENERGIE**
ohne Umweltbelastung

**MODERNE GESUNDHEITSZENTREN**
für Bürgerinnen und Bürger







**KADERSCHMIEDEN**
für unsere Jugend

**SOZIALE INFRASTRUKTUR**
für eine funktionierende Gesellschaft





**VERKEHRSWEGE**
für rasche und sichere Verbindungen

**ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR**
**INFRA BANKING EXPERTS**
www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL KREDIT

WERBUNG